

# Zeitgeschichte in Hamburg



2003

*Zeitgeschichte in Hamburg*  
*Nachrichten aus der Forschungsstelle*  
*für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)*  
2003



# Zeitgeschichte in Hamburg 2003

---



Das Titelbild ist dem Band entnommen „Hafen Hamburg, Die Geschichte des Hamburger Freihafens von den Anfängen bis zur Gegenwart“, Arnold Kludas, Dieter Maass, Susanne Sabisch, Ernst Kabel Verlag, Hamburg, 1988, Seite 204, (Quelle „Hamburg Information“).

Die Abbildung S. 15 ist dem Band entnommen „Hamburg und seine Historiker“, Joist Grolle, Hamburg 1997, S. 187, Abb. 25, (Quelle Staatsarchiv)

## **Impressum**

Herausgeber: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg  
Hamburg, 2004

Redaktion: Frank Bajohr, Joachim Szodrzynski, Dorothee Wierling

Gestaltung: Andrea Orth Grafik, Hamburg

Druck: Druckerei Schierhorn, Hamburg

1. Auflage  
März 2004

# Inhalt

---

Editorial	7
<i>Axel Schildt</i>	
Von der Kaufmann-Legende zur Hamburg Legende. Heinrich Heffters Vortrag „Hamburg und der Nationalsozialismus“ in der Hamburger Universität am 9. November 1950	10
Forschungsprofil der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)	47
<i>Frank Bajohr</i>	
Judenfeindschaft – transatlantisch. Der Antisemitismus in Seebädern, Kurorten und „Summer Resorts“ in Deutschland und den USA im 19. und 20. Jahrhundert	57
<i>Malte Thießen</i>	
Bericht über die FZH-Tagung am 22./23. Oktober 2003 im Gästehaus der Universität Hamburg zum Thema „1923 – 1933 – 1943 – 1953. Schlüsseljahre der hamburgischen und deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts im nationalen und internationalen Städtevergleich“	77
<i>Martin H. Geyer</i>	
Hyperinflation, Hitlerputsch und Erinnerungskultur	88
Tätigkeitsbericht der FZH 2003	101



# Editorial

---

Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) legt seit ihrem Bestehen als Stiftung 1997 jährlich einen Tätigkeitsbericht vor. In diesem Jahr soll dieser erstmals einer breiteren Öffentlichkeit im Rahmen eines kleinen Jahrbuchs zugänglich gemacht werden, das auch Proben aus unseren Archiven, unseren Forschungen und unseren öffentlichen Veranstaltungen vorstellt. Wir wollen damit von nun an regelmäßig die Transparenz der Arbeit unseres Instituts in der Stadt und in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit gleichermaßen erhöhen. Einzelheiten unserer Arbeit im Jahre 2003 entnehmen Sie dem am Schluss dieser Broschüre enthaltenen Tätigkeitsbericht.

Neben den laufenden Forschungsprojekten der FZH konnten in einigen Schwerpunkten neue Vorhaben in Angriff genommen werden, dank des Erfolgs bei der Einwerbung entsprechender Drittmittel. Besonders positiv hervorzuheben ist die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zugesagte Förderung des Projektes „Suburbane Erfahrungsräume: das nördliche Umland Hamburgs von den 1950er bis in die 1970er Jahre“, das im hamburgischen „Speckgürtel“ nach den bisher kaum untersuchten subjektiven Dimensionen der lebensweltlichen Veränderungen und nach den gruppenspezifischen Erfahrungen und Wahrnehmungen fragt, die mit der Entstehung der für unsere heutigen Gesellschaften charakteristischen suburbanen Räume einhergingen. Eine große Unterstützung unseres Forschungsschwerpunktes „Hamburgische Eliten im 20. Jahrhundert“ bedeutet das „Gerd-Bucerius-Doktorandenstipendium“, das die Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius der FZH zur Verfügung gestellt hat.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH haben 2003 zahlreiche Vorträge gehalten und Bücher sowie Zeitschriftenaufsätze publiziert. Unter den Veröffentlichungen der FZH ist besonders hinzuweisen auf die Studie von Frank Bajohr „„Unser Hotel ist judenfrei“. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahr-



hundert“ im Fischer Taschenbuch Verlag (Frankfurt/M.). Das Buch wurde in Rezensionen als „eine der wichtigsten zeitgeschichtlichen Veröffentlichungen der letzten Jahre“ (Die Zeit) bezeichnet und erlebte innerhalb weniger Monate drei Auflagen. Im Juli 2003 wurde das Buch auf Platz 2 der Sachbuchbestenliste (SWR, Süddeutsche Zeitung, NDR etc.) gewählt.

Für die in der Vergangenheit von der FZH herausgegebenen kleineren Sonderveröffentlichungen haben wir eine eigene Reihe geschaffen, die „Hamburger Zeitspuren“. Damit verfügt die FZH nun über drei Veröffentlichungsreihen, in denen jährlich neue Titel erscheinen.

Die öffentlichen Veranstaltungen der FZH waren in besonderer Weise auf das städtische Gedenken 2003 bezogen. Auf der Tagung „1923 – 1933 – 1943 – 1953. Schlüsseljahre der hamburgischen und deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts im nationalen und internationalen Städtevergleich“ im Oktober 2003 wurde städtevergleichend die Einordnung von NS-Regime und Zweitem Weltkrieg in die Perspektive des zurückliegenden Jahrhunderts erörtert; eine abschließende Podiumsdiskussion im Kaisersaal des Rathauses – als gemeinsame Veranstaltung von FZH, Bürgerschaft und Senat der Freien und Hansestadt Hamburg – fokussierte „Doppeltes Gedenken. Das 20. Jahrhundert als Jahrhundert von zwei deutschen Diktaturen“ (s. Bericht in diesem Jahrbuch).

Die FZH ist nicht nur ein Zentrum der zeithistorischen Forschung, sondern wird in steigendem Maße als Service-Einrichtung (Bibliothek, Archiv, lebensgeschichtliche Interviews der „Werkstatt der Erinnerung“) von Studierenden, Historikern, Redakteuren von Presse, Funk und Fernsehen sowie geschichtsinteressierten Bürgern nachgefragt. Insbesondere die Zahl der Ausleihen in der Bibliothek steigen stetig an. Für die mittlerweile über 70 000 Bände werden die räumlichen Kapazitäten in absehbarer Zeit erschöpft sein.

Wir wollen nicht verschweigen, dass uns trotz aller Erfolge seit Mitte des Jahres einige Sorgen quälen. Ende Juni 2003 erschienen erstmals Berichte über Sparpläne des Senats in der Presse, die auf jene geisteswissenschaftlichen Institute zielen, die – wie die FZH – als Stiftungen Zuwendungsempfänger der Freien und Hansestadt Hamburg sind. Es hat in den letzten Monaten konstruktive Gespräche darüber gegeben, ob die FZH mit anderen universitären und außeruniversitären Instituten – bei Wahrung der jeweiligen Selbständigkeit – in einem „Wissenschaftszentrum für Geschichte und Kultur in Hamburg“ (so die vorläufige Bezeichnung) zusammengeführt und räumlich näher an den Campus

der Universität verlagert werden sollte. Wir begrüßen diese Idee ausdrücklich und arbeiten an ihrer Umsetzung engagiert mit, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass eine befriedigende räumliche Lösung gefunden wird und das geplante Zentrum nicht zum Vorwand für finanzielle Einschnitte wird, die die Erfüllung unseres Forschungsauftrags gefährden würden.

Seit einigen Monaten sind wir dabei, einen Freundes- und Fördererkreis der FZH aufzubauen. Wir sehen es als ermutigend an, dass eine ganze Reihe von Persönlichkeiten aus Kirchen und Parteien, aus Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft ihre Bereitschaft bekundet haben, als Lobby für die Zeitgeschichte in Hamburg einzustehen. Es muss deutlich werden, dass gerade eine „wachsende Stadt“ eines historischen Gedächtnisses bedarf.

Wir beenden das alte und beginnen das neue Jahr mit einer guten Leistungsbilanz und mit Energie für die kommende Arbeit. Die vorliegende Broschüre informiert Sie auch über die lange Vorgeschichte der Forschungsstelle für Zeitgeschichte mit der vom heutigen Direktor der FZH kommentierten Edition eines Manuskripts, das der damalige Leiter, Dr. Heinrich Heffter, 1950 als eine Art Zwischenbilanz seiner Arbeit verfasste. Heute fühlt sich die FZH dem hier dokumentierten Forschungsprofil verpflichtet, das der Wissenschaftliche Beirat nach Beratungen mit den Mitarbeitern der Forschungsstelle formulierte. Ein Text von Frank Bajohr verweist nicht nur auf seine neueste Buchveröffentlichung, sondern eröffnet zugleich einen Einblick in unsere erfolgreiche Vortragsreihe des vergangenen Sommers zum Antisemitismus. Ein Konferenzbericht sowie der Abdruck eines Vortrags erinnern an unsere große Konferenz über die Gedenkjahre Hamburgs im Jahre 2003. Dass dieser interessante Beitrag von Martin Geyer das dramatische Krisenjahr 1923 in München zum Thema hat, mag andeuten, dass wir nicht hamburgische Geschichte allein behandeln, sondern gelungene Beispiele der Stadtgeschichte allgemein zur Diskussion stellen wollen. Wir hoffen auf Ihr Interesse und freuen uns über Ihre Rückmeldungen.

Hamburg, im Januar 2004

Prof. Dr. Axel Schildt (Direktor der FZH)

PD Dr. Dorothee Wierling (stellvertretende Direktorin der FZH)

# Von der Kaufmann-Legende zur Hamburg Legende

---

Heinrich Heffters Vortrag „Hamburg und  
der Nationalsozialismus“ in der Hamburger  
Universität am 9. November 1950

---

Der nachfolgend erstmals vollständig veröffentlichte Vortrag von Heinrich Heffter, des Leiters der 1949 eingerichteten „Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs 1933–1945“, kann als ein Schlüsseldokument in der mittlerweile über fünfzigjährigen Geschichte des Umgangs von Hamburg mit dem Nationalsozialismus gelten. Gehalten am 9. November 1950 vor einem sorgfältig ausgesuchten Publikum in einem Hörsaal der Hamburger Universität, gab Heffter Rechenschaft über das erste Jahr seiner Tätigkeit und skizzierte das grundlegende Herangehen an die Aufgabe der historischen Rekonstruktion der Geschehnisse in Hamburg während des „Dritten Reiches“. Seine Sicht auf das Verhältnis der Hansestadt zum Nationalsozialismus sollte für Jahrzehnte die lokale Geschichtspolitik prägen.

## 1. Zur Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs 1933–1945<sup>1</sup>

In der von der britischen Besatzungsmacht „ernannten Bürgerschaft“ war bereits Ende April 1946 von der liberalen Fraktion ein Antrag eingebracht worden, der den Senat ersuchte, eine lückenlose Chronologie der Ereignisse verfassen zu lassen, die zur kampflosen Kapitulation der Stadt am 3. Mai 1945 geführt hatten, um so einer Glorifizierung der nationalsozialistischen Führung entgegenzuwirken. Die Einsicht, keinen sinnlosen Endkampf zu befehlen, so der Sprecher der FDP, Willy-Max Rademacher, habe nämlich nicht „irgendein besonderer Teil der nationalsozialistischen Auffassung“ bewirkt, sondern „nichts weiter als der

Geist dieser Stadt, den wir den hanseatischen nennen.“<sup>2</sup> Sprecher der Kommunisten und der Sozialdemokraten kritisierten zwar vor allem die Beschränkung des Untersuchungsauftrags auf die letzten Wochen des Krieges, da erst durch die Einbeziehung der gesamten Zeit des „Dritten Reiches“ auch der verbrecherische Charakter der lokalen nationalsozialistischen Führung deutlich werden könne, aber die bürgerchaftlichen Debatten waren doch von großer Einmütigkeit geprägt und die jeweiligen Anträge fanden zunächst die Zustimmung aller Fraktionen. Erst die vom Senat aufgrund der bürgerchaftlichen Initiative in Auftrag gegebene Veröffentlichung, die Ende 1947 unter dem Titel „Das letzte Kapitel. Geschichte der Kapitulation Hamburgs“ präsentiert wurde, führte zum großen Eklat.<sup>3</sup> Der beauftragte Hamburger Archivar Dr. Kurt Detlev Möller hatte, schon wegen des eingeschränkten Blickwinkels, eben jenen sanften Hauch von Apologie um den ehemaligen Reichsstatthalter Karl Kaufmann gesponnen, der zuvor in der Bürgerschaft auf vehemente Ablehnung gestoßen war.<sup>4</sup> Die Auseinandersetzung um dieses Buch, von dem sich der Senat rasch distanzierte, war nicht die alleinige Ursache, aber gab den entscheidenden Anlass, der Forderung nach einer gründlichen Rekonstruktion der gesamten Zeit des „Dritten Reiches“ in Hamburg Nachdruck zu verleihen.

Im August 1949 nahm die „Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs 1933–1945“, die der Schulbehörde angegliedert war, ihre Arbeit auf. Mit großem Engagement begann die Suche nach Quellen für eine Darstellung der gesamten Geschichte Hamburgs in der NS-Zeit, aber die Rahmenbedingungen waren denkbar schlecht.<sup>5</sup> Untergebracht wurde die Forschungsstelle zunächst im so genannten „Trümmerzimmer“ des Staatsarchivs im Rathaus, einem fensterlosen Raum. Erst nach mehreren Monaten wurden zur Unterstützung des Leiters Heinrich Heffter zwei „wissenschaftliche Hilfsarbeiter“ angestellt, die auch annehmbare Räumlichkeiten erhielten. Vor allem aber war es die desolote Quellsituation selbst, die große Probleme bereitete. Die Hamburger Nationalsozialisten hatten bei der Vernichtung ihrer Akten ganze Arbeit geleistet – schriftliche Überlieferungen der NSDAP oder ihrer Gliederungen waren nur in Ausnahmefällen aufzufinden. Sehr früh wurde deshalb daran gedacht, wie es später dann im Münchner Institut für Zeitgeschichte systematisch betrieben wurde, Schrifttum von Zeitzeugen zu sammeln und sie zu befragen. Aber auch dies stieß an Grenzen, obwohl die Zeit des NS-Regimes erst wenige Jahre zurücklag. Das Staatsarchiv zeigte sich anfangs nicht gerade kooperativ, war die

Forschungsstelle doch eingerichtet worden, um die so genannte Kaufmann-Legende Kurt Möllers zu widerlegen. Dieser war Anfang 1948 zum Direktor des Staatsarchivs ernannt und bald darauf entlassen worden, nachdem antisemitische Veröffentlichungen aus der Zeit des „Dritten Reiches“ bekannt geworden waren; viele mutmaßten allerdings, sein Buch „Das letzte Kapitel“ sei der wahre Grund für die Entlassung gewesen. Möller, der von den Mitarbeitern des Staatsarchivs voll unterstützt wurde, klagte gegen seine Entlassung und wurde Anfang der 50er Jahre rehabilitiert. Ehemalige Nationalsozialisten waren gegenüber der Forschungsstelle sehr misstrauisch, schon angesichts eventuell drohender justizieller Konsequenzen aufgrund ihrer Auskünfte; kommunistische Angehörige des Widerstands, organisiert in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), weigerten sich in dieser Hochzeit des Kalten Krieges prinzipiell, die Institution eines Staates zu unterstützen, der sie ausgrenzte und verfolgte; emigrierte jüdische Bürger befremdete zunächst der Versuch einer nüchternen wissenschaftlichen Rekonstruktion der für sie schrecklichen Zeit. Lediglich in der Sozialdemokratischen Partei wurde dafür geworben, der neuen Forschungsstelle Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Insofern wurde schon bald deutlich, dass der ursprüngliche Auftrag, eine Geschichte der nationalsozialistischen Herrschaft in Hamburg vorzulegen, nicht in kurzer Zeit zu erledigen war. In den sieben Jahren ihres Bestehens lieferte die Forschungsstelle 15 „Berichte über vorläufige Forschungsergebnisse“, die meisten davon aus der Feder von Heinrich Heffter, die letzten vier stammten von Herbert Schottelius<sup>6</sup>, der die kommissarische Leitung der Forschungsstelle übernahm, als Heffter 1954 einen Ruf an die Technische Universität Braunschweig annahm (s. u.). Diese Berichte für die Behördenspitze, als „vertraulich“ oder gar „streng vertraulich“ gekennzeichnet, beschrieben nicht zuletzt die erwähnten Probleme der Quellensicherung. Bei den Recherchen stand im Hintergrund die Vorstellung, durch Diskretion als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber möglichen Zeitzeugen – vor allem gegenüber ehemaligen Funktionären des NS-Regimes – die Beschaffung von Material zu erleichtern und dann eines fernen Tages eine Darstellung anfertigen zu können. Aber bei den Recherchen kam die Forschungsstelle über einige – wenngleich interessante – Ansätze nicht hinaus. Nachdem auch Schottelius als letzter verbliebener Mitarbeiter ausgeschieden war, ließ der Senat die Arbeit 1956 auslaufen; Vorschläge der Professoren Fritz Fischer und Egmont Zechlin, sie an der Universität weiterzuführen, wurden

abschlägig beschieden. Erst 1960 kam es dann zur Gründung der „Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg“, die seit 1997 in der Form einer Stiftung als „Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg“ ein erweitertes Aufgabenfeld erhielt.

## 2. Der Historiker Heinrich Heffter

Dr. Heinrich Heffter (1903–1975), der am 23. August 1949 seinen Dienst antreten konnte, stammte aus der Familie eines pommerschen Amtsgerichtsrats, hatte nach dem Besuch eines humanistischen Gymnasiums in den letzten Monaten des Ersten Weltkriegs im landwirtschaftlichen Hilfsdienst gearbeitet und von 1921 bis 1926 an den Universitäten in Göttingen, Tübingen und Leipzig studiert, Geschichte im Hauptfach, daneben Völkerkunde, Soziologie und Philosophie. Den Abschluss des Studiums bildete eine Dissertation über die „Kreuzzeitungspartei und die Kartellpolitik Bismarcks“.<sup>7</sup> Sein beruflicher Weg führte ihn als Fachredakteur für Geschichte in den Verlag F. A. Brockhaus. Für die 15. Auflage des „Großen Brockhaus“ (20 Bände, begonnen 1928) und für den „Neuen Brockhaus“ (4 Bände, seit 1936) redigierte er nicht nur den größten Teil der historischen Artikel, sondern verfasste auch selbst einige der lexikalischen Einträge. Daneben fand er Zeit für etliche Archivaufenthalte, für wissenschaftliche Studien und Editionen über das 19. Jahrhundert<sup>8</sup>, aber auch für Texte über deutsche Kolonien in einem der zeitgenössisch sehr populären Sammelalben.<sup>9</sup> Der Zweite Weltkrieg, Heffter wurde 1942 als Soldat eingezogen, war zunächst in Paris, dann in Südfrankreich stationiert und geriet als Baudionier in Oberschlesien im Mai 1945 in sowjetische Gefangenschaft, unterbrach seine wissenschaftliche Tätigkeit nur für drei Jahre. Bereits im August 1945 konnte er seine Arbeit beim ausgebombten und stark verkleinerten Brockhaus-Verlag in Leipzig als „freier Schriftsteller“ wieder aufnehmen. Zwei Jahre später geriet er hier allerdings in Schwierigkeiten, erste Texte wurden wegen mangelnder „volksdemokratischer“ Gesinnung abgelehnt. In dieser Zeit arbeitete Heffter hauptsächlich an seinem umfänglichen Werk über die Geschichte der Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, von dem er im November 1948 einen Teil an der Universität Hamburg als Habilitationsschrift einreichte.<sup>10</sup> Im April 1949 siedelte er mit seiner Frau und einem zehnjährigen Sohn in die Britische Zone über. Durch die Habilitationsschrift – die *venia legendi* erhielt er im Juli

1949, seine Antrittsvorlesung hielt er ein Jahr später<sup>11</sup> – geriet Heffter in das Blickfeld der Professoren Fritz Fischer und Egmont Zechlin (gekannt hatten sie ihn aber zumindest namentlich schon vor 1945), die ihn als Leiter für die geplante Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs 1933–1945 vorschlugen. Folgt man der Aktenüberlieferung, stand der als gewichtiger Alternativkandidat verbliebene Publizist Peter Blachstein, nach 1933 aus rassistischen Gründen aus Deutschland vertrieben, von vornherein auf verlorenem Posten. Dem späteren sozialdemokratischen Bundestagsmitglied fehlten als Nichthistoriker, Nichthamburger und als Rückkehrer aus dem schwedischen Exil, so hieß es, wesentliche Voraussetzungen für die zu vergebende Aufgabe.

Im Falle von Heinrich Heffter spielte dagegen weder die Ortsunkenntnis noch der in der Geschichte des 19. Jahrhunderts angesiedelte Forschungsschwerpunkt eine Rolle. Dass dieser als zureichende Qualifikation für die Leitung eines zeitgeschichtlichen Instituts angesehen wurde, stellte allerdings keine hamburgische Besonderheit dar. Zeitgeschichte als wissenschaftliche Profession wurde in jenen Jahren erst an wenigen Instituten und in der Regel außerhalb der diese sehr skeptisch betrachtenden universitären Fakultäten begründet von Historikern, die sich in der Regel mit der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts befasst hatten. Wichtiger waren im Fall Heffter sein politischer Hintergrund als Demokrat und Liberaler vor und sein wohl tadelsfreies Verhalten nach 1933. In seinem handschriftlichen Lebenslauf, den er am 22. April 1949 abgefasst hatte, notierte er lapidar: „Der Nazi-Partei oder einer ihrer Organisationen habe ich nicht angehört.“ Als er nun die Arbeit aufnahm, begleiteten ihn hohe Erwartungen, er werde dem bürgerschaftlichen Auftrag nach umfassender Aufklärung über die Zeit des „Dritten Reiches“ in Hamburg gerecht werden.<sup>12</sup> Anders als jene Historiker, die, nachdem sie sich auf das neue Feld der wissenschaftlichen Zeitgeschichtsschreibung begeben hatten, dort heimisch wurden, blieb Heinrich Heffter allerdings in seinem Herzen der Erkundung der Welt des 19. Jahrhunderts verbunden<sup>13</sup>, während er die Erforschung der hamburgischen NS-Vergangenheit als ein bald abzuschließendes Projekt betrachtete, das ihm lediglich für einige Zeit seine Existenz sichern sollte. Abgesehen von dem hier edierten unveröffentlichten Vortrag vom November 1950 ist lediglich eine einzige ausgearbeitete Studie von Heffter über den Nationalsozialismus bekannt, ein Aufsatz in der Zeitschrift des deutschen Geschichtslehrerverbandes „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“, der auf einem ein Jahr später

gehaltenen Referat vor Hamburger Geschichtslehrern basierte. Unter dem Titel „Forschungsprobleme der Geschichte des Nationalsozialismus“ resümierte Heffter den schmalen zeitgenössischen Forschungsstand und betonte dabei, vor allem der einflussreichen Interpretation Hermann Rauschnig folgend, den völligen Traditionsbruch und die „anarchischen Züge“ des NS-Regimes.<sup>14</sup>

Der erste Vertrag mit der Schulbehörde wurde im Sommer 1949 auf zwei Jahre befristet – die Höhe der Vergütung betrug 900 DM brutto monatlich, etwa das Zwei- bis Dreifache eines Facharbeiterlohns – und wurde 1951 wiederum um ein Jahr verlängert. Als Heffter 1952 ein Ruf auf ein Extraordinariat für Geschichte an der TH Karlsruhe avisiert wurde, verhandelte man in Hamburg über die Möglichkeit, ihn über die Dauer der Forschungsstelle hinaus als Wissenschaftlichen Rat in das Beamtenverhältnis zu übernehmen, um ihn in der Hansestadt zu halten. Schulsenator Heinrich Landahl betonte in einem Schreiben an das Organisationsamt des Senats vom 25. März 1952, wie wichtig Heffter sei: „Mit feinem Takt hat er es u. a. verstanden, das Vertrauen ehemaliger Nationalsozialisten zu gewinnen und sie zur Hergabe wertvollen Materials zu veranlassen.“ Die Korrespondenz Heffters, etwa mit dem nationalsozialistischen Ex-Oberbürgermeister von Altona, Emil Brix, dem ehemaligen Hamburger Bürgermeister Carl Vincent Krogmann oder dem Anfang der 1930er Jahre entmachteten Gauleiter Albert Krebs, der sogar einen Werkvertrag der Forschungsstelle für die Abfassung seiner Erinnerungen erhielt, lassen diese Aussage unterstreichen. Allerdings ist hinzuzufügen, dass parallel dazu ebenso eifrig nach Zeitzeugen aus den Reihen des Widerstands gesucht wurde, mit den bereits erwähnten Schwierigkeiten.

In Vermerken der Schulbehörde wurde übrigens 1952 erstmals betont, dass



*Heinrich Heffter (1903–1975)*



die Arbeiten der Forschungsstelle sich als langwieriger denn ursprünglich angenommen gestalteten. Noch zweimal wurde Heffters Vertrag als Angestellter der Schulbehörde verlängert, zum 30. September 1954 schied er auf eigenen Wunsch aus, um einem Ruf an die TH Braunschweig zu folgen.

### 3. Zum Vortrag von Heinrich Heffter

Im ersten Drittel seines Vortrag entfaltet Heffter sein Wissenschaftsverständnis, erörtert Quellenprobleme und Forschungsstrategien; das zweite Drittel ist der Widerlegung der so genannten Kaufmann-Legende des inkriminierten Buches von Kurt Detlev Möller vorbehalten, das letzte der Präsentation der eigenen Sicht auf den Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Hamburgs im „Dritten Reich“.<sup>15</sup>

Auffallend ist zunächst der bescheidene Gestus, mit dem Heffter die Hamburger Forschungsstelle in die nationale zeitgeschichtliche Landschaft einordnet; die führende Rolle des Münchner „Deutschen Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus“, des späteren Instituts für Zeitgeschichte, wird vorbehaltlos anerkannt. Aus den Berichten Heffters an die Schulbehörde geht hervor, dass er sich bei den dortigen erbitterten Linienkämpfen sofort auf die Seite der siegreichen Fraktion Gerhard Ritters stellte.<sup>16</sup> Hier wurden bereits die Weichen für die guten Beziehungen zum Münchner Institut gestellt. Für die Hamburger Forschungsstelle sah Heffter die Aufgabe als relativ überschaubar und zeitlich begrenzt an. Sein Wissenschaftsverständnis legte er mit aller Deutlichkeit dar; eine „voraussetzungslose Wissenschaft“ halte er für eine „Illusion“, der Standpunkt der Forschungsstelle sei „bezeichnet durch die innere Verpflichtung an die Werte des Rechts, der Freiheit, der Humanität, an das große christliche und humanistische Geisteserbe des Abendlandes“, das wiederum in der Hanse-Tradition Hamburgs besonders stark und lebendig wirke. Diese zuletzt genannte Überzeugung sollte in die Bestimmung des Verhältnisses von Hamburg zum Nationalsozialismus einfließen. Hinsichtlich der Quellen sprach Heffter bereits die Erfahrungen des ersten Jahres seiner Tätigkeit an. Er betonte die Schwierigkeit, die „intimen Vorgänge und Zusammenhänge im eigentlichen Machtzentrum des Hitlersystems wie auch in den verschiedenen Gruppen der Widerstandsbewegung“ aufzuhellen; weil das Aktenmaterial so lückenhaft und unzureichend sei, müsse die Forschung noch mehr als sonst üblich auf zeitge-

nössische Memoiren zurückgreifen und in „unmittelbarer Fühlungnahme mit den Zeugen der jüngsten Vergangenheit“ die Produktion solcher Quellen anregen. Heffter war die Problematik dieses Herangehens durchaus bewusst, wenn er formulierte, es sei hier „jedenfalls noch mehr Takt nötig, als sonst vom Historiker zu fordern ist“, aber gleichzeitig bestehe auch die Pflicht, die „geschichtliche Wahrheit festzustellen und auszusprechen“, eine Grenze aller persönlichen Rücksichtnahme. Der den Forschungsproblemen vorbehaltene erste Teil des Vortrags endete mit der auch heute noch gültigen Einsicht, dass die lokale Forschung nicht als isolierte Heimat- bzw. Landeskunde betrieben werden könne: „der Partikularismus eines allzu hamburgischen Gesichtskreises wäre gerade gegenüber einem so zentralistischen Herrschaftssystem nicht am Platze“.

Die eigentliche Auseinandersetzung mit der so genannten Kaufmann-Legende ging Heffter im Ton sehr moderat an. Er betonte, dass seine Ergebnisse denjenigen von Möller „nicht völlig entgegengesetzt“ wären. Dass er aber „die entscheidenden Akzente doch erheblich anders“ verteile, liege auch darin begründet, dass die Forschungsstelle nunmehr über mehr Material verfüge „als damals“, also 1947. Er möchte annehmen, dass Möller „heute selbst nicht mehr seine damalige These würde festhalten wollen“. Die Kaufmann-Legende sei durch diesen selbst geschaffen worden, Möller hingegen ihr lediglich, wie sehr „viele andere Hamburger“, verfallen. Ob er damit dem Archivdirektor bewusst ein nicht gerade gutes Zeugnis als Historiker ausstellen wollte, ist schwer zu sagen. Hamburg sei, argumentierte Heffter schlüssig mit dem Frontverlauf im Frühjahr 1945, aus einem einzigen Grunde, nämlich seiner geographischen Lage wegen, nicht in verlustreiche Kämpfe verwickelt worden. Und wenn persönliche Meriten hervorzuheben seien, dann nicht die Kaufmanns, sondern das Verhalten des Kampfkommandanten Wolz und des Rüstungsministers Speer.

Im letzten Drittel des Vortrags wird Kaufmann als „zentrale Figur des Hamburger Nationalsozialismus“ charakterisiert, eine nach wie vor richtige Kennzeichnung. Lange vor dem Erscheinen einschlägiger Veröffentlichungen wies Heffter auf die Bedeutung der Gauleiter als „kleine Führerclique von skrupellosen Machtmenschen“ hin. Zugleich isolierte er diese allerdings nicht nur vom Volk, sondern auch von der „Masse der kleineren Parteigenossen“, hierin dem interpretatorischen mainstream folgend, der einen scharfen Dualismus von totalitärem „SS-Staat“ und verführter oder verängstigter Bevölkerung stilisierte. Im nächsten Schritt seiner Argumentation setzte Heffter dann Kaufmann

vom „übelsten Schläge der Hitlervasallen“ wie etwa Streicher, Sauckel oder Erich Koch ab. Er sei „intelligenter, vorsichtiger, maßvoller“ gewesen, sein „wahrer Charakter“ sei deshalb den meisten „Kollaborateuren“ der „hamburgischen Beamten- und Wirtschaftskreise nicht recht sichtbar geworden“. Durchaus in Übereinstimmung mit der heutigen Forschung betonte Heffter den Charakter des „engsten Zirkels Kaufmanns“, die „trübe Atmosphäre von Vettern- und Günstlingswirtschaft“ sowie von „brutaler Willkür und Rechtsbeugung“, aber auch, hier folgt die Argumentation den sittlichen Normen der frühen 50er Jahre, „von Homosexualität“. Wenn dennoch „in Hamburg während der Hitlerzeit ein erheblich milderer politisches Klima geherrscht hat als sonst“, sei dies auf die „trotz aller äußeren ‚Gleichschaltung‘ fortwirkende freiheitliche Tradition“ zurückzuführen, der sich Kaufmann im Amt häufig angepasst habe. Hamburg aber sei „weit mehr Gegenspieler als Partner des Nationalsozialismus“ gewesen, nach der napoleonischen könne die Hitlerzeit „durchaus als die zweite Fremdherrschaft für Hamburg“ bezeichnet werden. Auch wenn Heffter am Schluss seines Vortrags einschränkend bemerkte, dass Hamburg trotz des „milderen politischen Klimas“ doch „keineswegs eine Oase“ gewesen sei und in diesem Zusammenhang die Konzentrationslager Fuhlsbüttel und Neuengamme erwähnte, war seine Botschaft doch deutlich: Die Hamburger Tradition wurde zum historischen Held gekürt, der dem Nationalsozialismus widerstanden habe.

Diese Widerlegung der Kaufmann-Legende war nicht so radikal ausgefallen, dass sich die Versionen von Heffter und Möller nicht verbinden ließen; eher handelte es sich, wie Heffter eingangs angekündigt hatte, um eine Akzentverschiebung. Mit dem kritisierten Verfasser des „letzten Kapitels“ verständigte sich Heffter im Übrigen auch persönlich wieder. Möller wurde – wie auch die Historiker Fritz Fischer und Egmont Zechlin sowie der Soziologe Heinz-Dietrich Ortlieb – 1952 in den neugeschaffenen Beirat der Forschungsstelle berufen. Der Behauptung Heffters, Hamburg sei ein positiver Sonderfall während des „Dritten Reiches“ gewesen, wurde dort offenbar nicht widersprochen; sie passte als Exkulpation einer ganzen Großstadt trefflich in die politische Kultur der frühen Bundesrepublik. Aber selbst wenn sich auf dieser Basis kein aussichtsreiches geschichtswissenschaftliches Projekt entwickeln ließ<sup>17</sup>, lässt Heffters Rede vom 9. November 1950 doch den ernsthaften Willen erkennen, die Jahre des „Dritten Reiches“ in Hamburg ohne Scheuklappen zu erforschen. Sie bildete insofern – und das war zeitgenössisch nicht wenig und nicht selbstverständlich

– einen wichtigen Schritt im Vorfeld der wissenschaftlichen Aufhellung lokaler NS-Vergangenheit.<sup>18</sup>

### **Hamburg und der Nationalsozialismus.**

*Vortrag von Dr. Heinrich Heffter am 9. November 1950  
im Hörsaal M der Universität Hamburg.*

Dass die 12 Jahre der Hitlerzeit gerade die deutschen Historiker vor eine höchst wichtige und dringliche Forschungsaufgabe stellen, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Aber so fraglos die Notwendigkeit erscheint, so groß sind die Schwierigkeiten. Sie sind nicht ohne organisierte Gemeinschaftsarbeit zu bewältigen: die Kräfte des einzelnen Forschers reichen hier in der Tat nicht aus. Einen gesamtdeutschen Auftrag hat das „Deutsche Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus“ in München übernommen. In kleinerem Umfang haben sich auch das Nürnberger Staatsarchiv und das Göttinger Institut für Völkerrecht auf diese Forschungsaufgabe spezialisiert; ich möchte außerdem noch die „Wiener Library“ in London erwähnen, die nach ihrem Gründer und Leiter dem deutsch-jüdischen Emigranten Alfred Wiener, benannt ist.<sup>19</sup>

Zu diesen Instituten hat die vor einem Jahr eingesetzte Hamburger Forschungsstelle, mit ihrem vollen Namen „Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs von 1933 bis 1945“, bereits die ersten Fäden angeknüpft. Sie möchte im Zusammenhang der deutschen Forschung ihren eigenen Platz einnehmen, indem sie sich auf ein engeres landesgeschichtliches Thema konzentriert. Sie ist ein kleines Institut und will es durchaus bleiben, in ihrem Mitarbeiterstab, der aus mir und Herren Dr. Hassbargen und Biermann besteht<sup>20</sup>, und in der Bescheidenheit ihres Apparats, der sich auf zwei einfache Büroräume im Finanzgebäude am Gänsemarkt und auf eine kleine Handbücherei beschränkt. Sie will gar nicht mit den alten und festgegründeten Instituten der geschichtswissenschaftlichen Arbeit in Hamburg in Konkurrenz treten, insbesondere nicht mit dem Staatsarchiv; sie dient nur einer speziellen Aufgabe, die eines Tages beendet sein wird. Und gerade wenn sie auf bürokratische Ansprüche verzichtet, kann sie am besten ihren Zweck erfüllen, der nun allerdings in gewissem Sinne über den mehr archivalischen Charakter der verwandten Institute hinausgeht. Denn während die Forschungsstelle, wie ihr Auftrag zunächst lautet, das historische Material

sammelt (in Form von Notizen, Abschriften und Fotokopien) und es sichtet, leistet sie zugleich die vorbereitende Arbeit für eine gültige Darstellung der Geschichte Hamburgs in der Hitlerzeit. Und eben weil sie sich von vornherein auf einen Teil des Ganzen beschränkt, könnte es hier wohl am ehesten zu einer abschließenden Zusammenfassung der Forschungsergebnisse kommen.

So weist die Hamburger Forschungsstelle im Vergleich mit den anderen verwandten Forschungsstellen einige besondere Züge auf. Aber vor allem teilt sie doch mit ihnen den wissenschaftlichen Charakter. Dies sei von vornherein aufs nachdrücklichste betont. Zwar sind mir schon manche Zweifel geäußert worden, ob es in der von so starken politischen Spannungen erfüllten Gegenwart überhaupt möglich ist, die wissenschaftliche Linie durchzuhalten. Dass hier Schwierigkeiten vorliegen, ist gar nicht zu bestreiten. Aber die bisherigen Erfahrungen haben mich überzeugt, dass der wissenschaftliche Weg doch gute Aussichten hat. Die Forschungsstelle ist nur organisatorisch und etatmäßig der Schulbehörde angegliedert<sup>21</sup>; im übrigen ist ihr die volle wissenschaftliche Freiheit eingeräumt, sie hat noch niemals irgendeine Direktive für die Methoden oder gar die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit erhalten. So wäre es eigentlich überflüssig, wenn ich, als der wissenschaftliche Leiter der Forschungsstelle hinzufüge, dass ich auch keinesfalls bereit wäre, politischen Direktiven zu folgen; aber für etwaige Zweifler mag dies noch ausdrücklich festgestellt sein. Als Dozent bin ich in diese Stellung berufen worden; ich trage für die Arbeit der Forschungsstelle die freie wissenschaftliche Verantwortung in derselben Weise wie für meine Vorlesungen an der Universität.

Mit der Offenheit, die dem wissenschaftlichen Charakter der Forschungsstelle gemäß ist, möchte ich allerdings zugleich sagen, dass eben diese Wissenschaftlichkeit gewisse Grenzen findet. Die voraussetzungslose Wissenschaft halte ich für eine Illusion, zumal wenn es sich um die Erforschung der jüngsten Geschichte handelt. Dies Bekenntnis wäre für den Positivismus, der um die Jahrhundertwende die Mehrzahl der deutschen Historiker und Staatsrechtslehrer beherrschte, wohl noch eine arge Ketzerei gewesen. Aber es ist heute nicht schwer, hinter der angeblichen Neutralität jener positivistischen Wissenschaftsrichtung die Parteinahme für die damals beherrschende Staatsordnung, die Rechtfertigung des Bismarckschen Regierungssystems zu erkennen, und ich weiß mich heute einig mit einer ganzen Reihe deutscher Historiker in der grundsätzlichen Einsicht, dass auch der Wissenschaftler in lebendiger Verbindung mit

dem Geschehen und Ringen seiner eigenen Zeit steht, dass er in ihr einen festen Standpunkt haben muss – damit will ich in erster Linie überhaupt nur eine unvermeidliche Bedingtheit feststellen, dagegen eine Forderung höchstens insofern aussprechen, als die kritische Nüchternheit des Forschers sich auch in der klaren und offenen Erkenntnis seiner eigenen Voraussetzungen zeigen sollte. Der Standpunkt der Forschungsstelle ist bezeichnet durch die innere Verpflichtung an die Werte des Rechts, der Freiheit, der Humanität, an das große christliche und humanistische Geisteserbe des Abendlandes, in dessen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft die deutsche Nation von jeher gehört. Es sind die Werte, die die beste Tradition auch der deutschen Geschichte darstellen, die Generationen hindurch von den besten Köpfen der Deutschen als gültig anerkannt wurden, bis sie erst durch die totalitären Herrschaftssysteme der letzten 20 Jahre völlig verleugnet worden sind; es sind die Werte, die eine besonders starke und lebendige Tradition in einem so alten und stolzen bürgerlichen Gemeinwesen bedeuten, wie es die Hansestadt Hamburg ist. Und sie reichen doch weit über die engen Grenzen der Parteikämpfe hinaus; mindestens kann und soll der Standpunkt, wie ich ihn umrissen habe, sich über *die* parteipolitischen Gegensätze erheben, die innerhalb des verfassungsmäßigen Rechtsstaates bleiben. Überhaupt unterscheidet sich die Geschichtswissenschaft, auch wenn sie nicht voraussetzungslos ist, doch immer noch ganz wesentlich von der Politik. Denn nicht das Handeln und Kämpfen, sondern das Erkennen und Abwägen ist und bleibt ihr Lebenselement; eben deshalb muss sie von der Politik fordern, dass ihr der freie Raum für ihre Eigenart gelassen wird. Sie will durchaus objektiv sein, insofern sie selbstverständlich nach dem Höchstmaß an Sachlichkeit, Gerechtigkeit, Unparteilichkeit strebt; niemals erkennt sie eine subjektive Willkür, ein parteipolitisches Interesse als Richtschnur ihres Forschens an, wie es die totalitären Herrschaftssysteme von ihr verlangen.

In dem freien Raum der Wissenschaft, den ich mit diesen allgemeinen Bemerkungen abzugrenzen versucht habe, findet nun die Arbeit der Forschungsstelle ihre eigenen, ihre eigentlichen Schwierigkeiten in dem Zustand des Quellenmaterials. Diese Schwierigkeiten sind es ja auch in erster Linie, die die Einrichtung einer besonderen Forschungsstelle nötig gemacht haben.

Wenn man sonst an die Erforschung neuester Geschichte herangeht, stößt man in der Regel auf ein überaus reichliches Material in den Archiven; man

muss sehr darauf achten, nicht in der Überfülle der Quellen zu ertrinken. Aber gerade für die Hitlerzeit, für die jüngste abgeschlossene Periode unserer Geschichte, liegt es weiterhin umgekehrt: das sonstige Hauptmaterial, das archivarische, ist äußerst lückenhaft. Große Aktenbestände sind verbrannt, in Hamburg teils durch die feindlichen Luftangriffe, teils durch die Vernichtungsaktion der nationalsozialistischen Machthaber kurz vor der Kapitulation vom 3. Mai 1945; andere Bestände sind von der Besatzungsmacht mit Beschlagnahme belegt worden. Außerdem aber sind offenbar viele historisch sehr wichtige Vorgänge in einem bisher ungewohnten Ausmaß überhaupt nicht oder doch nur kaum aktenmäßig geworden; sie haben sich in einem Dunkel abgespielt, wie es die so schreibfreudige, so sehr auf bürokratisches Aktenwesen, auf breite Öffentlichkeit abgestellte neueste Geschichte sonst nur in recht engen Bezirken kennt. Das ist tief in der Natur des totalitären Herrschaftssystems der Hitlerzeit begründet. Und wie die Machthaber sich vielfach über die rechtsstaatlichen Vorschriften eines ordnungsmäßigen Geschäftsganges hinwegsetzten, eine willkürliche Geheimpolitik trieben, so war andererseits die Opposition gezwungen, sich im unterirdischen Milieu der Verschwörung zu organisieren und zu betätigen. So ist es von vornherein besonders schwierig, die intimen Vorgänge und Zusammenhänge im eigentlichen Machtzentrum des Hitlersystems wie auch in den verschiedenen Gruppen der Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus genügend zu erhellen.

Je lückenhafter und unzureichender also das Aktenmaterial ist, um so mehr muss die Forschung auf die zeitgenössischen Memoiren zurückgreifen. Solche Memoiren sind ja auch sonst eine wichtige Ergänzung der Akten, aber für die Hitlerzeit haben sie weit größere Bedeutung. Und es sind hier viel weniger echte Tagebuchaufzeichnungen, die nach ihrer dokumentarischen Qualität den Akten gleichkommen, als vielmehr nachträgliche, erst aus den Jahren seit 1945 stammende Aussagen von Zeitgenossen. Sie finden sich sehr zahlreich in den Akten der vielen politischen Prozesse, die gegen Nationalsozialisten geführt worden sind. Aber es bleibt immer noch eine wesentliche, und zwar eine besonders umständliche und zeitraubende Aufgabe der Forschungsstelle, möglichst viele weitere Aussagen dieser Art zu veranlassen, sozusagen die ungeschriebenen Memoiren zu erschließen, um dadurch die klaffenden Lücken des übrigen Quellenmaterials auszufüllen. Auf das Bemühen um solche ungeschriebenen Memoiren, in unmittelbarer Fühlungsnahe mit den Zeugen der jüngsten Ver-

gangenheit, verwendet die Forschungsstelle einen sehr erheblichen Teil ihrer ganzen Arbeit, die gerade deshalb unvermeidlich langwieriger sein muss als eine Forschungsarbeit des von früher gewohnten Stils.<sup>22</sup>

Erleichtert wird dies Bemühen immerhin schon durch die Engräumigkeit und Geschlossenheit des stadtstaatlichen Schauplatzes. Und günstig ist doch auch, mindestens in *einer* Hinsicht, die Zeitnähe: nachdem erst 5 Jahre nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus verflossen sind, hat die Erinnerung an die Hitlerzeit noch nicht alle Frische verloren, gibt es überhaupt noch sehr viele lebende Träger solcher Erinnerung. In anderer Hinsicht macht freilich gerade der geringe zeitliche Abstand zur nationalsozialistischen Periode die Forschungsaufgabe sehr heikel. Ich empfinde insbesondere die Tatsache, dass so viele Akteure der Jahre 1933–45 noch unsere Mitbürger sind, immer wieder als große Schwierigkeit, vom rein menschlichen Standpunkt aus. Hier ist jedenfalls noch mehr Takt nötig, als sonst vom Historiker zu fordern ist; aber alle persönliche Rücksichtnahme findet doch wieder ihre Grenze an der Pflicht, die geschichtliche Wahrheit festzustellen und auszusprechen. Trotzdem scheint mir auch diese Schwierigkeit nicht unüberwindlich. Die Forschungsstelle hat es sich von Anfang an zum Grundsatz gemacht, eine strikte Linie der Loyalität und des Vertrauens einzuhalten – der Loyalität gegenüber den freiwilligen Mitarbeitern, die ihr privates Material und ihre eigenen Erinnerungen zur Verfügung stellen, und ihres Vertrauens wiederum in die Wissenschaftlichkeit der Forschungsarbeit selbst. Dass der Auftrag der Forschungsstelle vom Senat erteilt ist, erweist sich gewiss als nützlich, wenn sie sich an die einzelnen Behörden wendet; aber gegenüber allen jenen freiwilligen Mitarbeitern verfährt sie der Form und der Sache nach ganz unbürokratisch, mit vollem Respekt vor dem privaten Eigentumsrecht an dem ihr überlassenen Material. Sie appelliert nur an das ehrliche Interesse der Hamburger an der Erforschung der jüngsten Geschichte ihrer Vaterstadt. Und damit ist sie erfolgreicher, als anfangs auch bei einigem Optimismus erwartet werden konnte. In den verschiedensten Kreisen, von den Widerstandskämpfern bis zu den ehemaligen Nationalsozialisten, hat man sich bereit gefunden, der Forschungsstelle ein z. T. erstaunlich reichhaltiges Material zur Verfügung zu stellen. Da zeigt sich doch in erfreulicher Weise, wie groß immer noch, über alles politische Misstrauen hinweg, der Kredit wissenschaftlicher Geschichtsforschung ist. Diese freiwilligen Mitarbeiter, ob sie nun von links oder von rechts kommen, erkennen durchweg, dass die einzige legitime



Methode, die Forschungsarbeit zu beeinflussen, in der vertrauensvollen Hergebe von zuverlässigem Quellenmaterial liegt.

Nur der Versuch einer Verständigung mit der VVN ist fehlgeschlagen. Der rein sachlich begründete Wunsch, ihr offenbar reiches Material über die Widerstandsbewegung auch für die Forschungsstelle zu verwerten, ist mit kaum verhüllten politischen Bedingungen beantwortet worden, die für die Forschungsstelle unannehmbar sind. Ich hoffe aber, dass sich dieser Fehlschlag ausgleichen lässt, vor allem durch direkte Fühlungnahme mit den einzelnen Gruppen der ehemaligen Widerstandskämpfer.<sup>23</sup> Sehr bedauerlich ist dann schließlich, dass die Einsicht in die in englischen Händen befindlichen Dokumente der hamburgischen Geschichte von 1933–45 noch unmöglich ist, dass bisher nicht einmal der Umfang dieses der deutschen Forschung entfremdeten Materials annähernd zu überblicken ist. Ich möchte mich im Namen der Hamburger Forschungsstelle dem Appell anschließen, den der Münchener Historikertag im Vorjahre an die Siegermächte gerichtet hat, die beschlagnahmten und außer Landes gebrachten Akten zur Geschichte der Hitlerzeit zurückzugeben oder wenigstens der deutschen Forschung zugänglich zu machen.<sup>24</sup>

So eifrig sich auch die Forschungsstelle um die ungeschriebenen Memoiren bemüht, so bleiben doch natürlich die gleichzeitigen Quellen der Hitlerzeit die sicherste Grundlage wissenschaftlicher Geschichtserkenntnis. Bei allen späteren Aussagen ist, auch wenn der überzeugende Eindruck subjektiver Ehrlichkeit besteht, ein erhebliches Maß an möglichem Irrtum einzukalkulieren, verursacht durch die Motive der Verteidigung oder der Anklage, durch Gedächtnisverschiebung, durch die Lebhaftigkeit der Erzählerfreude. Die bestgeordnete Gruppe der gleichzeitigen Quellen sind die noch vorhandenen Akten im Staatsarchiv. Sie sind sehr ergiebig für die wechselvolle Geschichte der nationalsozialistischen Verwaltungsorganisation, insbesondere für die Lösung der Groß-Hamburg-Frage. Dies ist zweifellos ein sehr wesentliches Thema, und es liegt mir persönlich, bei meinem besonderen Interesse für Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, sehr nahe. Aber ich verkenne nicht, dass die hier gewonnenen historischen Erkenntnisse den eigentlichen Nerv des nationalsozialistischen Herrschaftssystems nur oberflächlich berühren – um dessen Kernproblem zu lösen, ist es unvermeidlich, in höchst mühsamer Weise aus vielen einzelnen Bausteinen ein echtes Bild zusammenzufügen. Zu den Akten im Staatsarchiv kommen die Aktenbestände der einzelnen Fachbehörden hinzu;

wenn sie auch vielfach dezimiert und verstreut sind, so geben sie doch reiche Aufschlüsse namentlich für die damalige Wirtschaftspolitik, ein gerade für Hamburg ebenfalls sehr wesentliches Thema. Und auch aus privatem Besitz kann die Forschungsstelle den Bestand an gleichzeitigen Quellen in erwünschtester Weise vermehren, durch Tagebuchaufzeichnungen, die besonders in *einem* Falle höchst wertvoll sind, da sie von einer sehr hohen Stelle des damaligen politischen Lebens in Hamburg stammen – in ihrer fast lückenlosen Vollständigkeit und ihrer großen, wenn auch für die späteren Jahre abnehmenden Ausführlichkeit unschätzbar schon als festes chronologisches Gerüst der meisten internen Vorgänge in den regierenden Kreisen.

Ein weiteres, sehr breites Material ergibt sich aus den Akten der politischen Prozesse vor den Spruchgerichten, den ordentlichen Strafgerichten und den Entnazifizierungsausschüssen. Hin und wieder finden sich hier auch Stücke, die zu der Vorzugsgruppe der gleichzeitigen Quellen gehören; in der Hauptsache treten uns allerdings nur spätere Aussagen entgegen. Immerhin ist der Umfang des hier angehäuften historischen Stoffes sehr groß. Aber indem ich den stofflichen Wert dieser Prozessakten anerkenne, möchte ich zugleich ausdrücklich feststellen, dass die Urteile des Historikers vielfach doch recht anders ausfallen als die Entscheidungen der Gerichte und der Entnazifizierungsausschüsse. Darin kommt recht eigentlich die wissenschaftliche Unabhängigkeit zum Ausdruck, die die Forschungsstelle für sich beansprucht. Der Historiker ist nicht Strafrichter, ist nicht Entnazifizierungskommissar. Er wird gewiss ein von klugen, menschenkundigen und menschlichen Richtern gefällttes Urteil sehr beachtens- und erwägenswert finden; aber er wird sich immer bewusst bleiben, dass die Historie andere Maßstäbe hat als die Justiz. Wie schon ihre Fragestellung, so ist auch die Beurteilung, zu der sie gelangt, elastischer, vielseitiger und, wie ich glaube, eindringlicher. Sie zielt wesentlich auf eine politische Verantwortung, die mit den zumal bei den Spruchgerichten so starren juristischen Kategorien und auch mit den 5 Stufen der Entnazifizierung doch nur unvollkommen erfasst wird. Und selbst dann, wenn die Historie nach moralischen Gesichtspunkten urteilt, verfügt sie über eine unbeschränkte Freiheit des Ermessens. Ich werde in meinen weiteren Ausführungen versuchen, diese grundsätzlichen Feststellungen in konkreterer Weise zu erläutern.

In wachsendem Maß wird schließlich auch die gedruckte Literatur wichtig; hier ist namentlich das 42-bändige Werk der Nürnberger Protokolle zu nennen.

Und wichtig sind dabei nicht nur die Hinweise auf die speziell hamburgischen Dinge. Auch die allgemeineren Probleme des Nationalsozialismus dürfen nicht ignoriert werden, denn in manchen Fällen ist eine sichere Grundlage des historischen Urteils nur dann zu gewinnen, wenn die Forschungsarbeit über die Grenzen Hamburgs hinausgreift; der Partikularismus eines allzu hamburgischen Gesichtskreises wäre gerade gegenüber einem so zentralistischen Herrschaftssystem nicht am Platze.

Da die Forschungsstelle noch in den Anfängen ihrer Arbeit ist, sind deren greifbare Ergebnisse heute erst vorläufig. Darin liegt ein unvermeidlicher Mangel meines Rechenschaftsberichts. Trotzdem möchte ich auf ein bestimmtes Einzelthema noch näher eingehen, nämlich auf die Frage der Kapitulation Hamburgs im Frühjahr 1945, die bereits durch das vor drei Jahren veröffentlichte Buch von Kurt Detlev Möller „Das letzte Kapitel“ aufgerollt worden ist. Die Offenheit, mit der ich als wissenschaftlicher Historiker, frei von tagespolitischen Rücksichten, über diese Streitfrage sprechen will, wird eben nur durch *einen* Vorbehalt eingeschränkt: dass die Forschungsstelle neues Material erhalte, durch das ihre jetzige Auffassung berichtigt würde.

Kein polemisches Bedürfnis hat mich veranlasst, dies besonders aktuelle Problem herauszugreifen. Das „Letzte Kapitel“ ist durchaus die Arbeit eines wissenschaftlichen Historikers, beruht auf methodischer Quellenforschung und ist übrigens nach meinem Urteil recht gut beschrieben. Aber die Forschungsstelle ist frühzeitig zu einem abweichenden Ergebnis gerade in der Beurteilung des von Möller behandelten Problems gelangt, zu einem Ergebnis, das zwar nicht völlig entgegengesetzt ist, aber die entscheidenden Akzente doch erheblich anders verteilt. Darin ist die Forschungsstelle durch alle weiteren Ermittlungen bisher nur bestätigt und bekräftigt worden; ich möchte hier dankbar den Forschungsbeitrag von Herrn Dr. Hassbargen hervorheben. Und das Möllersche Buch liegt nun einmal vor, ist viel erörtert worden: es ist ein vorweggenommener Teil der Aufgabe, die der Forschungsstelle selber obliegt. Deshalb kann sie einer Stellungnahme zu dem Möllerschen Buch nicht ausweichen; sie muss sagen, ob sie dessen These bestätigt oder nicht, und im letzteren Falle muss sie sich mit dem Buch auseinandersetzen – freilich vermag ich hier nur eine Skizze der neuen Auffassung zu geben.

Ich glaube natürlich, dass diese Auffassung die richtigere ist; aber mir liegt dabei eine Überheblichkeit des Besserwissens schon deshalb fern, weil die For-

schungsstelle unter wesentlich günstigeren Bedingungen an das fragliche Problem herantritt als das Möllersche Buch. Der eine große Vorteil ist durch die einfache Tatsache gegeben, dass wir jetzt 3 Jahre später, über mehr Material verfügen als damals. Und insbesondere sind es jetzt nicht nur nachträgliche Aussagen der Hauptbeteiligten, sondern es sind auch schon einige gleichzeitige Quellen, deren dokumentarische Beweiskraft ja viel stärker ist; gerade diese Schriftstücke sind sehr geeignet, die Zweifel an der Richtigkeit der Möllerschen These zu untermauern. Ich möchte annehmen, dass der Verfasser des „Letzten Kapitels“ heute selbst nicht mehr seine damalige These würde festhalten wollen. Manche sind der Ansicht, es sei auch jetzt noch nicht die rechte Zeit für die wissenschaftliche Erforschung der Hitlerzeit gekommen; diese Ansicht teile ich nicht mehr, aber für das Möllersche Buch war es wohl in der Tat noch zu früh. Zu dem Mangel an wirklich ausreichendem Quellenmaterial käme als zweiter wesentlicher Umstand die isolierte Vorwegnahme des „Letzten Kapitels“ der Hitlerzeit in Hamburg hinzu. Die Forschungsstelle hat da einen weiteren großen Vorteil für sich: denn indem sie das Gesamtproblem des Nationalsozialismus aufrollt, indem sie vom „ersten Kapitel“, der so genannten Machtergreifung von 1933 her auf das Endstadium der Hitlerzeit sieht, gewinnt sie eine breitere und festere Grundlage für ein stichhaltiges Urteil über das Geschehen des Frühjahrs 1945.

Was sie an der Möllerschen Auffassung ablehnt, ist im wesentlichen das, was ich die Kaufmann-Legende nennen möchte, nämlich die Ansicht, dass der nationalsozialistische Gauleiter und Reichsstatthalter Kaufmann der Retter Hamburgs gewesen sei, weil er die ihm anvertraute Hansestadt vor den Zerstörungen eines militärisch sinnlosen Endkampfes gegen die feindliche Invasionsarmee bewahrt habe, dass er eben, trotz mancher Fehler, sich im Grunde als ein verantwortungsbewusster Staatsmann gezeigt habe. Nun ist ja die geschichtliche Legendenbildung überhaupt viel rascher und in der Breitenwirkung viel ergreiflicher als die kritische Erforschung der wirklichen Vergangenheit, die eine mühsame und langwierige Arbeit und dazu nicht gefällig ist, zumal wenn sie zu herber nationaler Selbsterkenntnis führt. Nach dem ersten Weltkrieg ist die so genannte Dolchstoßlegende aufgekommen, die so viel zum Aufstieg der Hitlerbewegung beigetragen hat, und nach dem zweiten Weltkrieg sehen wir bereits ein eifriges Bemühen, die Verantwortung der nationalsozialistischen Machthaber für die furchtbaren Ausartungen ihres Herrschaftssystems und für

die katastrophale Niederlage, die sie heraufbeschworen haben, abzuwälzen oder zu vernebeln. In diesen Zusammenhang gehört die hamburgische Kaufmann-Legende. Sie ist nicht etwa durch das Möllersche Buch geschaffen worden, wenn sie auch in diesem Buch einen starken Ausdruck findet; sie geht vielmehr in der Hauptsache auf Kaufmann selbst zurück. Denn dessen Bericht über die Vorgänge der Kapitulation Hamburgs, der bald danach niedergeschrieben wurde, ist ganz auf den politischen Zweck zugeschnitten, ihm den Ruhm des Retters zu sichern. Die Grundzüge dieses Berichts hat Möller, obwohl sonst nicht ohne Kritik an der Persönlichkeit Kaufmanns, seiner eigenen Darstellung zugrundegelegt, ohne zu erkennen, wie sehr es sich hier um ein Stück geschickter politischer Taktik, nicht um einen Beitrag zur Feststellung der geschichtlichen Wahrheit handelt. Aber mit dem Verfasser des „Letzten Kapitels“ sind auch viele andere Hamburger der Kaufmann-Legende verfallen; sie ist erstaunlicherweise sogar in solchen Kreisen verbreitet, die jederzeit dem Nationalsozialismus sehr fern gestanden haben. Offenbar spielen da, natürlich neben nationalsozialistischen Sympathien, starke partikularistische Züge des hamburgischen Selbstbewusstseins mit: da man mit gutem Grund stolz ist auf den alten hamburgischen Stil einer maßvollen, auf Verständigung und Ausgleich bedachten Politik, hat man es sich wohl nicht anders vorstellen können, als dass man in Hamburg eben auch den besten und vernünftigsten Reichsstatthalter des Hitlersystems gehabt habe.

Ich will diesem Vorurteil nun keineswegs die Behauptung des krassen Gegenteils entgegensetzen; es ist schon in mancher Hinsicht eine relativ gemäßigte und einsichtige Haltung Kaufmanns festzustellen. Aber ist damit sein politischer Wesenskern enthüllt? Das ist nach der sorgfältig abgewogenen Auffassung der Forschungsstelle zu verneinen, und insbesondere die Palme der Rettung Hamburgs kann dem Reichsstatthalter nicht mehr zuerkannt werden.

Gerade in der Kapitulationsfrage verliert die Kaufmann-Legende überhaupt schon dadurch an Gewicht, dass diese Rettung Hamburgs sich für die nüchterne Betrachtung im Grunde als ein Scheinproblem herausstellt. Wenn Hamburg dem Schicksal der hansischen Schwesterstadt Bremen entgangen ist, nämlich dem Schicksal, noch beim Kriegsende in harte, für die Bevölkerung und ihren Besitz sehr verlustreiche Kämpfe verwickelt zu werden, so ist das in erster Linie einfach das Verdienst der geographischen Lage Hamburgs, nicht das Verdienst von hamburgischen Rettern.<sup>25</sup>

Die letzte Phase des Krieges hatte begonnen, als die Amerikaner und Engländer im März 1945 die Rheinlinie überwandten und nun unaufhaltsam zur Elblinie vordrangen. Dabei wurde der britischen Zweiten Armee die Aufgabe zugewiesen, die nordwestdeutschen Häfen von Bremen bis Lübeck zu erobern. Diese englischen Streitkräfte forcierten aber ihren Vormarsch in Nordwestdeutschland keineswegs so wie die amerikanischen Panzerverbände in Mitteldeutschland; wesentlich war nur das *eine* Ziel, die Ostseeküste bei Lübeck noch vor den Russen zu gewinnen, um diese vom Kaiser-Wilhelm-Kanal fernzuhalten. Der rechte Flügel der britischen Armee hat dies Operationsziel erreicht, indem er am 29. April, an Hamburg vorbeistoßend, den Elbübergang bei Lauenburg erzwang und am 2. Mai Lübeck besetzte. Im übrigen hatten die Engländer kein Interesse, noch größere militärische Energie aufzuwenden; westlich der Linie Lauenburg-Lübeck musste ihnen ja alles bald von selbst fallen. Immerhin gelangte ihr linker Flügel, der überhaupt die kürzeste Strecke zu durchmessen hatte, an Bremen bereits heran, als die deutschen Generäle noch ganz die Hitlerbefehle des rücksichtslosen Abwehrkampfes befolgten. So wurde die Weserstadt am 24./25. April doch zum Brennpunkt heftiger Kämpfe, wurde besonders durch die feindliche Luftwaffe noch einmal schwer mitgenommen. Aber die Mittelgruppe der britischen Armee brauchte mehr Zeit, um sich bis Hamburg vorzuschieben; der zeitliche Abstand weniger Tage – er entspricht den etwa 80 km, die Hamburg weiter östlich und nördlich liegt – hat das Meiste zur Rettung Hamburgs getan: er genügte, um die nun erst kritische Lage der Elbestadt in die allgemeine Kapitulation Nordwestdeutschlands einmünden zu lassen.

Am 29. April, eben am Tage jenes Elbüberganges bei Lauenburg, knüpften sich mit den am Südrand von Groß-Hamburg stehenden Engländern die ersten Verhandlungen über eine kampflose Übergabe an. Dies war zunächst noch ein eigenmächtiges Handeln der Hamburger Militärs und Politiker, im Gegensatz zur höheren Führung, die an Hitlers herostratischer Kriegsverlängerung festhielt. Aber gleich darauf gab Hitlers Tod das Signal, den letzten Widerstand einzustellen. General Blumentritt, der die an der Unterelbe kämpfende deutsche Armee befehligte, hat ausdrücklich festgestellt, dass für ihn Hitlers Tod der „Schlusspunkt des Endes“ war. Während die Engländer ihren Hamburger Verhandlungspartnern bereitwillig eine zweitägige Kampfpause zugestanden, weil sie jetzt offenbar gar keinen Grund mehr sahen, an die Einnahme der Stadt überhaupt noch Mühen und Opfer zu wenden, gab auf deut-

scher Seite die oberste Führung (Dönitz als Regierungschef und Generalfeldmarschall Busch) am Nachmittag des 2. Mai den bisherigen Standpunkt der Verteidigung Hamburgs preis und entschloss sich drüber hinaus zu Verhandlungen über eine allgemeine Kapitulation. Am 3. Mai kam dann die kampflose Übergabe der Stadt glücklich zustande; aber schon am nächsten Tag erfolgte die Waffenstreckung aller restlichen deutschen Streitkräfte im nordwestdeutschen Raum. Diesen Verlauf der letzten Kriegseignisse lassen die auch von Möller benutzten Berichte des Generals Blumentritt über die Operation seiner Armee deutlich genug erkennen. Und der britische Feldmarschall Montgomery sagt in seinen Kriegsmemoiren, dass der Angriff auf Hamburg noch nicht eingeleitet war, als der Kampfkommandant General Wolz die Übergabe anbot; Montgomery behandelt den Hamburger Fall nur als einen Teil des Kriegsendes im ganzen Raum der Unterelbe, nicht als eine Vorwegnahme, die eine besonders bemerkenswerte, eine besonders riskante und verdienstvolle Entscheidung der in der Hansestadt maßgebenden Männer bedeutet hätte.<sup>26</sup>

Freilich die Klarheit, die der rückschauende Historiker gewinnt, darf von den Zeitgenossen im unmittelbaren Erlebnis eines ungeheuren Zusammenbruchs nicht erwartet werden. Ich könnte hier das Sprichwort anführen: wenn man vom Rathaus kommt, ist man klüger; ich müsste jedoch sogleich hinzufügen, dass meine Ansicht jedenfalls nicht aus dem *Hamburger* Rathaus bezogen, sondern lediglich aus unabhängiger Forschungsarbeit erwachsen ist. Damals, in den wirren Wochen des April 1945, war ja noch gar nicht vorauszusehen, dass Hamburg in letzter Minute den rettenden Anschluss an das allgemeine Kriegsende schaffen würde. Schwere Sorge um die schon so hart betroffene Vaterstadt erfüllte alle Hamburger, deren Patriotismus angesichts der unabwendbaren Niederlage den Amoklauf Hitlers nicht mehr mitmachen wollte. So wurde bei manchen Männern der Wille wach, der immer näher rückenden Gefahr entschlossen entgegenzuwirken und die kampflose Übergabe herbeizuführen, obwohl sie damit sich selbst aufs schwerste gefährdeten, solange Hitler noch lebte. Der mutige Einsatz solcher Patrioten soll durchaus nicht entwertet werden durch die Feststellung, dass ein offener Abfall von der Hitlerschen Kriegspolitik am Ende nicht mehr nötig wurde.

Unter diesen Vorkämpfern der rechtzeitigen Kapitulation hat nun aber gerade Kaufmann nicht den hervorragenden Platz eingenommen, den ihm die Kaufmann-Legende zuspricht. Die wirklichen Aktivisten einer Rettung Ham-

burgs sind vielmehr General Wolz mit seinem Stab, einige Wirtschaftsführer und von prominenten Nationalsozialisten der Rüstungsminister Speer gewesen.<sup>27</sup> Die Rolle des Generals Wolz wird zwar im Möllerschen Buch auch schon stark herausgearbeitet, aber dabei wird nicht genügend berücksichtigt, dass es im Ernstfall mehr auf den Kampfkommandanten als auf den Reichsstatthalter ankam. Deutlich zeigt das der Vergleich mit dem Bremer Fall. Im durchsichtigen Interesse der Kaufmanns-Legende ist versucht worden, den für Bremen zuständigen Reichsstatthalter Wegener als Scharfmacher des totalen Krieges im Unterschied zu Kaufmann hinzustellen. Doch im jüngsten Wegener-Prozess hat gerade die Kompetenzfrage den Grund dafür abgegeben, Wegener von der Hauptschuld für die sture Verteidigung Bremens freizusprechen, zu Lasten der militärischen Befehlshaber. Auch mehrere bremische und hamburgische Wirtschaftsführer (Duckwitz, Bertram, Riensberg, de la Camp, Albert Schäfer u. a.) haben damals auf eigene Faust ihre Schritte unternommen, um den Zerstörungswahnsinn Hitlers zu durchkreuzen. Und schließlich ist die gleichgerichtete Aktivität Speers, wie sich aus den Nürnberger Protokollen ergibt, viel bedeutsamer gewesen, als der Verfasser des „Letzten Kapitels“ es gewusst hat.

Kann sich Kaufmann mit diesen Männern messen, darf er wirklich ein mindestens gleiches, ja das stärkste Verdienst beanspruchen, wie es die Kaufmann-Legende will? Für die kritische Frage nach seiner Haltung im Frühjahr 1945 ergibt sich zunächst ein leerer Raum, den er nicht durch dokumentarische Zeugnisse, sondern nur durch nachträgliche Behauptungen ausfüllt. Er fordert den Glauben an die volle Ehrlichkeit seiner Aussage, und diese Zumutung unterstützt er mit einer These der zielbewussten Tarnung: er habe ja seine Machtstellung behaupten müssen, um dann ihr volles Gewicht im Entscheidungsfall für die kampflose Übergabe einsetzen zu können, und deshalb habe er bis zuletzt sein wahres Ziel sorgfältig verdecken müssen. Das ist ein sehr geschicktes Argument; denn eine Opposition gegen Hitlers totalen Krieg musste ebenso die Wege der Geheimpolitik gehen wie schließlich alle Opposition innerhalb des totalen Staats. Wenn es in der Tat nur taktische Tarnung war, so wäre sie jedenfalls meisterhaft: die erwiesenen Aktivisten der rechtzeitigen Kapitulation sind meist bis tief in den April hinein der Meinung gewesen, dass sie nicht auf Kaufmann zählen dürften, ja dass mit seiner Gegnerschaft zu rechnen sei. Geht aber nicht eine so radikale Tarnung etwas zu weit gegenüber Männern, die z. T. ihrer politischen Farbe nach ihm nicht gerade fernstanden?



Solcher Zweifel wird erheblich bestärkt durch die unmittelbaren Quellenzeugnisse, über die die Forschungsstelle verfügt. Sie sind allerdings für eine volle Widerlegung der Kaufmann-Legende im Punkte der angeblichen Rettung Hamburgs noch nicht gewichtig genug. Deshalb scheint es mir unumgänglich, die ganze politische Persönlichkeit Kaufmanns zu erfassen, um mit Sicherheit oder wenigstens mit einer der Sicherheit sich annähernden Wahrscheinlichkeit seine Rolle in der Kapitulationsfrage beurteilen zu können. Das „letzte Kapitel“ ist eben in den Rahmen eines Gesamtbildes der 12-jährigen Politik des Gauleiters und Reichsstatthalters einzufügen. Meine Untersuchung muss also jetzt in die früheren Stadien der Hitlerzeit in Hamburg zurückgreifen, natürlich nur in sehr knappen Strichen; sie kann aber dabei auch einige Kernprobleme des nationalsozialistischen Herrschaftssystems überhaupt berühren.

Schon nach dem Aufbau dieses Systems ist Kaufmann die zentrale Figur des Hamburger Nationalsozialismus. Hitler hat ganz bewusst seinen Gauleitern eine außerordentliche Machtfülle zugestanden. Das ist ein wesentliches Element der tatsächlichen, nicht aus Gesetzesparagrafen abzulesenden Verfassung des Hitlerreichs, ein Element primitiver Dezentralisation im sonst so scharf zentralistischen Einheitsstaat. Die Gauleiter konnten in ihren Gauen weithin als kleine Könige, als kleine Despoten schalten; man hat mit Recht das Wort von der „autoritären Anarchie“ des Nationalsozialismus geprägt. Hier muss die Forschungsarbeit über Hamburg hinausgreifen, um sichere Grundlagen des historischen Urteils zu gewinnen; wertvolle Zeugnisse von ehemaligen Berliner Ministerialräten wie von alten Parteigenossen der Gaue Kaufmanns und Lohses liegen bereits vor. Charakteristisch ist immer wieder, dass persönliche Gegner eines Gauleiters seiner Willkür nur innerhalb seines Gaués ausgeliefert waren, sich aber in voller Sicherheit bringen konnten, wenn sie diesen Gau verließen und sich unter den Schutz eines anderen nationalsozialistischen Machthabers begaben. Die Macht der Gauleiter war sehr stark gegen Reichsbehörden und zentrale Parteiinstanzen; mindestens in Personalfragen hat sich auch Kaufmann gegenüber Goebbels, gegenüber Hess und Bormann ohne Schaden eine trotzig-e Haltung leisten können. Allerdings durch Himmlers „SS-Staat“ ist die Autonomie der Gauleiter zunehmend eingeschränkt worden. Und vor allem war sie doch nur möglich, weil und insoweit Hitler selbst sie zuließ; sie setzte immer den unbedingten Gehorsam gegen seine eigenen Entscheidungen, seine obersten

Richtlinien voraus.<sup>28</sup> Joseph Wagner, der Gauleiter von Westfalen-Süd und Schlesien, der in grundsätzlichen Fragen opponiert hat, ist darum auch abgesetzt und ins Gefängnis geworfen worden.<sup>29</sup> Aber das ist der einzige Fall dieser Art. Im übrigen gehörten die Gauleiter zum Kern der politischen Garde Hitlers, waren seine zuverlässigsten Werkzeuge. Eben deshalb gehören sie auch zu den Männern, die die volle historische Verantwortung für das Geschehen der nationalsozialistischen Zeit zu tragen haben; das entspricht zugleich den eigenen Maßstäben des Hitlersystems, nämlich dem so genannten Führerprinzip. Oder sollen wirklich nur die *toten* Nationalsozialisten die vollverantwortlichen Träger des Systems gewesen sein?

Dass aber diese eigentlichen Träger des nationalsozialistischen Regimes eine sehr kleine Gruppe waren, wird dem Historiker, je mehr er in die Zusammenhänge eindringt, immer deutlicher. Um so furchtbarer erscheint das totalitäre Herrschaftssystem, das einer solchen kleinen Gruppe die schrankenlose Macht in die Hände gegeben hat. In diesem brutalen, immer mehr ins Verbrecherische ausartenden, im „SS-Staat“ gipfelnden System sehe ich den Kern des Nationalsozialismus, weniger in der Ideologie, der so genannten Weltanschauung, wenn auch in ihr schon viel vom späteren System angelegt ist. Aber in der Masse der kleineren Parteigenossen, der Mitläufer, der „Kollaborateure“ haben sehr viele an einen idealen Nationalsozialismus geglaubt. Ihnen kann man wohl politische Unklarheit und politischen Irrtum nachweisen, doch nicht die Echtheit ihres Idealismus absprechen. Schon während der Hitlerzeit hat eine wachsende Zahl von ihnen sich als Opfer eines raffinierten Betrugs gefühlt; bittere Enttäuschung hat manche bis zur aktiven Widerstandsbewegung hin getrieben. Ein subjektiv gutes Gewissen ist ja auch die wesentliche Voraussetzung für die freiwillige Mitarbeit so vieler ehemaliger Nationalsozialisten an den Aufgaben der Forschungsstelle. Eine gründliche und gerecht abwägende Geschichtsforschung wird niemals zu einer Schwarz-Weiß-Malerei führen, wird auch unter den Anhängern des Nationalsozialismus aufs stärkste differenzieren, und am wichtigsten ist dabei eben der Abstand zwischen der großen Schar der Idealisten oder bloßen „Kollaborateure“ und der kleinen Führerklique von skrupellosen Machtmenschen.

Die These einer Kollektivschuld, sei es des ganzen deutschen Volkes, sei es der ganzen nationalsozialistischen Partei oder einzelner Gliederungen dieser Partei, hält der kritischen Prüfung des Historikers nicht stand; sie verkennt das

Wesen totalitärer Systeme, die fast alle für sie erreichbaren Menschen in ihr Netz verstricken.<sup>30</sup> Hier wäre wiederum zu betonen, dass der historische Gesichtspunkt großenteils ein anderer ist als der juristische. Der Historiker bewertet die formale Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen geringer, dagegen das tatsächliche Vorbehalten und Handeln schwerer, auch wenn es juristisch nicht so greifbar ist. Er meint in erster Linie überhaupt eine politische Verantwortung. Diese erstreckt sich nun freilich sehr weit, in verschiedenster Abstufung. Im *politischen* Sinne gibt es schon eine breite Schuld der „Kollaboration“, mag es reaktionäre Feindschaft gegen die Demokratie sein oder Schwäche oder Instinktlosigkeit oder jene Verschwommenheit des politischen Denkens, die im deutschen Volk leider so weitverbreitet ist. Und im Grunde trifft solche politische Schuld jeden, der, wenn auch widerwillig, geschwiegen und sich gefügt hat; sie wird also schließlich zum nationalen Schicksal, das wir zu tragen haben. Aber im *moralischen* Sinne kann ich hier nicht mehr als menschliche Unzulänglichkeit sehen; wer wäre so makellos oder so selbstgerecht, dass er sich über sie erheben will? Nur bei jener kleinen Gruppe, auf die ohnehin der Hauptteil der *politischen* Verantwortung ruht, kann auch der Historiker nicht ohne moralische Maßstäbe auskommen. Er wird deshalb noch keineswegs zum Strafrichter. Doch eine unbekümmert machiavellistische Betrachtungsweise erscheint mir allerdings gegenüber Hitler und seiner Garde unmöglich. Was ich meine, sind die Maßstäbe einer politischen Moral, wie sie besonders für den Sportsgeist des englischen Parlamentarismus charakteristisch sind, wie sie aber auch in Deutschland vor den Weltkriegen von allen Parteien als gültig anerkannt worden sind; es ist der Stil einer an die Grundsätze des Rechtsstaats gebundenen Politik, die noch im schärfsten Machtkampf den Gegner nicht zum vogelfreien Verbrecher stempelt, sondern als Mitbürger und Mitmenschen respektiert; es entspricht der gerade in den Hansestädten traditionellen Moral des ehrbaren Kaufmanns und läuft am Ende auf ein Mindestmaß menschlicher Anständigkeit hinaus, das für die gesellschaftliche Ordnung einer Kulturnation unentbehrlich ist.

Auch von dieser allgemeinen Grundlage des historischen Urteils her ist der Gauleiter und Reichsstatthalter Hamburgs durchaus in die kleine Gruppe der eigentlichen Systemträger einzuordnen. Er ist gewiss nicht vom übelsten Schlage der Hitlervasallen wie etwa Streicher, Sauckel, Mutschmann, Erich Koch, Hildebrand<sup>31</sup>; er ist intelligenter, vorsichtiger, maßvoller, und daher ist auch

wohl sein wahrer Charakter den meisten „Kollaborateuren“ der hamburgischen Beamten- und Wirtschaftskreise nicht recht sichtbar geworden. Aber seinem ursprünglichen Typus nach ist Kaufmann doch ganz ein politischer Landsknecht, enturzelt im sozialen Sinne, den Bindungen einer festen Tradition entfremdet. Und diesen Ursprung hat er nicht verleugnen können. Unter seinen Intimen, im so genannten Bonzenklub, finden wir einen Ellerhusen, den Kommandanten des Konzentrationslagers Fuhlsbüttel<sup>32</sup>; der unmittelbare Eindruck des Ellerhusen-Prozesses im letzten Januar hat das „Hamburger Abendblatt“ zu der Feststellung veranlasst, die sich mit der Kaufmann-Legende wahrlich nicht verträgt, nämlich dass die furchtbaren Misshandlungen in Fuhlsbüttel – ich zitiere – „durch oberste Parteigenossen nicht nur geduldet, sondern gebilligt und manchmal sogar angeordnet worden sind“. Wir stoßen im engsten Zirkel Kaufmanns immer wieder auf die trübe Atmosphäre von Vettern- und Günstlingswirtschaft, von Homosexualität, von brutaler Willkür und Rechtsbeugung im persönlichen Machtkampf, nicht nur gegen erklärte Feinde des Nationalsozialismus, sondern auch gegen eigene Parteigenossen. Gerade in Hamburg sind die innerparteilichen Fehden sogar aufschlussreicher für die Erkenntnis des Wesens der nationalsozialistischen Führerklique als etwa die bekannten Ausschreitungen gegen Männer der hamburgischen Arbeiterbewegung. Was im Großen vor allem die Röhm-Affäre von 1934 bedeutet, die „Reichsmordwoche“ nach einem treffenden Ausdruck der damaligen Flüsterkritik, das hat sich im kleinen auch in Hamburg abgespielt. Hier hat Kaufmann jahrelang erbitterte Kämpfe gegen eine Opposition in der eigenen Partei durchgefochten; in ihnen enthüllt sich sein eigentliches Gesicht am deutlichsten. Er selbst hat zwar diese Auseinandersetzung als eine reformerische Tat ausgegeben, die der Abstellung schwerer Missstände gedient hätte; aber tatsächlich hat er doch nur seine persönliche Machtstellung sehr skrupellos verteidigt. Alte Parteigenossen sind es, die die wohl schärfsten und leidenschaftlichsten Anklagen gegen ihn und das in ihm verkörperte System erhoben haben. Freilich sind diese innerparteilichen Kämpfe und Intrigen damals kaum ans Tageslicht gekommen, den meisten Hamburgern ganz verborgen geblieben; sie in allen Einzelheiten zu erhellen, ist eine besonders schwierige Forschungsaufgabe. Im übrigen sind es auch nicht so krasse Fälle wie die „Fememorde“ der zwanziger Jahre oder die Röhm-Affäre. Aber der moralische Maßstab, den der Historiker hier allerdings anwenden muss, ist doch keine statistische Angelegenheit; entscheidend ist

weniger die Massenhaftigkeit der Opfer solcher Verfolgungen, die Zahl der Rechtsbrüche und Willkürakte, sondern die Tatsache, dass dies eben ständige Methoden des praktischen Herrschaftssystems waren.

Ebenso ist jedoch auch die andere Tatsache festzuhalten, dass in Hamburg während der Hitlerzeit ein erheblich milderer politischer Klima geherrscht hat als sonst. Der insbesondere auf die Beamten ausgeübte Druck war schwächer als im Reichsdurchschnitt; manches wurde toleranter, großzügiger gehandhabt. Diese Ausnahmestellung des nationalsozialistischen Hamburg wurde für das übrige Deutschland am sichtbarsten bei den damaligen Reichstagswahlen und Volksabstimmungen, in der relativ höchsten Zahl an Nein-Stimmen, obwohl auch die hiesigen Wahlergebnisse durch die verschiedensten Methoden der Beeinflussung, ja der Verfälschung der Wahlen möglichst dem Scheinideal der Einstimmigkeit angenähert wurden. Ein winziger Raum war hier noch für eine politische Demonstration gelassen; sie deutete an, wie groß die Ablehnung des Nationalsozialismus zumal in der hamburgischen Arbeiterschaft, aber auch in weiten Kreisen des hamburgischen Bürgertums war. Und die Stärke der trotz aller äußeren „Gleichschaltung“ fortwirkenden freiheitlichen Tradition ist es ebenfalls, die das wesentliche Verdienst an jener vergleichsweise milderen Praxis hat. Dass Kaufmann seinerseits auf eine gewisse Toleranz eingegangen, dass er ferner für die wirtschaftlichen Sonderinteressen Hamburgs eingetreten ist, das ist gewiss anzuerkennen. Er hat sozusagen zwei Gesichter, und im Amt des Reichsstatthalters hat er häufig eine bessere Seite gezeigt. Viele Hamburger haben ihn nur von dieser Seite kennengelernt: das hat den Nährboden der Kaufmann-Legende abgegeben, das macht ihren bescheidenen Wahrheitsgehalt aus. Aber hier wirkt doch viel weniger sein eigener als der Geist der Hamburger Tradition, der er sich eben insoweit angepasst hat. Die wurzelstarke Lebenskraft dieser Tradition hat sich ja überhaupt gerade darin bewährt und zugleich bereichert, dass sie sich die Neubürger rasch assimiliert; so hat sie in gewisser Masse auch den führenden Mann des hamburgischen Nationalsozialismus in ihren Bann zu ziehen vermocht. Dabei wird die alte Hansestadt in ihrer selbstbewussten Eigenart freilich weit mehr Gegenspieler als Partner des Nationalsozialismus; in dem Gegensatz der freiheitlichen Tradition des hamburgischen Gemeinwesens zum nationalsozialistischen Herrschaftssystem möchte ich sogar das eigentliche Leitmotiv für die Arbeit der Forschungsstelle sehen, wie ich es schon im Titel dieses Vortrags „Hamburg und der Nationalsozialismus“ habe andeuten wollen.

Das hamburgische Selbstbewusstsein beweist seine imponierende Stärke auch in seinen partikularistischen Zügen. Ich möchte wenigstens insofern von partikularistischer Neigung sprechen, als man öfters das trotz aller echten Autonomie sehr große Ausmaß der Einordnung Hamburgs in die gesamtdeutsche Entwicklung unterschätzt – mir scheint übrigens ein solcher Gesichtspunkt, der die hamburgischen Ereignisse allzu sehr aus ihrem partikularen Bereich erfassen will, zu den schiefen Schlüssen des Möllerschen Buches viel beigetragen zu haben. Doch im wesentlichen behauptet die Hamburger Tradition auch im Rahmen einer gesamtdeutschen Geschichtsauffassung ihren hohen Wert. Sie ist ein lebendiges Stück ungebrochener altdeutscher Freiheitstradition. Im Mittelalter hat es viele andere Hansestädte und dazu eben an der Nordseeküste noch die Bauernrepubliken der Friesen und Dithmarscher gegeben. Aber bis heute als freie Gemeinwesen erhalten und dabei in den modernen Verhältnissen erneuert und Neubewährt haben sich doch lediglich Hamburg und die hansische Schwesterstadt an der Weser, Bremen; sie haben ihren Anspruch auf Fortdauer der überlieferten Sonderstaatlichkeit innerhalb der nationalen Gemeinschaft gerechtfertigt durch Sonderleistungen von nationaler Bedeutung, als die beiden großen Seehäfen Gesamtdeutschlands – ich darf hierzu bemerken, dass ich diese Ansicht bereits in einem Buch ausgesprochen habe, dessen Niederschrift abgeschlossen war, als ich nach Hamburg kam. Und wenn die modernen Hanserepubliken im Bismarckschen Reich nur ein Ausnahmefall neben dem vorherrschenden Typus monarchischer Obrigkeitsstaaten waren, so könnten sie heute dagegen vorbildlich erscheinen als lebendige Beispiele, dass wir auch aus deutscher Wurzel alte Traditionen haben, die auf einen echten demokratischen Neubau des nationalen Gemeinwesens hinführen. Die hansische Eigenart ist aufs innigste verbunden mit der eigenstaatlichen Form der Stadtfreiheit, mit den Institutionen des kollegialischen Senats und der freigewählten bürgerchaftlichen Vertretung. In jahrhundertelanger Kontinuität ist diese Grundform des hamburgischen und bremischen Verfassungslebens nur zweimal kurzfristig durchbrochen worden: erst durch die napoleonische Fremdherrschaft, dann durch die Hitlerzeit. Das Herrschaftsprinzip des Nationalsozialismus ist jener hansischen Tradition aufs schärfste entgegengesetzt; mindestens *verfassungsgeschichtlich* kann man die Hitlerzeit durchaus als die zweite Fremdherrschaft für Hamburg bezeichnen. Dass sie im übrigen nicht nur ein Intermezzo gewesen ist, sondern in mancher Hinsicht doch fortwirkt, zeigt vor allem das Groß-

Hamburg-Gesetz – selbst die schärfsten Gegensätze füllen ja niemals den ganzen vielschichtigen Raum der geschichtlichen Entwicklung aus.

Nun ist aber die widerspruchsvolle Erscheinung festzustellen, dass diejenigen Elemente, die am wirksamsten während der Hitlerzeit die Hamburger Tradition vertreten haben, sich im Lager der „Kollaborateure“ finden, und nicht nur unter *den* Beamten und Wirtschaftsführern, die sich innerlich widerstrebend einfügten, sondern auch unter überzeugten Nationalsozialisten, die doch im Geist ihrer Vaterstadt verwurzelt waren und blieben. Ein klares Gegeneinander der im politischen Leben ringenden Kräfte, wie es dem Bedürfnis jeder Partei-ideologie entspricht, ist in Wirklichkeit überhaupt nie anzutreffen; die tiefer eindringende historische Erkenntnis zeigt vielmehr ein meist recht verwickeltes, ineinander verschlungenes Verhältnis der verschiedenen politischen Gruppen und Interessen. Die volle Leistung des bürgerlichen wie des sozialdemokratischen Hamburg kann der Historiker nur in einer breitangelegten *Vorgeschichte* des nationalsozialistischen Hamburg, nicht in dessen eigener Geschichte herausstellen. Denn es liegt im Wesen der totalitären Systeme, dass sie jedes Existenzrecht einer Opposition leugnen, dass sie auch tatsächlich imstande sind, ihr fast alle Möglichkeiten politischer Arbeit zu nehmen; sie lassen selbst einer unterirdischen Widerstandsbewegung sehr wenig reale Erfolgchancen: haben sie einmal alle Machtpositionen in ihre Hand gebracht, so sind sie von innen her kaum noch zu stürzen. Was der Bonner Historiker Braubach hier im letzten Sommer in einer Gesamtschau sagte, kann ich für die besonderen hamburgischen Verhältnisse der Hitlerzeit nur bestätigen: die Bedeutung der eigentlichen Widerstandsbewegung ist wesentlich der hohe Wert ihres moralischen Protestes, der zugleich das stärkste Argument gegen die These einer nationalen Kollektivschuld darstellt. Das genügt aber schon, um den Widerstandskämpfern ein besonders großes Interesse der Forschungsstelle zu sichern. Sie wird selbstverständlich auch den in Hamburg sehr starken Anteil der Kommunisten sachlich würdigen. Erstaunlich ist, wie vielfältig der aktive Widerstand ist, von den Kommunisten bis zu alten Nationalsozialisten hin; in Hamburg hat neben sozialdemokratischen Politikern der Vorgänger Kaufmanns als erster nationalsozialistischer Gauleiter zum weiteren Kreis der Verschwörung vom 20. Juli 1944 gehört.<sup>33</sup>

Die „Kollaboration“ eröffnete dagegen manche praktischen Einflussmöglichkeiten. Der Reichsstatthalter war ja, in Hamburg wohl noch mehr als ander-

wärts, angewiesen auf die Sachkenntnis und Fähigkeit der Beamten der alten Schule und dazu der Wirtschaftsführer. Sie saßen also selber an vielen Hebeln des Machtapparats. Und wenn sie eine politische Schuld auf sich geladen haben, vor allem durch die Mithilfe zur so genannten Machtergreifung, so ist doch nicht zu vergessen, dass sie in der Folge vielfach einen zähen Abwehrkampf gegen die Ausartungen des Systems geführt haben. Eine Art Widerstand ist dies schließlich auch, freilich nur selten von so bemerkenswerter Tapferkeit, wie sie der 1933 als Nationalist eingesetzte Leiter des hamburgischen Untersuchungsgefängnisses aus dem schlichten Ethos menschlicher Anständigkeit heraus über 10 Jahre lang gegenüber den brutalen Methoden der Gestapo und der Konzentrationslager bewährt hat. Aufs Ganze gesehen hat sich aber auch dieser interne Widerstand immer ohnmächtiger gegen die hemmungslose Dynamik des Hitlersystems, namentlich gegen den Terror des „SS-Staates“ gezeigt. Immerhin, das Positive, das das nationalsozialistische Hamburg noch aufzuweisen hatte, ist in erster Linie den Bemühungen solcher „Kollaborateure“ zu verdanken. Sie haben sich innerhalb des Regimes, dem sie dienten, doch als Träger der besseren hamburgischen Tradition betätigt. Das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937, das die positivste und dauerhafteste Schöpfung jener Zeit ist – allerdings darf dabei die grundlegende Arbeit der Weimarer Zeit nicht vergessen werden – ist in seiner Vorbereitung und Durchführung auf Seiten der Hansestadt entschieden mehr das Werk der althamburgischen Elemente im Rathaus als das Werk des Mannes, der als Reichsstatthalter am Harvesterhuderweg saß. Er, der sich gerade hier am besten als staatsmännischer Sachwalter Hamburgs hätte bewähren können, hat sich vorsichtig zurückgehalten, bis ein Zufall die überraschend schnelle Lösung herbeiführte; wesentlicher für ihn war bis dahin die Rücksichtnahme auf die benachbarten Gauleiter Lohse und Telschow, die Herren über Altona und Harburg, also ein rein parteipolitischer Gesichtspunkt.

Ein solches Verhältnis erweist sich immer wieder als charakteristisch für die politische Persönlichkeit Kaufmanns. Nicht ein schöpferischer, verantwortungsbewusster Staatsmann tritt uns entgegen, sondern ein „politician“ im amerikanischen Sinne des Wortes, ein Parteiboss, ein geschickter Taktiker im Kampf um Gewinnung und Erhaltung der Macht. Das persönliche Interesse seines Gaukönigtums, sozusagen seiner Hausmacht, hat ihn doch wesentlich geleitet, wenn er sich mit manchen hamburgischen Interessen identifizierte. Aber vor allem



wusste er sich sehr gut mit Hitler und Himmler einzurichten. Er war vor der so genannten Machtergreifung wohl ein Anhänger Gregor Strassers; als dieser jedoch Ende 1932 mit Hitler brach und dabei unterlag, trat Kaufmann auf die Seite Hitlers; einem Konflikt, wie ihn später der Gauleiter Joseph Wagner riskiert hat, ist Kaufmann stets ausgewichen. Er hat sich dann auch mit dem erstarken „SS-Staat“ arrangiert. Es hat zwar 1936 einen Zusammenstoß zwischen ihm und Himmler gegeben, wobei es um die Entfernung des schwer belasteten Hamburger Polizeipräsidenten Boltz und überhaupt um das Einschreiten gegen die Homosexualität in Hamburg ging – aber es war hier Himmler, der die fraglichen Missstände abstellen wollte und sich in der Tat gegen den widerstrebenden Reichsstatthalter durchsetzte.

Ist von diesem Mann wirklich in der Kapitulationsfrage ein entschlossener, den eigenen Kopf riskierender Einsatz für Hamburg zu erwarten? Ich greife damit wieder das Sonderthema meines Vortrags auf und führe es zu Ende. Auf Grund der allgemeinen Würdigung der politischen Persönlichkeit Kaufmanns kann doch wohl gesagt werden: nichts spricht dafür, aber sehr viel dagegen, ihm seine These von der zielbewussten Tarnung zum Zweck der Rettung Hamburgs abzunehmen. Und die bereits verfügbaren gleichzeitigen Quellen machen diese These nur noch unglaubhafter.

Ich versuche nun, die tatsächliche Rolle Kaufmanns im Frühjahr 1945 festzulegen. Am 3. April ist er zusammen mit Generalfeldmarschall Busch, dem Oberbefehlshaber Nordwest, im Führerhauptquartier gewesen. Von dieser Besprechung an soll er nach Möller zum „Rebellen“ gegen Hitler geworden sein. Er hat selber behauptet, ihm sei eben damals von Hitler in halber Ungnade der im Vorjahre erteilte Auftrag eines Reichsverteidigungskommissars für die gesamte deutsche Nordseeküste entzogen worden; das dient ihm und dem Verfasser des „Letzten Kapitels“ dazu, ihn als Gegner Hitlers herauszustellen. Aber aus den geheimen Rundschreiben der Hamburger Gauwirtschaftskammer – sie sind dem Möllerschen Buch noch unbekannt gewesen – ergibt sich, dass diese Behauptung sehr in Frage gestellt werden muss. Denn nur für den Fall einer feindlichen Invasion in der Deutschen Bucht war Kaufmann 1944 für jene Sonderstellung vorgesehen worden; die militärischen Ereignisse des folgenden Frühjahrs nahmen dann in Nordwestdeutschland einen ganz anderen Verlauf, und mit der maritimen Invasion entfielen jetzt die Befugnisse, die dem hambur-

gischen Reichsstatthalter zugedacht worden waren. Im übrigen mag man sich fragen, ob Kaufmann, wenn er schon Anfang April das Vertrauen Hitlers mehr oder weniger eingebüßt hätte, überhaupt noch Reichsverteidigungskommissar für seinen *eigenen* Gau geblieben wäre. Immerhin hat er damals offenbar den Glauben an den Endsieg wirklich verloren. Aber er war noch keineswegs bereit, entschlossen auf die Kapitulation Hamburgs hinzuarbeiten. Was ihn aufs stärkste hemmte, war die immer noch höchst gefährliche Macht Hitlers, zumal da Busch am strikten militärischen Gehorsam gegen die Führerbefehle des totalen Krieges festhielt, und es war wohl auch die nicht minder gefährliche Nähe Himmlers, der eben in diesen Tagen seine bekannten Verhandlungen mit dem Grafen Bernadotte führte; Himmlers Spiel war zwar zwiespältig, konnte aber schwerlich zu einer klaren Parteinahme ermutigen. Noch am 16. April ist Kaufmann, wie ein Rundschreiben der Gauwirtschaftskammer zeigt, in einer ganz internen Besprechung mit hamburgischen Wirtschaftsführern der Entscheidung für oder gegen die kampflose Übergabe höchst vorsichtig ausgewichen. Von dieser typisch Kaufmannschen, stets lavierenden Politik hebt sich der mutige Einsatz des Ministers Speer gegen die sinnlose Kriegführung Hitlers sehr ab. Speer sabotierte planmäßig die Zerstörungsmaßnahmen, der „verbrannten Erde“, und gerade auch in Hamburg wirkte er eifrig in diesem Sinn. Sein Anstoß ist in einer weiteren internen Besprechung vom 19. April ganz deutlich; am 21. besprach er im Hamburger Rundfunkhaus vorsorglich eine Schallplatte mit einem Aufruf an das deutsche Volk, worin er sich offen von Hitlers Vernichtungswahnsinn abwendete. Kaufmann ist hier einige Schritte *mit* Speer gegangen; aber bezeichnenderweise weigerte er sich, jenen Aufruf vor Hitlers Tod wirklich senden zu lassen.

Ich kann nicht erkennen, dass er in der letzten Phase seiner politischen Laufbahn entschiedener und verantwortungsfreudiger gehandelt habe als in früheren Krisen, dass er also über seinen eigentlichen Charakter ins Staatsmännische hinausgewachsen sei. Er besaß nicht den Fanatismus, Hamburg bis zum Äußersten gegen den Feind zu verteidigen und in den Trümmern der Stadt sein Grab zu finden – ein für Nationalsozialisten immerhin konsequenter Fanatismus. Aber auch dem Drängen der Vernünftigen folgte Kaufmann nur sehr zögernd und schwankend. Wenn er sich gerade durch den Vergleich mit Wegeners Haltung in Bremen hat herausstreichen wollen, so ist es doch ganz unwahrscheinlich, dass er sich in *den* Tagen, als über die Weserstadt das letzte

schwere Kriegsschicksal hereinbrach, anders verhalten hätte als Wegener, der ein solches Schicksal ebenfalls gern abgewendet hätte, aber schließlich nicht gewagt hat, sich gegen die Sturheit der militärischen Führung aufzulehnen. Der einzige sichere Unterschied ist der, dass der Reichsstatthalter Hamburgs nicht vor die gleiche Entscheidung gestellt worden ist wie der Reichsstatthalter Bremens. Erst als die hamburgische Situation in das allgemeine Kriegsende einzumünden begann, hat Kaufmann unzweideutig die von General Wolz geführte Partei der kampflosen Übergabe ergriffen, nämlich Ende April, als am 29. die Engländer die Elbe oberhalb Hamburgs überschritten und am 30. Hitlers Tod folgte. Ein gewisses Risiko bestand auch jetzt noch, gegenüber unentwegten Fanatikern etwa in der SS, aber es war gering im Verhältnis zu dem Einsatz, den die Wochen vorher von den wirklichen Aktivisten einer Rettung Hamburgs erfordert hatten.

Von einem Beitrag Kaufmanns zur glücklichen Wendung des Kriegsausganges in Hamburg bleibt in jedem Betracht nur sehr wenig. Auch seine eigentlichen Motive dürften mehr persönlicher als patriotischer Art gewesen sein. Aus dem sinkenden Boot des Nationalsozialismus im letzten Augenblick noch auszusteigen, war ja der Wunsch vieler Gardisten Hitlers; im Falle Himmler ist die Illusion, durch Verrat an dem Führer seine Untaten ausgleichen zu können, am grotesksten. Kaufmann scheint sogar durch einen günstigen Abgang von der Bühne des Hitlerreichs sich ein come back habe sichern wollen – auch mit solcher Hoffnung stände er unter den nationalsozialistischen Häuptlingen nicht allein. Dass er in politischer Taktik ein geschickter Spieler ist, wäre gewiss am wenigsten anzuzweifeln. Am 3. Mai, als für Hamburg der Vorhang auf jener Bühne fiel, schob er sich rasch in den Vorderrund; jetzt trat er mit einer Rundfunkansprache im Sinne Speers hervor, als das Risiko vorüber war. Und die Hamburger, erlöst von dem schweren Druck der ihnen so nahe gerückten Gefahr, waren gern bereit, ihre Dankbarkeit, ohne viel zu fragen, dem Manne zuzuwenden, der zuerst den Anspruch darauf erhob.

Diese dankbare Stimmung ist aus der damaligen Situation menschlich sehr begreiflich. Aber sie ist an eine falsche Adresse gerichtet, wenn sie dem obersten Träger des Hitlersystems in Hamburg gilt. Der Nationalsozialismus, der seine Herrschaft mit uferlosen Verheißungen begann, hat die jähste und schlimmste Katastrophe der deutschen Geschichte herbeigeführt. Hamburg hat in dieser Zeit zwar ein milderer politisches Klima gehabt, ist aber keineswegs eine Oase

gewesen; man darf nicht vergessen, dass es auf hamburgischem Boden die Konzentrationslager Fuhlsbüttel und Neuengamme gegeben hat. Die furchtbare Heimsuchung der Hansestadt im Sommer 1943 ist, wenn auch das Werk amerikanischer und englischer Bomben, am Ende doch nur eine Folge der Hitlerschen Kriegspolitik. Und an die Zahl der Opfer jener Luftangriffe kommt die Gesamtzahl der seit 1940 in Neuengamme gestorbenen Häftlinge nahe heran.<sup>34</sup> Zum freundlichen Kriegsende der Kapitulation Hamburgs gehört als düsterer Hintergrund das grauenhafte Ereignis, das am selben 3. Mai 1945 in der Lübecker Bucht geschah: der Untergang der mit Tausenden von halbverhungerten Häftlingen aus Neuengamme beladenen Schiffe „Cap Arcona“ und „Thielbeck“ – erst beides zusammen ergibt doch das „letzte Kapitel“ der Geschichte des nationalsozialistischen Hamburg.

### Anmerkungen

- 1 Die folgenden Ausführungen basieren im Wesentlichen, um einige Aspekte ergänzt, auf meinem Beitrag: Historisches Gedächtnis der Stadt. Der lange Weg zur Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, in: Auskunft. Mitteilungsblatt Hamburger Bibliotheken, Jg. 22, 2002, S. 253–271, hier S. 254–259; Quellengrundlage bilden vor allem die Unterlagen im Archiv der FZH, 376-1; soweit nicht anders vermerkt, wird aus diesem Bestand zitiert.
- 2 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg (St. B.) im Jahre 1946, 5. Sitzung vom 26.4.1946, S. 74; eine Fortsetzung fand diese Debatte ein Jahr später: St. B. 1947, 11. Sitzung am 11.6.1947, S. 267–269.
- 3 Kurt Detlev Möller: Das letzte Kapitel. Geschichte der Kapitulation Hamburgs. Von der Hamburger Katastrophe des Jahres 1943 bis zur Übergabe der Stadt am 3. Mai 1945. Hamburg 1947.
- 4 Ausführlich nachgezeichnet und differenziert gewürdigt hat das Buch Möllers und die Affäre darum Joist Grolle: Schwierigkeiten mit der Vergangenheit. Anfänge der zeitgeschichtlichen Forschung im Hamburg der Nachkriegszeit, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 78 (1992), S. 1–65, hier S. 4–47.
- 5 Vgl. ebd., S. 48–65.
- 6 Der Hamburger Herbert Schottelius (1913–1974), hatte von 1933–1938 Geschichte, Erdkunde, Ethnologie und Romanische Sprachen an den Universitäten Hamburg und Königsberg studiert. 1938 wurde er in Hamburg mit einer Arbeit über „Mittelamerika als Schauplatz deutscher Kolonisationsversuche 1840–1865“ promoviert. Im Sommer 1939 zum freiwilligen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter am Historischen Seminar ernannt, ging Schottelius als Gastforscher an das Deutsch-Dominikanische Tropeninstitut in Ciudad Trujillo. Von 1940 bis 1945 befand er sich im Wehrmachedienst und war nach seiner Entlassung als Dolmetscher für die britischen Behörden in Hamburg tätig. 1948 legte er das Lehrerexamen ab, wurde wissenschaftlicher Assistent am Historischen Seminar und im Oktober 1952 als

Wissenschaftlicher Angestellter von der Schulbehörde übernommen, die ihn an die Forschungsstelle abordnete; in späteren Jahren war er am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg tätig.

- 7 Heinrich Heffter, *Die Kreuzzeitungspartei und die Kartellpolitik Bismarcks*, Leipzig 1927.
- 8 Heinrich von Treitschke, *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*. Zusammengefasst von Heinrich Heffter, Leipzig (Kröners Taschenbuchausgabe 115/116) 1934; Heinrich von Treitschke, *Deutsche Kämpfe. Die schönsten kleineren Schriften*. Hg. von Heinrich Heffter, Leipzig (Kröners Taschenbuchausgabe 137) 1935 (Stuttgart 1943).
- 9 *Deutsche Kolonien*. Hg. vom Cigaretten-Bilderdienst Dresden, o. O. 1936.
- 10 Heinrich Heffter, *Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen*, Stuttgart 1950; das nahezu 800-seitige Werk erlebte 1969 eine zweite Auflage.
- 11 Heinrich Heffter, *Vom Primat der Außenpolitik*, in: *Historische Zeitschrift (HZ)*, Bd. 171, 1951, S. 1–22.
- 12 Vgl. einen ausführlichen Artikel im *Hamburger Abendblatt* vom 8.9.1949.
- 13 Vgl. dazu neben kleineren Studien und Rezensionen aus dem thematischen Umkreis der Habilitationsschrift in der *HZ*, in *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* (1953) und in der *Festschrift für Egmont Zechlin* (1962) vor allem die posthum veröffentlichte umfangreiche Biographie über *Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode* (Husum 1980).
- 14 *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Jg. 3, 1952, S. 197–215, Zitat S. 213.
- 15 Vgl. zur Interpretation auch Grolle (wie Anm. 4), S. 48–53.
- 16 Vgl. Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1993, S. 229 ff.; Axel Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999, S. 45 ff.
- 17 Dieser Befund wäre allerdings zu beziehen auf den allgemeinen Stand der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Nationalsozialismus, die kaum schon begonnen hatte; die vielfältigen lokalen und regionalen Entlastungsnarrative sind bisher noch nicht vergleichend untersucht worden.
- 18 Vgl. Arnold Sywottek, *Das wissenschaftliche „Stadtgedächtnis“*. Forschungen über die Zeit nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg zwischen Tabus und Aufarbeitungserwartungen, in: Peter Reichel (Hg.), *Das Gedächtnis der Stadt. Hamburg im Umgang mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit*, Hamburg 1997, S. 218–235.
- 19 Vgl. Ben Barkow, *Alfred Wiener and the making of the Holocaust Library*, London u. a. 1997; Christa S. Wichmann, *Stationen der Tyrannei. Die Wiener Library London 1933–1985*, Wolfenbüttel 1985.
- 20 Berthold Biermann, etwas älter als Heffter (genaues Geburtsjahr nicht bekannt), war kein Historiker und stammte nicht aus Hamburg, sondern kam offenbar als politischer Remigrant nach 1945 in die Hansestadt; er verließ die Forschungsstelle, um eine Stelle im UNO-Referat des Auswärtigen Amtes anzutreten, starb aber schon zwei Jahre später; für ihn kam im Oktober 1952 Dr. Herbert Schottelius (s. o.); Dr. Hermann Hassbargen (1893–1955) war in Göttingen 1920 mit einer Studie zur philosophischen Ethik promoviert worden, trat 1933 in die NSDAP ein und fungierte bis 1945 als leitender Direktor der Stadtbibliothek Danzig;

- in der Zeit des „Dritten Reiches“ veröffentlichte er einige lokalhistorische Schriften über Danzig.
- 21 Die gleiche Anbindung wurde dann zunächst für die 1960 gegründete Nachfolgeeinrichtung Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg gewählt.
- 22 Vor allem auf zwei ehemalige Hamburger NS-Funktionäre konzentrierten sich erfolgreich solche Bemühungen, auf den nationalsozialistischen Bürgermeister Carl Vincent Krogmann (1889–1978) und den Gauleiter (1926–1928) und Hauptschriftleiter der Parteizeitung „Hamburger Tageblatt“ Albert Krebs (1899–1974), der im Mai 1932 wegen eines kritischen Artikels über General Kurt von Schleicher aus der NSDAP ausgeschlossen wurde. Dabei irritieren vor allem die offenbar herzlichen Beziehungen von Heffter zu Krogmann, der ausweislich seiner im rechtsextremen Druffel-Verlag erschienenen Teil-Memoiren wenig dazu gelernt hatte; Carl Vincent Krogmann, *Es ging um Deutschlands Zukunft 1932–1939. Erlebtes täglich diktiert von dem früheren regierenden Bürgermeister von Hamburg, Leoni am Starnberger See 1976*; die Erinnerungen von Krebs erschienen in einer Reihe des Münchner Instituts für Zeitgeschichte; Albert Krebs, *Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei*, Stuttgart 1959.
- 23 Diese Hoffnung erfüllte sich hinsichtlich des kommunistischen Widerstands nicht.
- 24 Anders als in der US-Zone haben die britischen Behörden kaum Akten außer Landes gebracht, so dass es – zumindest in Hamburg – auch nicht wie dort zu größeren Rückgabekaktionen seitens der USA in den 1950er Jahren kam (freundliche Auskünfte von PD Dr. Rainer Hering und Prof. Dr. Hans-Dieter Loose).
- 25 Für die militärische Konstellation vgl. Jan Heitmann, *Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Hamburg. Die kampflose Übergabe der Stadt an die britischen Truppen und ihre Vorgehenshichte*, Frankfurt/M. u. a. 1990; als Überblick über die gesamte Situation Hartmut Hohlbein, *Hamburg 1945. Kriegsende, Not und Neubeginn*, Hamburg 1985; Frank Bajohr, *Hamburg – Der Zerfall der „Volksgemeinschaft“*, in: Ulrich Herbert/Axel Schildt (Hg.), *Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948*, Essen 1998, S. 318–336.
- 26 Vgl. Bernard Law Viscount Montgomery, *Von El Alamein zum Sangro, von der Normandie bis zur Ostsee*, Hamburg 1949, S. 297 ff.
- 27 Zur Person und zum Verhalten von Generalmajor Alwin Wolz Literatur vgl. Heitmann, S. 45 ff., bezüglich der positiven Hervorhebung von Albert Speer verfuhr Heffter genau so, wie er es im Fall der Kaufmann-Gloriole kritisiert hatte, nämlich das Verhalten während der gesamten Zeit des „Dritten Reiches“ zu ignorieren; vgl. aus der umfangreichen Literatur zu Speer zuletzt Gitta Sereny, *Das Ringen mit der Wahrheit. Albert Speer und das deutsche Trauma*, München 1995; Joachim C. Fest, *Albert Speer. Eine Biographie*, Berlin 1999.
- 28 Vgl. immer noch Peter Hüttenberger, *Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP*, Stuttgart 1969.
- 29 Zu Josef (nicht Joseph) Wagner vgl. ebd., S. 208 ff.
- 30 Die Auseinandersetzung mit einem von deutscher Seite konstruierten angeblichen Kollektivschuldvorwurf ist zu einem jahrzehntelangen Dauerthema geworden; vgl. zur Genese von „Schuldakzeptanz und Opferbewusstsein“ Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001, S. 66 ff.; vgl. zu den beiden allerdings nie die offizielle Linie bestimmenden

Hauptprotagonisten eines harten „Sicherheitsfriedens“ auf der Seite der westlichen Alliierten, in deren Umkreis bisweilen der deutsche „Volkscharakter“ bemüht wurde: Bernd Greiner, *Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*, Hamburg 1995; Jörg Später, *Vansittart. Britische Debatten über Deutsche und Nazis 1902–1945*, Göttingen 2003.

- 31 Vgl. zu den genannten lexikalisch u. a. Ronald Smelser/Rainer Zitelmann (Hg.), *Die braune Elite. 22 biographische Skizzen*, Darmstadt 1989; Ronald Smelser u. a. (Hg.), *Die braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen*, Darmstadt 1993; Hermann Weiß (Hg.), *Biographisches Lexikon zum Dritten Reich*, Frankfurt/M. 1998; Ernst Klee, *Das Personalexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?*, Frankfurt/M. 2003.
- 32 Ellerhusen war als Adjutant von Kaufmann und SA-Führer verantwortlich für Verfolgung und Folter von politischen Gegnern im Konzentrationslager Fuhlsbüttel („KoLaFu“) in den Anfangsjahren des „Dritten Reiches“; vgl. Hermann Kaienburg, *Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945*, Bonn 1997, S. 46, 48.
- 33 Eine Mitwirkung von Krebs auch im weiteren Umkreis des 20. Juli 1944 ist nicht bekannt.
- 34 Die Zahl der Opfer des KZ Neuengamme wird auf 40 000 bis 55 000 geschätzt (Kaienburg, S. 268), die Zahl der hamburgischen Opfer des Bombenkriegs auf etwa 35 000; vgl. Ursula Büttner, *„Gomorrha“: Hamburg im Bombenkrieg. Die Wirkung der Luftangriffe auf Bevölkerung und Wirtschaft*, Hamburg 1993.

# **Konzept über das zukünftige Forschungsprofil**

---

**vorgelegt vom Wissenschaftlichen Beirat der  
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg  
April 2002**

---

## **1. Vorbemerkung**

Die folgenden Vorschläge dienen der schärferen Profilbildung der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg im Verlauf der nächsten Jahre.

Der Wissenschaftliche Beirat hat in seinen Bemühungen um eine weitere Profilbildung der Forschungsstelle eine Konzeption entwickelt, die einerseits die bisher erbrachten Forschungsleistungen berücksichtigt, andererseits innovative neue Forschungsrichtungen deutlicher hervortreten lässt.

Die zukünftig schärfere Konturierung der Forschungsstelle sollte sich auf jene Forschungsarbeit konzentrieren, welche die MitarbeiterInnen auf den unbefristeten und befristeten Stellen der Forschungsstelle durchführen werden. Bei der aktiven Einwerbung von Drittmitteln durch die Forschungsstelle ist ebenfalls darauf zu achten, dass das jeweilige Projekt der Profilbildung des Instituts dient. In einem quasi äußeren Ring können dann aber auch Drittmittelprojekte angesiedelt werden, die von außen an die Forschungsstelle herangetragen werden, wie etwa das Projekt über die Gründungsgeschichte der VW-Stiftung, weil solche „außerordentlichen Projekte“ das Renommee des Instituts ausdrücken und auch erhöhen.

Bei der Außendarstellung des Instituts ist allerdings darauf zu achten, dass durch solche Zusatzprojekte nicht das Forschungsprofil des Instituts unübersichtlich wird. Um dies zu vermeiden, sollten Tätigkeitsberichte, Informationsbroschüren und die Homepage eine klar erkennbare Unterscheidung zwischen dem Forschungskernbereich einerseits und den assoziierten Forschungsvorhaben im äußeren Ring andererseits aufweisen.



Bei der Bestimmung eines deutlicheren Profils hat der Wissenschaftliche Beirat berücksichtigt, dass das Institut auch wichtige Serviceleistungen für die wissenschaftliche und städtische Öffentlichkeit zu erfüllen hat, und zwar sowohl durch sein Archiv, seine Bibliothek und seine „Werkstatt der Erinnerung“ als auch durch die Vermittlung historischen Wissens in Form kontinuierlicher Öffentlichkeitsarbeit. Diese in der Satzung der Forschungsstelle verankerte und für die Stadtöffentlichkeit bedeutsame Aufgabenstellung, die ihrerseits schon jetzt das Profil des Instituts in überaus positiver Weise prägt, ist mit der wissenschaftlichen Profilbildung des Instituts zu verzahnen.

Bei einer Evaluation der Forschungsstelle sollte das vom Wissenschaftlichen Beirat entwickelte Konzept angemessene Berücksichtigung finden.

Der Wissenschaftliche Beirat gibt selbstredend nur eine Empfehlung über das zukünftige Forschungskonzept ab und führt einige Beispiele auf, wie sich das Konzept auf konkrete Forschungsprojekttiteln übertragen ließe. Sollte das Institut die Empfehlungen akzeptieren, dann stellt sich ihm die Aufgabe, die Empfehlungen in einen konkreten Forschungsplan umzusetzen. Der zu erstellende Forschungsplan wird dann mit dem Wissenschaftlichen Beirat erörtert werden.

## **2. Methodisch-konzeptionelle Überlegungen**

Das Forschungsprofil des Instituts soll den Titel „Zeitgeschichte in Hamburg. Transformationsprozesse in urbanen Kontexten“ erhalten. Dazu einige Begründungen:

Zeitgeschichtliche Forschung wird zwar an mehreren Instituten in Deutschland durchgeführt, dabei stehen aber nirgendwo die Transformationsprozesse in urbanen Kontexten im Mittelpunkt. Hier sollte die Forschungsstelle eine klare Positionierung anstreben, die es ermöglicht, die „Zeitgeschichte in Hamburg“ innerhalb der deutschen und europäischen Zeitgeschichte eigenständig und innovativ zur Geltung zu bringen.

Die Beschäftigung mit einer Großstadt im zeitgeschichtlichen Kontext birgt vielseitige Erkenntnischancen in sich, da im Großstädtischen gesellschaftliche Entwicklungen und Strukturen stark gebündelt in Erscheinung treten. Sie lassen sich deshalb nicht nur anschaulich rekonstruieren, sondern sie zeigen die unterschiedlichen Formen des Verdichtungsraums „Großstadt“ besonders mar-

kant. Das ist deshalb wichtig, weil in einer insgesamt urbanisierten Gesellschaft, wie der des 20. Jahrhunderts die metropolitane Urbanisierung ein eigenes, scharf akzentuiertes Problemfeld darstellt, das durch historische Forschung und Analyse sichtbar gemacht werden muss.

Wenn Hamburg im Mittelpunkt der Forschungsvorhaben steht, so resultiert dies aus einem doppelten Interesse: Zum einen soll das Besondere der Zeitgeschichte dieser Stadt herausgearbeitet werden – insbesondere der Stadtstaatscharakter –, zum anderen soll Hamburg als ein zeitgeschichtliches Beispiel untersucht werden, durch das (nord)deutsche, (nord)europäische und globale Transformationsprozesse in urbanen Kontexten aufgezeigt werden können.

Wenn Hamburg in das Zentrum der Forschung rückt, dann ist darunter auch das Umland im Sinne einer Metropolregion zu verstehen. Gerade die Einbindung der Geschichte einer Großstadt in die Geschichte ihrer Region vergrößert die Perspektivenvielfalt beträchtlich. Eine solche Konzeption trägt vor allem dazu bei, Urbanisierung und Urbanität einer Großstadt im Kontext eines sozialen und kulturellen Austauschprozesses mit der (sub-)urbanisierten Region zu fassen.

Unter Zeitgeschichte werden in der Regel – in einem weiteren Verständnis – die Geschichte seit 1914/1917 und – in einem engeren Verständnis – die Phasen seit 1945 verstanden. Die Forschungsstelle fühlt sich dem weiteren Verständnis von Zeitgeschichte verpflichtet. Ziel der neueren Zeitgeschichtsforschung ist es, die NS-Zeit in die gesamte Zeitgeschichte zu integrieren, ohne die Bedeutung dieser Phase für die Zeitgeschichte zu schmälern. Schon jetzt hat sich gezeigt, dass sich aus einer solchen Integration innovative Fragestellungen entwickeln lassen, wie etwa die über Generationen und über die Erinnerungskultur nach 1945.

Die avisierten Projekte sollten in exemplarischer Form zentrale Fragen der allgemeinen Zeitgeschichte aufgreifen und diese in konkrete Untersuchungsthemen über die Transformationsprozesse in urbanen Kontexten umsetzen. Durch solche Längsschnitte treten dann die das 20. Jahrhundert kennzeichnenden Transformationsprozesse in Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft hervor, wobei selbstredend auch die vielen Kontinuitätslinien und „weichen Übergänge“ zu berücksichtigen sind. Der hier avisierte diachrone Zugriff auf das 20. Jahrhundert in Kombination mit dem Blick auf die urbanen Kontexte ist bisher noch von keinem Forschungsinstitut der Bundesrepublik in systematischer Weise geleistet worden.

Um das Allgemeine im Besonderen der Stadt Hamburg erkennbar zu machen, sind auch Städtevergleiche notwendig. Einig ist sich der Wissenschaftliche Beirat in der Auffassung, dass ohne Berücksichtigung europäischer Vergleichsmaßstäbe kein Forschungsinstitut in Zukunft mehr auskommt. Dazu gehört auch, dass die auf Hamburg bezogene Forschung mit jener über andere Städte im Rahmen von Tagungen konfrontiert wird, etwa im Kontext der neu gegründeten Gesellschaft für moderne Stadtforschung oder der Gruppe der European Urban History bzw. eigener international ausgerichteter Tagungen.

### 3. Das Forschungsdesign

#### **ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG**

##### **Transformationsprozesse in urbanen Kontexten**

Das Forschungsdesign ist auf zwei Ebenen angelegt. Die erste Ebene besteht aus einem Basisfeld. Dieses dient als gemeinsamer Nenner für vier auf einer zweiten Ebene angelegte Themenfelder.

Das Basisfeld bildet der Bereich

##### **Wahrnehmungen und Erfahrungen.**

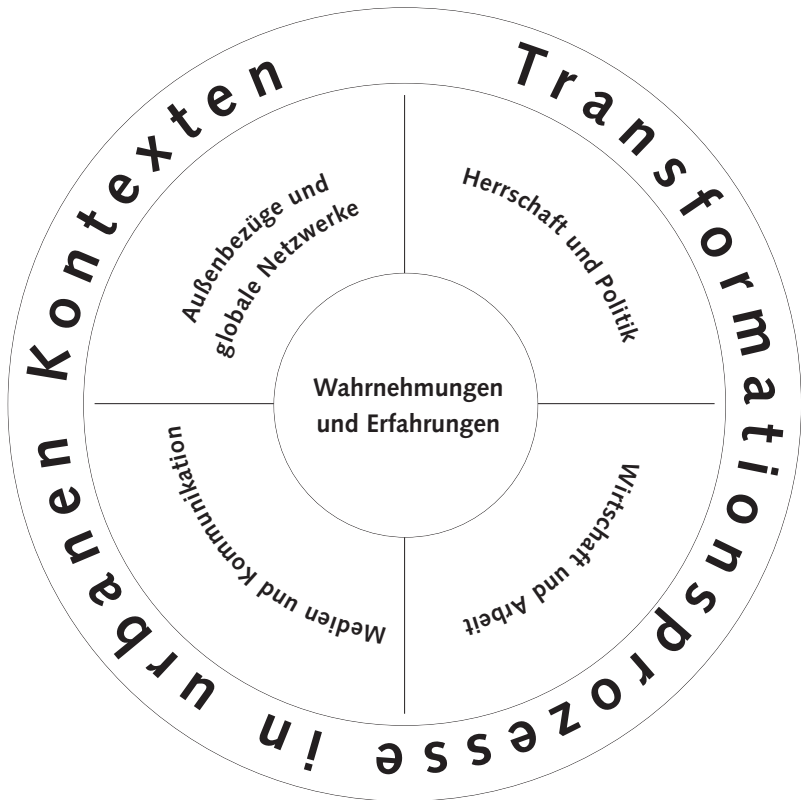
Die vier auf das Basisfeld bezogenen Themenfelder tragen die Bezeichnungen:

##### **Herrschaft und Politik**

##### **Wirtschaft und Arbeit**

##### **Medien und Kommunikation**

##### **Außenbezüge und globale Netzwerke**



#### 4. Erläuterungen zum gesamten Forschungsdesign

Die vier Themenfelder umfassen wesentliche Bereiche der Zeitgeschichte in Hamburg. Sicherlich lassen sich die zukünftigen Einzelprojekte häufig nicht in eines der vier Themenfelder allein einordnen, sondern untersuchen auch Fragen und Aspekte aus einem anderen Themenfeld, doch bieten die vier Themenfelder eine gute Orientierungshilfe und ein produktives Ordnungsschema. Insbesondere durchbrechen die vorgeschlagenen Themenfelder die übliche Gliederung nach Zeitphasen, was auch den geplanten Längsschnittstudien entspricht.

Die innere Verbindung der Themenfelder wird durch den jeweiligen Bezug zum Basisfeld Wahrnehmungen und Erfahrungen hergestellt, das als gemeinsamer Nenner für die vier Themenfelder dient. In allen Untersuchungen wird deshalb auf die Frage Bezug genommen, wie die diesbezüglichen Wahrnehmungen und Erfahrungen der Menschen waren. Fragen nach Wahrnehmungen und Erfahrungen erweitern die Sozial- und Politikgeschichte und verknüpfen sie mit der Alltags- und Kulturgeschichte. Ein solches Konzept entspricht den neuen Forschungsrichtungen in der Geschichtswissenschaft im In- und Ausland. Alte Trennungen werden konzeptionell überwunden.

Im Mittelpunkt dieses Forschungsdesigns stehen neuere Forschungsansätze, mit denen Wahrnehmungen und Erfahrungen der Menschen mit und in ihrer Stadt untersucht werden. Dieser Ansatz basiert auf der Überlegung, dass Forschungen zu sozialen Lagen, zu Herrschaftszusammenhängen, zu sozioräumlichen Gegebenheiten oder zu Urbanisierungsprozessen auf einen gemeinsamen Bezugspunkt fokussiert sein müssen. Der zentrale Bezugspunkt besteht in den Wirklichkeitswahrnehmungen, Erfahrungsdimensionen und Aneignungsweisen durch Individuen und Gruppen. So gilt es zum Beispiel danach zu fragen, wie die beiden Kriege und der Nationalsozialismus verarbeitet wurden oder wie Menschen in Friedenszeiten Veränderungen ihrer Lebenswelt wahrnahmen. Langfristig wirkende Deutungsmuster finden sich etwa in der Geschichte der Wahrnehmungen von Kriminalität und von sozial oder kulturell marginalisierten Gruppen.

Schichten-, geschlechter- und generationsspezifische Unterschiede haben die Wirklichkeitswahrnehmungen und Deutungsweisen entscheidend geprägt. Arbeiter und Arbeiterinnen erlebten die Stadt als Sozialraum einfach anders als Wohlhabende und Funktionseliten oder als Konsumenten und Geschäftsleute. Pendler, Seefahrer, Touristen aber auch so genannte Randgruppen entwarfen recht verschiedene Bilder von der Stadt, weil sie diese aus unterschiedlichen Blickwinkeln wahrnahmen. Frauen, die im allgemeinen über geringere Nutzungschancen des Stadtraumes verfügten, entwickelten gruppenspezifisch ebenfalls eigene Orientierungs- und Deutungsmuster; ähnliches gilt für Jugendliche und Alte.

Vorteilhaft ist das Forschungsdesign insofern, als solche auf die Wirklichkeitsdeutung der Menschen bezogenen Geschichtsdarstellungen der allgemeinen städtischen Öffentlichkeit leicht zu vermitteln sind. Damit wird einer der

zentralen Aufgaben des Instituts, historisches Wissen der Stadtöffentlichkeit zu vermitteln, schon auf der wissenschaftlich-konzeptionellen Ebene Rechnung getragen.

Dass der Wissenschaftliche Beirat das Basisfeld mit den Begriffen Wahrnehmungen und Erfahrungen kennzeichnet, hängt mit der überregional bedeutsamen „Werkstatt der Erinnerung“ zusammen. Diese sollte ausgebaut werden, indem auch Interviews geführt werden, in denen Wahrnehmungen und Erfahrungen der Menschen über Aspekte aus den vier Themenfeldern erinnert werden. Die „Werkstatt der Erinnerung“ liefert schon jetzt für bestimmte Fragestellungen, wie die über Verfolgte und Opfer der NS-Zeit, einen zentralen Quellenbestand zur Stützung des hier vorgestellten wissenschaftlichen Forschungsprofils. Diese Verzahnung wollen wir ausbauen, indem die Interviews auch andere Personengruppen, andere Themen und andere Zeitphasen umfassen werden.

Die Neukonzeption des Forschungsdesigns integriert bislang bereits erbrachte Forschungsleistungen, etwa die Studien zu Migranten, zu den Verfolgten oder zur Fürsorgepolitik und zu den Werften im NS-Staat. Das neue von der DFG bewilligte Projekt über Konsum, Medien und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 1960er Jahre sowie die nordwesteuropäisch akzentuierte Tagung in Kopenhagen zur westeuropäischen Jugendkultur (siehe Tätigkeitsbericht von 2001) fügen sich hier aufs beste ein.

## **5. Erläuterungen zu den einzelnen Themenfeldern**

### **1. Herrschaft und Politik**

Auf dieses klassische Themenfeld kann nicht verzichtet werden. Innovative Momente liegen hier im erweiterten Verständnis von Herrschaft. Herrschaft wird nicht mehr nur als ein eindimensionaler Prozess von oben nach unten begriffen. Vielmehr werden die Verzweigung und die Mehrdimensionalität von Herrschaft stärker als früher thematisiert. Herrschaft als soziale Praxis aufzufassen, bedeutet zum einen, Aushandlungsprozesse zwischen den Herrschaftsausübenden in den Blick zu nehmen, zum anderen Herrschaftspraktiken auch auf gesellschaftlichen Ebenen zu erforschen, etwa innerhalb der Professionen, durch Verbände, ausführende Behörden (z. B. im Fürsorgebereich), Einzelpersonen u. a. m.

Der Besonderheit Hamburgs als Stadtstaat sollte in den Forschungen gebührend Rechnung getragen werden. So ist die Frage zu stellen, wie sich diese verfassungsrechtliche Besonderheit auf die zeitgeschichtlichen Transformationsprozesse ausgewirkt hat.

In neueren Herrschaftsanalysen werden auch kulturelle Praktiken im Kontext von Herrschaftssicherungen thematisiert. Dazu gehören Deutungsangebote und Sinnstiftungen verschiedener Art (z. B. Stadtrepräsentationen) und zu verschiedenen Gelegenheiten (z. B. Einweihungsfeiern). Analysen zur „Kultur des Politischen“, wozu auch die Debatten um Denkmäler und Erinnerungsorte zählen, ermöglichen neue Sichtweisen auf die Zusammenhänge von Herrschaft und Stadtöffentlichkeit.

Im Themenfeld Herrschaft und Politik sind von der Forschungsstelle bislang schon beachtenswerte Forschungen durchgeführt worden, insbesondere die Forschungen zur Fürsorge und zur „Arisierung“ in der NS-Zeit.

## **2. Wirtschaft und Arbeit**

Dieses Themenfeld gehört ebenfalls zu den klassischen Forschungsarealen (z. B. in Bezug auf die wirtschaftlichen Strukturen und Entwicklungsmuster einer Stadt), doch lassen sich auch hierbei neuere Fragestellungen gut integrieren, wie etwa jene über wirtschaftliche Eliten, einschließlich der Stifter und Mäzene und deren Wirken in der Öffentlichkeit.

Studien zu Wirtschaft und Arbeit sollten auch kultur- und medienhistorische Fragestellungen aufnehmen. Dass Wirtschaftsanalysen nicht ohne Blick auf Herrschaft und Politik getätigt werden können, zeigen besonders deutlich die Analysen über Betriebe in der NS-Zeit. Doch sind auch für alle anderen Phasen des 20. Jahrhunderts die Vernetzungen zwischen den Wirtschaftseliten und anderen Teileliten der Stadt bedeutsam gewesen. Gerade in einem Stadtstaat entstehen machtvolle Netzwerke besonders leicht.

Bei den vielschichtigen und mehrdimensionalen Transformationsprozessen der Wirtschaft in der Hansestadt im Verlaufe des 20. Jahrhunderts ist der kontinuierliche Ausbau des tertiären Sektors besonders auffallend. Wir planen deshalb eine Geschichte der Angestellten beiderlei Geschlechts, wobei auch die Stadtstaatsverwaltung zu berücksichtigen ist.

Das abgeschlossene Projekt über die Geschichte der Tarifverträge zeigt, wie auch auf den ersten Blick trockene Themen reichhaltige Erkenntnisse über

grundlegende Sozialbeziehungen vermitteln können. Auch erhellt die ebenfalls bereits abgeschlossene Blohm und Voss-Studie die für die Stadt wirtschaftlich wichtige Rolle der Werften.

### **3. Medien und Kommunikation**

Die Bedeutung dieses innovativen und für die zeitgeschichtliche Kulturforschung zentralen Themenfelds kann kaum überschätzt werden, spielte sich doch ein großer Teil der Geschichte des 20. Jahrhunderts im Kontext von Medien ab. Da Medien immer auch auf die realen Abläufe von Geschehnissen und Handlungsweisen einwirken (können) und ihrerseits Sinngebungen und Deutungsmuster zuhauf anbieten, ist ihre Erforschung aus zeitgeschichtlichen Analysen nicht mehr wegzudenken, wengleich es noch auffallend wenige wegweisende Arbeiten dazu gibt. Die Rekonstruktion der Medienmetropole Hamburg samt ihren Transformationen in den Epochen des 20. Jahrhunderts und ihren Auswirkungen auf andere Bildungs- und Kulturinstitutionen sollte deshalb zu den zentralen Bestandteilen des neuen Profils der Forschungsstelle gehören.

Unter den kommunikations- und kulturgeschichtlichen Fragestellungen haben Religiosität, Kirchlichkeit und Konfessionalität an Bedeutung gewonnen – vor allem deshalb, weil parallel zum Säkularisierungstrend ein wachsendes Bedürfnis nach transzendentaler Sinnstiftung entstanden ist, das auf die urbane Kultur einwirkt.

Weitere Projekte in diesem Bereich könnten die durch die Massenmedien propagierten, mehr oder minder erfolgreich vermittelten Selbst- und Fremdbilder von Hamburg sowie von sozialräumlich unterschiedlich geprägten Quartieren bilden. Dabei spielte die Geschichtskultur in den einzelnen Phasen eine bedeutsame Rolle, etwa der jeweils zeitspezifische Rekurs auf die Hanse bzw. die Tradition des Stadtstaates. Unter diesem Aspekt erscheint auch eine Geschichte der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung sinnvoll.

### **4. Außenbezüge und globale Netzwerke**

Großstadtforschungen lassen sich heute weniger denn je als Forschungen von geschlossenen, abgesonderten Sozialräumen konzipieren. Vielmehr müssen sämtliche Außenbezüge als integrale Bestandteile der Stadt und ihrer Geschichte gesehen werden. Dabei reicht es nicht aus, lediglich die nationalen



Kontexte zu ermitteln, sondern es sind zugleich europäische und globale Bezüge herauszuarbeiten. Dabei sollten die Rückwirkungen, die die weitläufigen Außenbeziehungen auf das urbane Selbstverständnis und auf die Denkhorizonte der Bürger und Bürgerinnen der Stadt hatten, in die Analyse einbezogen werden.

Wesentliche Voraussetzung für die Bildung und Nutzung von Netzwerken ist der Ausbau einer adäquaten Infrastruktur, insbesondere auf dem Verkehrssektor und im Bereich der Kommunikationstechnologie. Hier wurden im Verlauf des 20. Jahrhunderts Gegebenheiten geschaffen, die als langfristige Determinanten wie eine „zweite Natur“ wirken, deren Entstehung jedoch auf bestimmte Gesellschaftsvorstellungen von Planern, Ingenieuren und sonstigen Fachleuten zurückgeht. Solche sich über das ganze 20. Jahrhundert hinziehenden technologischen Transformationsprozesse sind unter dem Aspekt des in ihnen liegenden gesellschaftlichen Substrats neu zu entdecken und für eine politik-, wirtschafts- sowie kulturgeschichtlich ausgerichtete Zeitgeschichte fruchtbar zu machen.

Hamburg hatte schon immer globale Wirtschaftsbeziehungen, deren Erweiterung und Verdichtung im 20. Jahrhundert analysiert werden sollten. Hamburg eignet sich wie kaum eine andere Stadt dazu, die Kontexte in ihrer dreidimensionalen räumlichen Ausprägung zu untersuchen, und zwar Hamburg als (nord)deutscher Stadtstaat, als (nord)europäische Metropole und als eine Stadt, die schon seit langem Teil eines globalen Netzwerkes ist.

---

# Judenfeindschaft – transatlantisch.

---

## **Der Antisemitismus in Seebädern, Kurorten und „Summer Resorts“ in Deutschland und den USA im 19./20. Jahrhundert**

---

Seit den 1870er Jahren wuchs in Deutschland die Zahl der Kur- und Badeorte an, die sich als „judenfrei“ definierten, mit einem antisemitischen Image kokettierten und in ihren Prospekten kundtaten, dass ihnen der Besuch „jüdischer“, „nichtchristlicher“, „semitischer“, „israelitischer“ oder „mosaischer“ Gäste nicht genehm war. Auch einzelne Hotels und Pensionen machten in Anzeigen keinen Hehl daraus, dass sie auf jüdische Gäste keinen Wert legten. „Juden und Lungenkranke Eintritt verboten“ war da bisweilen in brutaler Offenheit zu lesen, bzw. „Judenfreies“ oder „Judenreines Haus“. Kurorte versandten Prospekte mit dem Vermerk: „Für jüdische Empfänger ungültig“, „Israeliten ausgeschlossen“ oder „Israeliten suchen den Kurort in der Regel nicht auf“. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens stellte bereits im Jahre 1905 resigniert fest: „Wir haben uns längst mit der beschämenden Tatsache abgefunden, daß es zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Lande der Dichter und Denker eine stattliche Reihe von Bade- und Kurorten gibt, die den Grundsatz öffentlich verkünden, daß ihnen jüdischer Besuch nicht willkommen ist.“

Blickt man auf die im „Israelitischen Familienblatt“ veröffentlichten Listen „antisemitischer Erholungsorte“, dann umfassten diese schon vor dem Ersten Weltkrieg mehrere Dutzend Namen. Allein an Nord- und Ostsee definierten sich achtzehn Seebäder als antisemitisch. Unter den sieben Ostfriesischen Inseln beispielsweise galt nur Norderney als „judenfreundlich“.

Das hier angedeutete Phänomen, für das sich um die Jahrhundertwende das Schlagwort vom „Bäder-Antisemitismus“ herausbildete, ist für die

Geschichte des Antisemitismus in Deutschland aus vier Gründen von Bedeutung.

Erstens eröffnet der Bäder-Antisemitismus Zugang zu den Dimensionen alltäglicher Judenfeindschaft in Deutschland, die in der bisherigen Historiographie des Antisemitismus wenig Beachtung gefunden haben. Statt dessen dominierten Studien über antisemitische Ideologie, ihre Agitatoren und Propagandisten sowie über antisemitische Parteien und Organisationen. Demgegenüber blieben die faktischen Wirkungen des Antisemitismus, wie sie sich im Alltagsleben ausprägten – zum Beispiel in Urlaub und Freizeit, aber auch im Arbeits-, Berufs- und Geschäftsleben – eher blass und unterbelichtet. Gerade solche Alltagserfahrungen jedoch waren für das Selbstbild und Selbstverständnis deutscher Juden von herausragender Bedeutung.

Deshalb ermöglicht eine Analyse des Bäder-Antisemitismus zweitens die Integration des Antisemitismus in die deutsch-jüdische Geschichte, wenn nicht nur die Handlungen und Aktionen der Antisemiten, sondern auch die Reaktionen und Verhaltensstrategien der betroffenen Juden betrachtet werden, also ein multiperspektivischer Ansatz gewählt und mit verschiedenen analytischen Zugriffsweisen kombiniert wird, in denen die politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Hintergründe des Bäder-Antisemitismus herausgearbeitet werden. Überdies ist es sinnvoll, das Phänomen des Bäder-Antisemitismus in eine Geschichte des Tourismus seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einzubetten.

Betrachtet man den Bäder-Antisemitismus überdies im zeitlichen Längsschnitt vom Kaiserreich zum „Dritten Reich“, dann lassen sich einigermaßen präzise Fragen nach Kontinuität und Diskontinuität beantworten, die sich im Hinblick auf den deutschen Antisemitismus unweigerlich stellen.

Viertens bietet sich der Bäder-Antisemitismus für einen internationalen Vergleich besonders an, um eine Verinselung der Antisemitismusforschung in der deutschen Geschichte zu vermeiden und einen vergleichenden Blick über die deutschen Grenzen hinweg zu richten, zum Beispiel auf die Vereinigten Staaten von Amerika, wo die gesellschaftliche Ausgrenzung von Juden im Alltag ebenso erschreckende wie dauerhafte Dimensionen annahm und in der systematischen Verbannung aus den so genannten „Resorts“ eine interessante Parallele fand. Der internationale Vergleich des Bäder-Antisemitismus vermag daher analytischen Fehl- und Schnellschlüssen entgegenzuwirken. Gleichzeitig

schärft der Vergleich nicht nur den Blick auf parallele Entwicklungen jenseits der deutschen Grenzen, sondern auch auf Unterschiede und Besonderheiten des Antisemitismus in Deutschland.

Im folgenden sollen vor allem die soziokulturellen Hintergründe des Bäder-Antisemitismus, seine Radikalisierung und qualitative Veränderung im Wandel der Jahrzehnte sowie die Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Bäder-Antisemitismus in Deutschland und den USA im Mittelpunkt stehen.

Wenden wir uns also zunächst der Frage zu, warum sich eigentlich an Orten, die gemeinhin mit entspannter Ferienatmosphäre assoziiert werden, öffentliche Ausgrenzung und Hass in der angedeuteten Weise manifestierten. Diese Frage ist ohne Rückgriff auf die gesellschaftliche Funktion der Badereise vor dem Zeitalter des Massentourismus nicht zu beantworten.

Um die Jahrhundertwende war die Badereise nicht mehr das Privileg einer kleinen gesellschaftlichen Elite aus Hochadel und Großbürgertum und hatte sich zu einer bürgerlichen Gepflogenheit entwickelt, an der vor allem die bürgerlichen Mittelschichten partizipierten. Dennoch konnte von einem Durchbruch zum Massentourismus keine Rede sein. Vor dem Ersten Weltkrieg konnten sich nur 11 % der deutschen Bevölkerung eine jährliche Urlaubsreise leisten, 1929 waren dies 15 %. Der Urlaub blieb damit insgesamt ein gesellschaftliches und in hohem Maße bürgerliches Privileg. Ins Bad reisten Menschen, „die Gott mit viel Geld gesegnet und mit viel Leibesfülle gestraft“ hatte, wie der jüdische Schriftsteller Scholem Alejchem sarkastisch bemerkte.

Gerade durch ihren privilegierten Charakter erfüllte die Erholungsreise eine Reihe wichtiger gesellschaftlicher Funktionen. Als Statussymbol fungierte sie besonders für soziale Aufsteiger als Vehikel der sozialen Anerkennung. Der angemessenen „Repräsentation“ durch Quartier, Kleidung, Auftreten und Konversation kam daher eine überragende Bedeutung zu. Mit aufwendiger Repräsentation und entsprechender Selbstdarstellung verband sich zum einen der Wunsch, im Kreis der Gutsituierten den eigenen gesellschaftlichen Status zu dokumentieren, zum anderen die Hoffnung, am Erholungsorte interessante gesellschaftliche Kontakte zu knüpfen, die sich beruflich wie privat auszahlen konnten. Insofern ließen sich die Badeorte mit dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu auch als großer Kapitalmarkt beschreiben, als Orte, an denen einerseits ökonomisches Kapital eingesetzt wurde, um soziales und symbolisches Kapital zu erwerben – gesellschaftliche Beziehungen, Anerkennung und

Ansehen, – aber dieselben umgekehrt eingesetzt werden konnten, um lukrative ökonomische Geschäfte vorzubereiten.

Es war überdies kein Zufall, dass sich viele Badeorte zu einem regelrechten Heiratsmarkt entwickelten, auf dem viele Mütter ihre Töchter an einen Herrn von „Rang und Stand“ zu vermitteln suchten. Im Jahre 1903 etablierte sich beispielsweise in Westerland auf Sylt – einem der typischen „Verlobungsbäder“ – ein „internationales Heiratsbüro“ in einer Strandburg. In der Saison 1909 konnte die Rekordzahl von 69 Verlobungen von Kurgästen gemeldet werden.

Die Funktion des Badeorts als Heiratsmarkt übte nicht zuletzt auf jüdische Gäste eine besondere Anziehungskraft aus, vor allem auf jene, die eine interkonfessionelle „Mischehe“ vermeiden wollten, aber im engen Rahmen der lokalen jüdischen Gemeinde keinen geeigneten jüdischen Ehepartner fanden.

Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil waren Juden unter den Bade Gästen überrepräsentiert. Vor allem die deutschen Juden wiesen ein betont bürgerliches Sozialprofil auf. Viele gutverdienende jüdische Selbständige und Freiberufler konnten sich finanziell eine Reise ins Bad leisten; sie waren – gemessen am deutschen Bevölkerungsdurchschnitt – darüber hinaus überdurchschnittlich mobil. Als Bevölkerungsgruppe, die überwiegend in Großstädten lebte, bot der Aufenthalt in einem See- oder Kurbad dem jüdischen Bürgertum die Möglichkeit, eine naturnahe Erholung mit dem gewohnten städtischen Komfort, aber auch den kulturellen Vorzügen der Urbanität zu kombinieren. Nicht zuletzt deshalb hat etwa Michael Brenner vom Kurort als einem „Jewish Space“ gesprochen.

Die gesellschaftliche Funktion der Badereise, die mit der Repräsentation verbundene Demonstration und Bekräftigung des sozialen Status, war für das jüdische Bürgertum ebenso attraktiv wie für die nichtjüdischen Gäste. Als der jüdische Inhaber eines Konfektionshauses in Hamburg, Isidor Hirschfeld, im Jahre 1894 zum ersten Mal die Insel Helgoland besuchte, gab er als Begründung an: „Man mußte sich ‚sehen lassen‘.“ Ansehen und Anerkennung, wichtige soziale und berufliche Kontakte, die Demonstration des wirtschaftlichen Erfolgs – dies alles war für eine gesellschaftliche Minderheit von besonderer Bedeutung, die einerseits wirtschaftlich überdurchschnittlich erfolgreich war und ein relativ hohes berufliches Qualifikationsprofil aufzuweisen hatte, die andererseits niemals wirklich in die deutsche Gesellschaft integriert war. Marion Kaplan hat deshalb die gesellschaftliche Funktion der Badereise für das jüdische Bürgertum als Streben nach „sozialer Konsolidierung“ bezeichnet.

Die gesellschaftliche Repräsentation am Badeort hatte jedoch eine fast unvermeidliche Kehrseite: Sie war in der Regel mit permanenter Konkurrenz, mit Aus- und Abgrenzung verbunden und rief deshalb Neid, Hass und Ressentiment hervor. Daran knüpfte der Bäder-Antisemitismus an, der die allgemeine soziale Repräsentation als vermeintlich „undeutsch“ und „typisch jüdisch“ denunzierte.

So versuchte beispielsweise der Feuilletonist der preußischen „Kreuz-Zeitung“ die allgemein verbreitete Repräsentation in den Badeorten antisemitisch umzudefinieren und als Ausdruck eines jüdischen „Rassedünkels“ hinzustellen. In einem Grundsatzartikel vom Juli 1905, der den bezeichnenden Titel „Der Jude auf Reisen“ trug, schlug das ultra-konservative Blatt eine Tonart an, die sich in nichts von der geifernden Antisemitenpresse unterschied: „In den Modebädern und Sommerfrischen aber zeigt sich die Macht des Geldes, die Unterschiede in Rang und Stand verschwinden oder treten mehr zurück und wer vom Juden profitiert, huldigt seiner Eitelkeit. Daher das selbstbewußte Auftreten der Juden, das leider nur zu oft in Rücksichtslosigkeit und Unverschämtheit ausartet.“ Die allgemeine gesellschaftliche Repräsentation kreidete der Autor den Juden als „unangenehme Eigenschaften ihrer Rasse“ an. Es treibe sie der „Wunsch, sich geltend zu machen, etwas vorzustellen“, insbesondere ihre „erfolgreiche Geschicklichkeit im Geldverdienen“ und ihren „Stolz auf die sogenannte Intelligenz“ öffentlich zu demonstrieren. Der Artikel schloss mit der Drohung: „In unserem deutschen Vaterlande den hier eingewanderten jüdischen Asiaten die Herrschaft überlassen – das geht wirklich nicht an.“

„Etwas vorstellen“ wollten am Badeort Juden und Nichtjuden gleichermaßen, nicht zuletzt auch der preußische Großgrundbesitzer, der zur klassischen Klientel der Bade- und Kurorte wie zu den Stammlesern der „Kreuz-Zeitung“ gehörte. Im Badeort bewegte er sich allerdings außerhalb seines alltäglichen Sozialmilieus. Hier wurden ihm nicht die gewohnten Ehrbezeugungen seines Gesindes zuteil, hier musste er soziale Achtung im sozialen Austausch erst erwerben und konnte nicht auf traditionelle Vorrechte pochen. Wie alle anderen Gäste stand auch der konservative Junker unter gesellschaftlichem Präsentationsdruck und musste seinen Status entsprechend repräsentieren: durch Kleidung, Schmuck, Benehmen, Kontakt- und Kommunikationsfähigkeit, Bildung und Witz. Wenn er zwar einen erlauchten Ahnenstammbaum aufwies, aber in punkto Bildung und Reichtum eher bescheiden abschnitt, musste er

damit rechnen, dass sein Selbstbild als Angehöriger der traditionellen Elite mit den Reaktionen seiner Umgebung nicht in Einklang zu bringen war. Da konnte es geschehen, dass in der Konkurrenz um soziale Repräsentation ein wohlhabender und gebildeter jüdischer Händler die gesellschaftlichen Hierarchien unter Druck setzte und den Landadeligen im social ranking hinter sich ließ. Hier hatte die Aversion eines Teils der konservativen Adelsgäste gegen die soziale Repräsentation im Kurbad ihre Wurzeln. Juden zogen diese Aversionen in besonderer Weise auf sich, – auch deswegen, weil sie als sozial mobile Bevölkerungsgruppe das verhasste soziale Aufsteigertum repräsentierten, das vor allem die weniger vermögenden Angehörigen der traditionellen Eliten als Bedrohung ihres gesellschaftlichen Ranges ansahen.

Hier lag einer der soziokulturellen Hintergründe des Bäder-Antisemitismus, der sich massiv am Neid gegenüber dem vermeintlichen jüdischen Parvenü entzündete. Welches Ausmaß an Ressentiment und Missgunst gegen Juden hier mobilisiert werden konnte, und wie weit dieses Ressentiment über die Kernkreise des politischen Antisemitismus hinausreichte, zeigt das Beispiel des Schriftstellers Theodor Fontane. Fontane weilte 1882 auf Norderney und schrieb in einem Brief an seine Frau Emilie:

„Fatal waren die Juden; ihre frechen, unschönen Gaunergesichter (denn in Gaunerei liegt ihre ganze Größe) drängen sich einem überall auf. Wer in Rawicz oder Meseritz ein Jahr lang Menschen betrogen oder wenn nicht betrogen, eklige Geschäfte besorgt hat, hat keinen Grund darauf, sich in Norderney unter Prinzessinnen und Comtessen mit herumzuzieren. Wer zur guten Gesellschaft gehört, Jude oder Christ, darf sich auch in der guten Gesellschaft bewegen; wer aber 11 Monate lang Kattun abmißt oder Kampfer in alte Pelze packt, hat kein Recht im 12. Monat sich an einen Grafentisch zu setzen.“

Sein ganzes Leben lang war der Schriftsteller Fontane – mehr oder minder vergeblich – um Anerkennung durch den preußischen Adel bemüht und hatte – symbolisch formuliert – um seinen Platz am Grafentisch gerungen. Dass dort nun ein jüdischer Pelzhändler – noch dazu ein so genannter „Ostjude“ – Platz nahm, der im Gegensatz zu Fontane obendrein in einem teureren Hotel logierte, erweckte den Neid Fontanes, dessen Ressentiment für den Bäder-Antisemitismus konstitutiv war. Die Ausgrenzung der jüdischen Gäste sollte die eigene Person aufwerten und den Umstand kaschieren, dass man bei der sozialen Präsentation im Kurbad möglicherweise nicht besonders erfolgreich war.

Das verbreitete Klischee des „reichen Juden“ war zwar ein antisemitisches Stereotyp, doch war nicht zu übersehen, dass seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts besonders in den renommierten Bädern Juden vermehrt in die wohlhabende und tonangebende Gesellschaft der Kur- und Badegäste eingedrückt waren. Dies mobilisierte nicht nur die Ressentiments eines Teils der traditionellen Eliten, sondern auch des ebenfalls um sozialen Aufstieg bemühten bürgerlichen Mittelstandes sowie der kleinbürgerlichen Schichten. Für einen Teil der traditionellen Eliten repräsentierten Juden verhasste gesellschaftliche Aufsteiger, die bis dahin auch für das Reisen geltende Standesgrenzen einebneten und egalisierten. Aus mittelständischer Perspektive wurden sie als unerwünschte Konkurrenten um den sozialen Aufstieg wahrgenommen, und aus kleinbürgerlicher Perspektive personifizierten sie ein elitäres „Protzentum“. Alle diese Perspektiven, die sich eigentlich ausschlossen, flossen im antisemitischen Stereotyp des jüdischen Parvenü zusammen, der als Feindbild für ganz unterschiedliche gesellschaftliche Schichten funktionalisiert werden konnte.

Ein Autor des „Israelitischen Familienblattes“ ortete 1911 die sozialen Trägerschichten des Bäder-Antisemitismus vor allem im bürgerlichen Mittelstand. Besonders das vom Sozialneid getriebene mittlere Beamtentum, das er als „Papachen- und Mamachen-Existenzen“ bezeichnete, „treu, deutsch und pensionsberechtigt“, habe die antisemitischen Erholungsorte geschaffen: „Warum gerade diese? Weil gerade sie vom Neid besessen sind gegen alle diejenigen, die im Besitze der dazu nötigen Mittel sich mehr und Besseres leisten können als die, die zwar recht hübsche Titel, aber nur wenige Mittel besitzen.“

Zu diesem Befund passt die Tatsache, dass sich nicht die etablierten, traditionellen Bäder, sondern die weniger komfortablen „Latecomer“ unter den Erholungsorten besonders antisemitisch gerierten. In ihrer Selbstdarstellung griffen die antisemitischen Bäder die Ressentiments ihrer mittelständischen Gäste bewusst auf, setzten sich vom „übertriebenen Luxus“ und „weltstädtischen Treiben“ andernorts ab und definierten ihren eher bescheidenen Komfort als „Ursprünglichkeit“ um. „Kein Luxusbad, judenfrei“ hieß es beispielsweise im Prospekt des Badeortes Vitte auf Hiddensee.

Diese soziale Verankerung des Bäder-Antisemitismus in einem Teil der traditionellen Eliten einerseits, im Mittelstand und den kleinbürgerlichen Schichten andererseits sorgte auch dafür, dass mit wachsender Partizipation der Mittelschichten am Tourismus der Bäder-Antisemitismus nicht etwa abnahm, sondern



sich nach dem Ersten Weltkrieg weiter ausbreitete, wie den immer umfangreicher werdenden „Warnlisten“ im Israelitischen Familienblatt oder der „CV-Zeitung“ zu entnehmen war. Auch wenn die Zahl der prinzipiell antisemitischen Erholungsorte mit rund 20 relativ konstant blieb, nahm die Zahl der antisemitischen Hotels und Pensionen in den nicht ausdrücklich antisemitischen Orten drastisch zu und stieg von 83 im Jahre 1914 über 198 im Jahre 1924 bis auf 360 im Jahre 1931, während sich im gleichen Zeitraum die Zahl der „Beherbergungsbetriebe“ im Deutschen Reich mehr als halbierte. Gleichzeitig drang der Bäder-Antisemitismus in Regionen vor, in denen er vor 1914 kaum verbreitet gewesen war, zum Beispiel nach Bayern, das sich in einen antisemitischen Hexenkessel verwandelte, in dem jüdische Gäste angepöbelt wurden und der Deutsch-Österreichische Alpenverein (DÖAV) nach weitgehendem Ausschluss der jüdischen Mitglieder eine systematische „Arisierung“ der Alpen betrieb. Dabei bewegten sich Teile der bayerischen Presse auf einer Ebene antisemitischer Demagogie, die bis dahin in Deutschland noch nicht betreten worden war. So hetzte der „Miesbacher Anzeiger“ über „die vielen Juden“, die „unsere bayerischen Sommerfrischen verschandeln, die dort herumwatscheln, und die unsere bayerischen Seen zu stinkigen Judenaquarien machen, statt sich in Palästina zu erholen und gleich dort zu bleiben“. Ihr Kolumnist Ludwig Thoma höhnte über „Teiteles Cohn und Isidor Veigelduft, die dürfen im Sommer nach wie vor ihre verschnörkelten Haxen in die Lederbuxen stellen, am Arm ihre Rebekka im Dirndl'wand, nach Veilchen und Knoblauch duftend“. Im Jahre 1922 konstatierte ein Autor in der CV-Zeitung verbittert, „daß unser bisher so gemütliches Bayern heute der Sitz der unentwegtesten und leidenschaftlichsten Juden-anfeindung, und daß in keinem anderen deutschen Staat der Jude so vielen bitteren Geschmacklosigkeiten ausgeliefert ist wie in Bayern“.

Doch nicht allein die regionale und quantitative Ausweitung zeichnete den Bäder-Antisemitismus in der Weimarer Republik aus, sondern seine gewalttätige Aufladung einerseits sowie seine politisch-ideologische Radikalisierung andererseits. Vor allem in den Anfangs- und Endjahren der Weimarer Republik durchzog einzelne Kur- und Badeorte eine bis dahin unbekannte Welle der antijüdischen Gewalt. Da wurden jüdische Gäste geschlagen und angespuckt, mit Rufen wie „Juden raus!“ traktiert. In Swinemünde drohten 1920 Angehörige der Marinebrigade Loewenfeld öffentlich, „die jüdischen Badegäste zu erschlagen“.

Einzelne Kur- und Badeorte entwickelten sich nach 1918 zu regelrechten Zentren der antisemitischen Agitation, vor allem Zinnowitz an der Ostsee und Borkum an der Nordsee, wo der berühmt-berüchtigte „Borkumpastor“ Ludwig Münchmeyer – ein späterer „Reichsredner“ der NSDAP – auf so genannten „deutschen Abenden“ eine maßlose antisemitische Hetze entfaltete. Gesellschaftlicher und politischer Antisemitismus gingen nun eine enge Verbindung ein, gefördert durch die nationalistischen Aufwallungen der Nachkriegszeit und die Hasspropaganda gegen den vermeintlichen „Schandfrieden“ von Versailles. An die Stelle des antisemitischen Stereotyps vom jüdischen „Parvenu“ trat zunehmend das des jüdischen „Kriegsgewinners“, „Schiebers“ und „Spekulanten“, auf das Teile der Ober- und Mittelschichten ihre Aversionen projizierten. Der politische Antisemitismus mit seiner charakteristischen Symbolik drückte nun auch dem Badeleben seinen Stempel auf: Antijüdische Kundgebungen und Aufmärsche, gewalttätige Übergriffe auf jüdische Gäste, Hakenkreuze auf Sandburgen, schwarz-weiß-rote Schleifen an der Kleidung der Kurgäste, Werbeanzeigen der Hotel- und Pensionsinhaber, die mit Hakenkreuzen versehen waren, Kurverwaltungen, die ihre Prospekte „mit deutschem Gruß“ versandten – so etwas hatte es im Kaiserreich – wenn überhaupt – nur vereinzelt gegeben. Vor 1914 hatten nur wenige Gäste ihre politische Gesinnung mit Flaggen an Strandkörben oder politischen Abzeichen in aller Öffentlichkeit dokumentiert, ja den öffentlichen Raum symbolisch besetzt. In der Weimarer Republik hingegen spiegelte dieses Massenphänomen einen schleichenden Formwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit wider. Die individuelle Inszenierung verlor gegenüber Bekundungen politischer Gemeinschaftlichkeit an Bedeutung. „Die Uniformierung und Politisierung des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens“ habe – so der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ – einen „verhängnisvollen Umfang angenommen“, der in das tägliche Leben des einzelnen tief einschneide und sich „naturgemäß auch im Bade“ auswirke. Überschriften im „Israelitischen Familienblatt“ wie „Der antisemitische Bäderfeldzug“ oder „Das Hakenkreuz in der Sommerfrische“ dokumentierten diesen Formwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit im allgemeinen und des Bäder-Antisemitismus im besonderen.

Ein Stimmungsbericht von der Nordseeinsel Juist vom Sommer 1920 machte die Radikalisierung des Bäder-Antisemitismus und die hohe Bedeutung politischer Symbolik in der Weimarer Zeit besonders deutlich:

„Flaggen flattern am Strande, schwarz-weiß-rot und schwarz-weiß und dazwischen zwei Schweizer Fahnen mit dem Wimpel in französischen Farben. Burgen stehen da, viele hundert, und auf dem Burggraben wird das Hakenkreuz eingemauert und weht hoch in der Luft auf den Fahnen. Sechs Juden hat ein junger Mann aus Berlin gezählt. Daraufhin entwarf er ein antisemitisches Gedicht und ließ es am schwarzen Brett des Kurhauses anschlagen. Dann berief er eine Versammlung, die Stellung nahm zur Judenfrage auf Juist. Heute abend findet bei Ankunft des Dampfers eine Demonstration am Bahnhof statt. Plakate mit dem Hakenkreuz fordern zur Beteiligung auf. Man wird zuerst das Lied ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ singen und dann das Judenlied. Man weiß ja, dass man keine Gegenwehr finden kann, und so ist man tapfer.“

An diesem Bericht fällt nicht nur die spezifische Formensprache des Bäder-Antisemitismus der Weimarer Republik auf – Flaggen, eingemauerte Hakenkreuze, antisemitische Gedichte, Lieder und Plakate, öffentliche Demonstrationen und gemeinschaftlicher Gesang, mit denen die Ausgrenzung von Juden öffentlich und symbolisch vollzogen wurde. Auch die symbolische Präsenz des Hakenkreuzes auf einer norddeutschen Insel sticht ins Auge, und dies zu einem Zeitpunkt, als die NSDAP noch eine unbedeutende Münchner Lokalpartei war. Eine weitere Variante der symbolisch-politischen Aufladung des Bäder-Antisemitismus kam im Flaggenstreit in den Bädern zum Ausdruck, der sich an der systematischen Zerstörung schwarz-rot-goldener Fahnen auf Sandburgen und an Strandkörben entzündete. Trotz energischer Interventionen des preußischen Innenministeriums dominierten in den zwanziger Jahren in fast allen Badeorten schwarz-weiß-rote Fahnen und die Hakenkreuzflagge das Strandbild, während die schwarz-rot-goldene Reichsflagge – häufig als „Barmatfahne“ und „Judenlappen“ diffamiert – nie in größerem Umfang in Erscheinung trat und – wenn überhaupt – zumeist von jüdischen Gästen gezeigt wurde.

Im Gegensatz zum Kaiserreich kam es dem Bäder-Antisemitismus in der Weimarer Republik nicht allein darauf an, Juden aus bestimmten Kur- und Badeorten fernzuhalten. Vielmehr sollten die „judenreinen“ Badeorte das Modell für ein „judenreines“ Gesamtdeutschland abgeben, die touristische Apartheid also lediglich den Auftakt für die vollständige Vertreibung der Juden aus dem Deutschen Reich bilden. Dies kam vor allem in den sich explosionsartig vermehrenden antisemitischen Liedern und Gedichten zum Ausdruck (Borkum-Lied, Zinnowitz-Lied, Wangerooger Judenlied). So hieß es beispielsweise

in dem Gedicht „Die Scheidung der Geister auf dem Hauptbahnhof von Emden“ u. a.: „O schied'st du Deutscher doch vom Fremden/so rein wie auf dem Hauptbahnhof von Emden/ein Borkum wär das ganze Reich/drum sorgt, ob arm, ob reich/daß einst ganz Deutschland Borkum gleich!“ Da passte es ins Bild, wenn „Borkumpastor“ Münchmeyer auf einem seiner „Deutschen Abende“ forderte, dass „die Juden in Deutschland ausgemerzt“ werden müssten, „wie es Polen gemacht“ habe.

In diesen Formulierungen wurde deutlich, wie sehr der Bäder-Antisemitismus in der Weimarer Republik sich programmatisch-ideologisch aufgeladen und radikalisiert hatte.

Trotz dieser Ausweitungs- und Radikalisierungstendenzen stieß der Bäder-Antisemitismus unter den Bedingungen der Weimarer Republik schnell an seine Grenzen. Denn zum einen riefen die antijüdischen Exzesse auch die Gegner des Antisemitismus auf den Plan, vor allem in Preußen, wo Sozialdemokraten und Linksliberale mit politisch-administrativen Maßnahmen – wenn auch mit begrenztem Erfolg – gegen die antijüdische Agitation in den Bädern voringen. Auf diese Weise gelang es immerhin, den Borkumpastor Ludwig Münchmeyer sowohl von der Insel Borkum als auch aus seinem Amt zu entfernen. Zum anderen wirkte einem weitergehenden Erfolg des Bäder-Antisemitismus entgegen, dass viele Erholungsreisende an permanenter Agitation, Lärm und Radau nicht sonderlich interessiert waren und eine deutliche Mehrheit der Seebäder und Kurorte deshalb auf die Wahrung des so genannten „Burgfriedens“ großen Wert legte.

Schon deshalb knüpften die Nationalsozialisten nach 1933 bei der nun systematischen Ausgrenzung von Juden aus Kur- und Badeorten nicht einfach an die Methoden des bisherigen Bäder-Antisemitismus an, der ja in erster Linie ein Phänomen „von unten“ gewesen war, sondern dekretierten den Ausschluss der Juden mit polizeilich-administrativen Zwangsmaßnahmen, die in der Weimarer Republik gar nicht durchsetzbar gewesen wären. Dabei taten sich vor allem die so genannten „Hoheitsträger“ der NSDAP hervor, und zwar besonders in jenen Orten, die vor 1933 zu den „Judenbädern“ gezählt und als klassische Refugien für jüdische Touristen fungiert hatten. So ließen die Nationalsozialisten auf Norderney Ende 1933 tausende Briefverschlussmarken mit der Aufschrift „Norderney ist judenfrei“ drucken und in der Presse verlautbaren, „daß jüdische Kurgäste auf Norderney nicht erwünscht sind“, um dann dro-

hend hinzuzufügen: „Sollten Juden trotzdem versuchen, im kommenden Sommer in Norderney unterzukommen, so haben sie selbst die Verantwortung zu tragen. Bei vorkommenden Reibereien müsste die Badeverwaltung im Interesse des Bades und der anwesenden deutschen Kurgäste die anwesenden Juden sofort von der Insel verweisen.“ Auf diese Weise wurde den deutschen Juden bis 1935 faktisch der Besuch sämtlicher Nord- und Ostseebäder unmöglich gemacht. In den inländischen Kurbädern wie Baden-Baden wurde jüdischen Besuchern noch bis 1937 eine taktisch motivierte Galgenfrist gewährt – vor allem aus Rücksichtnahme auf das Ausland – ehe auch hier die jüdischen Gäste bis 1939 faktisch vertrieben wurden.

Als Indikator einer gesellschaftlich verwurzelten Judenfeindschaft war der Bäder-Antisemitismus jedoch kein exklusiv deutsches, sondern vielmehr ein internationales Phänomen, das in verschiedensten Ländern auftrat – wenngleich in unterschiedlicher Form und Intensität. Vor allem in den USA breitete sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein „Resort Antisemitism“ epidemisch aus. So wurde 1877 der deutsch-jüdische Bankier Joseph Seligman vom Manager des Grand Union Hotel in Saratoga Springs, Henry Hilton, ausgeschlossen. Dieser Vorgang erregte als „Seligman-Hilton-Affäre“ große Aufmerksamkeit in den amerikanischen Zeitungen und wurde zum „ersten veröffentlichten Fall von Antisemitismus in Amerika“. Er repräsentierte jedoch lediglich die Spitze eines Eisbergs. So hatten sich die Resorts im Staate New York in den 1880er Jahren fast zur Hälfte in ausschließlich jüdische und ausschließlich nichtjüdische aufgeteilt. Hotelbesitzer in den letzteren priesen die Vorzüge ihrer Resorts in Werbeanzeigen wie „Hebräer begehren vergeblich Einlaß“, „Keine Mosquitos, keine Malaria, keine Juden“, „Keine Juden, Hunde oder Schwindsüchtige“ oder „Höhe 1000 Fuß – zu hoch für Juden“.

Es fällt auf, dass sich der „Resort Antisemitism“ in den USA zur gleichen Zeit ausprägte wie in Deutschland, nämlich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, der so genannten „gilded age“. Er richtete sich zudem gegen dieselbe Gruppe, nämlich deutschstämmige Juden, die in dieser Zeit einen sichtbaren wirtschaftlichen Aufstieg vollzogen. Und er bediente sich derselben antisemitischen Stereotype, vor allem des Klischees vom „rücksichtslosen, protzenden Parvenü“. Als die „Anti-Defamation League“ 1914 den „Resort Antisemitism“ untersuchte und antisemitische Hotelbesitzer wegen ihrer Ausschließungspraxis zur Rede stellte, erhielt sie vor allem folgende Antworten: „Sie (die Hotelbe-

sitzer) ließen durchblicken, daß Juden ein unkultiviertes, lautes und vulgäres Volk seien, das Geld für das einzige Kriterium von Vornehmheit halte und glaube, sich mit Geld zu jeder feinen Gesellschaft Zutritt verschaffen zu können, wie vornehm und kultiviert diese Gesellschaft auch sein möge.“ Übereinstimmend deuteten die jüdischen Zeitungen Amerikas die antijüdische Ausgrenzungspraxis in den Erholungsorten als Reflex der Ober- und Mittelklasse auf die massive Aufstiegsmobilität der (deutschen) Juden in der „gilded age“. In dem Bestreben, „sich seines Platzes in der amerikanischen Gesellschaft durch Ausgrenzung der Juden zu versichern“, drückte sich vor allem eine „Statusunsicherheit“ der oberen Mittelklasse aus. Das negative Stereotyp des jüdischen Parvenüs, das in jener Zeit in so vielen Ländern, aber auch den USA, verbreitet war, spiegelte eine Aversion in den führenden Gesellschaftsschichten über den wachsenden Verlust traditioneller Kriterien gesellschaftlicher Distinktion wider: Tradition und Familienhintergrund traten zunehmend zurück, während Leistung und Geld in der modernen, dynamischen Gesellschaft wachsende Bedeutung erlangten.

Es war kein Zufall, dass sich gerade an Erholungsorten eine gesellschaftliche Abschottung gegenüber Juden manifestierte. „Das Problem war in den Erholungsorten akuter als anderswo, weil sich nirgendwo sonst eine solch unterschiedslose soziale Vermischung mit so weitgehenden sozialen Ambitionen paarte“, brachte der amerikanische Historiker John Higham die Atmosphäre von sozialer Repräsentation und Segregation auf den Begriff, die sich in den Erholungsorten offenbarte, obwohl – oder gerade weil – sich in diesen die traditionellen sozialen Grenzen im Urlaubsalltag tendenziell einebneten.

Obwohl es sich bei den Vereinigten Staaten von Amerika um eine multiethnische Einwanderergesellschaft handelte, die sich vom ethnisch weitaus homogeneren deutschen Nationalstaat krass unterschied, wiesen die soziokulturellen Begleitumstände des gesellschaftlichen Antisemitismus in beiden Nationen eine frappierende Ähnlichkeit auf: In beiden Ländern klopfte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine wirtschaftlich und beruflich erfolgreiche jüdische Minderheit an die Eingangstür der „guten Gesellschaft“, und dies in einer Zeit eines dynamischen wirtschaftlichen und sozialen Wandels, der von heftigen soziokulturellen Positionierungskonflikten in den oberen und mittleren Gesellschaftsschichten begleitet war. Dabei wurden deren Distinktionsbemühungen und Segregationsstrategien durch den – verglichen mit Europa – egalitären

Anstrich der amerikanischen Gesellschaft keineswegs abgemildert. Im Gegenteil scheint gerade die vermeintliche Egalität das gesellschaftliche Distinktions- und Segregationsbedürfnis in den USA massiv gefördert zu haben.

Eine amerikanische Besonderheit war, dass der „Resort Antisemitism“ gerade in den prestigeträchtigen, luxuriösen resorts seinen Ausgang nahm. Während in Deutschland gerade die „Luxusbäder“ als „Judenbäder“ galten und die antisemitischen Orte eher von einem mittelständischen Publikum frequentiert waren, schlossen in den USA vor allem die feineren Orte und Hotels Juden aus. Durch offene Ausgrenzung der Juden hofften viele Hotelbesitzer, eine sozial exklusive Klientel von Gästen anzuziehen. Symptomatisch für diese Haltung sind die Äußerungen Austin Corbins, des Präsidenten der Manhattan Beach Company, die 1879 auf Coney Island ein „fashionable summer resort“ aufbauen wollte: „Wir können nicht die höchsten gesellschaftlichen Kreise nach Manhattan Beach bringen, wenn die Juden weiterhin kommen.“

Die jüdischen Organisationen in den USA gingen mit massiven rechtlichen Abwehrmaßnahmen gegen den „Resort Antisemitism“ vor. Einen ersten wichtigen Erfolg errangen sie 1913 im Staate New York, wo der Gouverneur William Sulzer ein „Civil Rights Act“ erließ. Es verbot „Orten der öffentlichen Unterbringung“ – zu denen auch Hotels gehörten – „from advertising their unwillingness to admit anyone because of race, creed, or color“, wie es in der gewundenen Juristensprache hieß: Diskriminierende Anzeigen, die auf Rasse, Glaubensbekenntnis oder Hautfarbe Bezug nahmen, sollten fortan nicht mehr erlaubt sein. Bis 1931 schlossen sich 18 amerikanische Staaten dem Beispiel New Yorks an, während die Mehrheit der Staaten keinerlei entsprechende Regelungen erließ.

Auf die antijüdische Ausgrenzungspraxis der Hotels und Resorts hatten die Civil Rights Laws insgesamt nur geringe Auswirkungen. Hotelbesitzer wiesen jüdische Gäste mit fadenscheinigen Begründungen („Alles ausgebucht“) ab, deklarierten ihr Hotel als „Privatklub“ und übten informell Druck auf Reisebüros aus, ihnen keine jüdischen Gäste zu vermitteln („Don't send me any kikes“ – „Senden Sie mir keine Itzigs“). Darüber hinaus passten sie ihre Hotelwerbung den neuen rechtlichen Bedingungen an, indem sie beispielsweise auf nahegelegene Kirchen verwiesen („Protestant and Catholic Churches Nearby“). Statt eines offen diskriminierenden „No Hebrews wanted“ war in den Werbeanzeigen jetzt von „selected guests“ oder „restricted clientele“ die Rede, die als

Chiffre für „Keine Juden“ dienten. Einer Untersuchung der Drake University zufolge, die 1939 im *American Journal of Sociology* veröffentlicht wurde, vermochten die Civil Rights Laws nicht einmal die Zahl der diskriminierenden Anzeigen einzudämmen: In einer Zeitung wie der *Chicago Tribune* erreichten sie Ende der dreißiger Jahre ihren Höhepunkt, als rund 8 % aller Anzeigen von Urlaubsorten antijüdische Bemerkungen enthielten. Und noch in den fünfziger Jahren stellte die Anti-Defamation League resigniert fest: „Die meisten Gesetzesbestimmungen stehen nur auf dem Papier und werden eher gebrochen als befolgt (...) Von Neu England bis Florida, von den Adirondacks bis zur Westküste kann ein Reiseexperte hunderte von Urlaubshotels ausmachen, die das Prinzip der Judenreinheit praktizieren“ („Judenrein policy“). Der „Resort Antisemitism“ hatte sich in den USA zu einem Phänomen entwickelt, das zwar nicht von öffentlichen antisemitischen Manifestationen begleitet war, das aber umso tiefer und langanhaltender in die soziale Alltagspraxis Eingang gefunden hatte.

Die Dynamik der Segregation ließ vor allem in den Catskills einen ganzen Gürtel jüdischer Erholungsorte entstehen, den so genannten „Borscht Belt“. Zuerst waren es Juden deutscher Herkunft, die hier ihren Urlaub verbrachten. Seine eigentliche Ausprägung erfuhr der „Borscht Belt“ jedoch durch die vielen Juden osteuropäischer Herkunft, die seit den 1880er Jahren in die USA emigriert waren und in den Catskills der sommerlichen Hitze von New York City entflohen. Vor allem in den zwanziger Jahren, als die „christlichen“ Resorts von Juden aufgekauft wurden, entwickelten sich die Catskills zu einem nahezu uniform jüdischen Urlaubsgebiet. Hier prägte sich bis in die siebziger Jahre eine spezifische ostjüdisch-amerikanische Urlaubskultur aus, mit hunderten von koscheren Hotels und Restaurants, in denen ein Gemisch aus Jiddisch und Amerikanisch gesprochen wurde, und einer besonderen Form des Entertainments mit jiddisch-amerikanischem Gesang und Humor. Fast alle bedeutenden amerikanischen Komiker traten in den Hotels der Catskills auf oder begannen dort sogar ihre Karriere.

Eine stetig anschwellende Erinnerungsliteratur über den „jüdischen“ Urlaub in den Catskills, ja ein vom Soziologen Phil Brown ins Leben gerufenes „Catskills Institute“ machen deutlich, dass der „Borscht Belt“ mehr war als eine bloße Reaktion auf den „Resort Antisemitism“ in den USA. Hier ging es für die Massen der ostjüdischen Zuwanderer nicht zuletzt auch um die Pflege von „Yiddishkeit“, die Bewahrung einer spezifischen religiös-ethnischen Identität.



Die Multiethnizität der amerikanischen Gesellschaft trug zu den ethnischen Segregationstendenzen im amerikanischen Lebensalltag bei und war für die Entstehung „jüdischer“ und „nicht-jüdischer“ Urlaubsgebiete mitverantwortlich.

Freilich wäre es verfehlt, den „Borscht Belt“ und andere „jüdische“ Urlaubszentren vom gesellschaftlichen Antisemitismus in den USA vollständig abzukoppeln und ihn euphemistisch als bloßen Ausdruck ethnischer Vielfalt in der amerikanischen Gesellschaft zu klassifizieren. Wohl nicht zufällig löste sich der „Borscht Belt“ genau in jener Zeit – den späten sechziger Jahren – weitgehend auf, in der auch die gesellschaftlichen Barrieren gegenüber Juden in den Vereinigten Staaten fielen und der „Resort Antisemitism“ keine bedeutende Rolle mehr spielte. Von gesellschaftlichen Restriktionen befreit, amerikanisierte sich die jüngere Nachkriegsgeneration amerikanischer Juden in den sechziger Jahren weitgehend und identifizierte sich vor allem mit der amerikanischen Pop- und Jugendkultur. „Out with Yiddishkeit, in with Woodstock“ bringt der amerikanische Soziologe Jerry A. Jacobs diesen Einstellungswandel auf den Begriff, der nicht zuletzt durch den massiven Rückgang des gesellschaftlichen Antisemitismus in den USA befördert wurde.

Zudem spiegelten Ausgrenzungen aus Erholungsorten und diskriminierende Anzeigen von Hotels nicht bloß eine allgemeine ethnische Segregation, sondern eine spezifisch antijüdische Diskriminierung wider. Zwar waren auch Schwarze, die – ähnlich wie Juden – seit der Jahrhundertwende eigene Urlaubsgebiete besaßen, von Ausgrenzungsmaßnahmen betroffen, doch gab es zum Beispiel keine diskriminierenden Anzeigen gegen Katholiken oder gegen Einwanderer aus bestimmten Herkunftsländern, zum Beispiel Iren oder Italiener.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging zwar das Phänomen des „Resort Antisemitism“ langsam zurück, nicht zuletzt deshalb, weil immer mehr Nichtjuden gegen die alltägliche Diskriminierung von Juden protestierten. Nach dem Holocaust erschien die antisemitische Ausgrenzungspraxis in den USA auch manchem Hotelinhaber zunehmend fragwürdig. „Die meisten sind unsicher geworden, mit einem rassistischen Prinzip offen zu werben, das sie in Verbindung mit dem Feind bringt, gegen den die Vereinigten Staaten im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben“, bemerkte eine Untersuchung aus den fünfziger Jahren. Die sich wandelnde Stimmung gegenüber dem Antisemitismus in Amerika fand nach 1945 nicht zuletzt seinen filmischen Niederschlag in Elia Kazans Film „Gentleman's Agreement“, mit Gregory Peck in der Hauptrolle, der die antijü-

dischen Ausgrenzungstendenzen in den weißen Eliten Amerikas zum Thema machte und dabei auch das Problem der „judenfreien“ Hotels streifte.

Wie weit verbreitet der „Resort Antisemitism“ jedoch in den fünfziger Jahren immer noch war, zeigte eine landesweite Untersuchung der Anti-Defamation League aus dem Jahre 1956/57, die vor allem auf Selbstauskünften von Hotelbesitzern beruhte. Demnach nahmen 22,9 % aller amerikanischen Hotels keine jüdischen Gäste auf. Der tatsächliche Anteil dürfte nach Angaben der ADL sogar über 30 % gelegen haben, weil ein Teil der Hotels, über deren Diskriminierungspraxis entsprechende Berichte vorlagen, sich nicht öffentlich dazu bekennen mochte. In den Staaten Maine, Vermont und New Hampshire schlossen gar 56 % aller Hotels jüdische Gäste aus, in Arizona 44,6 %, in Michigan, Minnesota und Wisconsin 34 % – und dies mehr als ein Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem die USA das mörderischste antisemitische Regime der Weltgeschichte niedergerungen hatten. Einer weiteren Untersuchung der „Anti-Defamation League“ zufolge akzeptierten noch 1962 mehr als die Hälfte der amerikanischen Klubs keine jüdischen Mitglieder.

Insgesamt war der Hotel- und „Resort Antisemitism“ in den USA quantitativ weiter verbreitet als der Bäder-Antisemitismus in Deutschland vor 1933. Der Anteil „judenfreier“ Hotels lag in den USA mindestens 15fach höher. Die Anti-Defamation League sprach sarkastisch von einer „international herausragenden Stellung“, die die Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet einnahmen.

In den Erinnerungen und Lebensberichten deutscher Juden, die in die USA emigriert waren, hat dieser Alltags-Antisemitismus deutliche Spuren hinterlassen. Im Jahre 1931 veröffentlichte das „Israelitische Familienblatt“ einen Bericht über „Antisemitismus in Amerika“, der nichts weniger als freundlich ausfiel. Die Verfasserin Dr. Trude Weiss-Rosmarin, eine 1908 in Frankfurt geborene Religionswissenschaftlerin und Judaistin, war 1931 nach New York ausgewandert und leitete dort u. a. die „School of the Jewish Woman“. In ihrem Artikel charakterisierte sie die USA als „das Land der größtmöglichen Unfreiheit“, als „das Land, in dem die Bevölkerung den Juden durch ein ungeschriebenes Gesetz aufs neue ins Ghetto zwingt“. Die amerikanischen Juden lebten „zumeist völlig abgesondert von der amerikanischen Gesellschaft, nicht freiwillig allerdings, sondern weil der echte Amerikaner den Juden nicht liebt“. Ausdrücklich verwies Weiss-Rosmarin dabei auf „die große Anzahl von Kurorten und Hotels“, in denen Juden nicht erwünscht seien, und die zur Entstehung ausschließlich jüdi-

scher Hotels und Orte geführt hätten: „Man nennt diese Kurorte ‚das jüdische Land‘.“ Zwar habe der Antisemitismus im Gegensatz zu Deutschland keinerlei politische Bedeutung, bestimme jedoch die gesellschaftliche Alltagspraxis sehr viel nachhaltiger. „Der deutsche Antisemit redet, der Amerikaner, der nicht so viel Zeit besitzt, handelt (...).“ Zu einem ähnlichen Eindruck kam der Soziologe Leo Löwenthal, der Ende der siebziger Jahre in einem autobiographischen Gespräch bekannte: „Einem alltäglich erfahrbaren Antisemitismus bin ich erst hier in Amerika begegnet.“ Vielen Berichten deutscher Juden ist eine deutliche Irritation über die alltägliche Ausgrenzung von Juden in den USA anzumerken – nicht nur aus Hotels und Resorts, sondern auch aus bestimmten Wohngegenden, Country Clubs, Colleges und Universitäten.

Umso mehr überrascht daher, dass die weitverbreitete gesellschaftliche Ausgrenzung von Juden in den USA kaum Auswirkungen auf die politische Sphäre zeitigte. In der zutiefst individualistischen politischen Kultur der USA hatten politische Bewegungen keine Chance, die den Kampf gegen Juden in den Mittelpunkt ihrer Ideologie stellten, ja in ihm den Schlüssel zur Lösung aller nationalen Probleme sahen. Dementsprechend war auch der „Resort Antisemitismus“ nicht von massiver antisemitischer Agitation begleitet, die für deutsche Seebäder wie Borkum und Zinnowitz nach dem Ersten Weltkrieg typisch war. Für die politisch-ideologische Aufladung des Bäder-Antisemitismus, wie sie sich vor allem in der Weimarer Republik vollzogen hatte, gab es in den USA keine Parallele. Oder um es anders zu formulieren: Angehörige der WASP-Elite, die im Resort Hotel oder in ihrem Country Club keinen Juden duldeten, traten politisch nicht unbedingt für ein „judenfreies Amerika“ ein. Ein radikaler ideologischer „Erlösungs-Antisemitismus“ (Saul Friedländer), der in der politischen Rechten in Deutschland grassierte, fand in den USA kaum Anhänger. Manche amerikanischen Autoren haben daher im Hinblick auf den Antisemitismus in den USA vorgeschlagen, zwischen einem „gewöhnlichen“ (ordinary) Antisemitismus, der vor allem durch gesellschaftliche Vorurteile und alltägliche Abschottungstendenzen gegenüber Juden gekennzeichnet war, und einem „außergewöhnlichen“ (extra-ordinary), politisch-ideologisch verdichteten Antisemitismus zu unterscheiden.

Neben der Hochschätzung des Individuums dürfte vor allem die Multiethnizität der amerikanischen Gesellschaft zur Marginalität eines politisch-ideologischen Antisemitismus beigetragen haben. Zwar förderte die ethnische Viel-

falt gesellschaftliche Abschottungstendenzen gegenüber Juden, begrenzte aber gleichzeitig die Wirkungsmacht einer genuin antisemitischen Weltanschauung, weil Juden in der multi-ethnischen amerikanischen Gesellschaft nicht die einzige Gruppe waren, die rassistische Vorurteile auf sich zog. Der Rassismus fand in den USA eine Vielzahl ethnischer Ziele. Überdies ließen die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der amerikanischen Demokratie und das wirksame konstitutionelle System der „Checks and balances“ es nicht zu, dass in den USA ein radikales antisemitisches Programm hätte verwirklicht werden können. Während der demokratische Staat in Deutschland in der Weltwirtschaftskrise kollabierte, blieb er in den USA stabil.

Wollte man die jeweiligen Besonderheiten des Bäder-Antisemitismus in Deutschland und den USA vergleichend hervorheben, so wäre im Hinblick auf die USA eher die gesellschaftliche Quantität, im Hinblick auf Deutschland eher die radikale ideologische Qualität zu betonen.

Was bedeutet dies nun für die nationalsozialistische Judenverfolgung nach 1933? Wie ist der Stellenwert des gesellschaftlichen Antisemitismus in Deutschland zu veranschlagen, bildete er das zentrale Movens der Entwicklung – getreu dem Diktum Daniel J. Goldhagens – der den so genannten „eliminatorischen Antisemitismus“ als „nationales Projekt“ der Deutschen ansieht? Die Antwort kann – so denke ich – nur ambivalent ausfallen. Gesellschaftlicher Antisemitismus war – dies zeigt der internationale Vergleich – alles andere als eine deutsche Spezifität und jede Erklärung greift zu kurz, die in der gesellschaftlichen Judenfeindschaft in Deutschland den zentralen, möglicherweise sogar alleinigen Faktor der Judenverfolgung nach 1933 sieht. Das Deutsche Reich lag vor 1933 im Hinblick auf den gesellschaftlichen Antisemitismus keineswegs außerhalb eines zivilisatorischen mainstreams, wobei sich dieser mainstream nicht in erster Linie durch Liberalität und Toleranz auszeichnete, sondern in vielen Ländern vom Gift des Antisemitismus infiziert war.

Gleichwohl lässt sich die Frage nach der Relevanz des gesellschaftlichen Antisemitismus für die Judenverfolgung nach 1933 nicht hinlänglich beantworten, indem man auf die Internationalität dieses Phänomens verweist. Für die Haltung der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung nach 1933 war zweifellos die im Bäder-Antisemitismus manifestierte Judenfeindschaft, wie sie besonders im Mittelstand und Teilen der traditionellen Eliten verbreitet war, von erheblicher Bedeutung. Allem diktatorischen Zwangscharakter des NS-Regimes zum

Trotz nahmen die Nationalsozialisten auf die jeweilige „Volksmeinung“ Rücksicht, war die NS-Herrschaft keine reine Diktatur von oben nach unten, sondern eine soziale Praxis, an der die deutsche Gesellschaft in vielfältiger Weise beteiligt war. Und für die Haltung der deutschen Gesellschaft gegenüber der jüdischen Minderheit war nicht ohne Bedeutung, dass sich lange vor 1933 massive Tendenzen der Ausgrenzung und Abschottung herausbildeten, dass unter dem Einfluss des Bäder-Antisemitismus öffentliche Zonen der Apartheid entstanden, die die gesellschaftlichen Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden immer stärker reduzierten. Dies förderte eine Grundhaltung gegenüber der jüdischen Minderheit, ohne die die nationalsozialistische Ausgrenzungspolitik nicht so erfolgreich verlaufen wäre: die weit verbreitete Auffassung nämlich, dass es sich bei Juden nicht um „Deutsche“ oder gar „Volksgenossen“ jüdischen Glaubens handele, sondern um „Fremde“, ja „Andersartige“, die nicht wirklich dazugehörten. Wer die Frage beantworten will, warum die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Ausgrenzung der Juden nach 1933 widerspruchslos hinnahm und zumeist zwischen Indifferenz und Mitmachen schwankte, kommt am gesellschaftlichen Antisemitismus vor 1933 nicht vorbei.

Vortrag, gehalten am 28.4.2003 im Forschungskolloquium der FZH. Vgl. auch Frank Bajohr, „Unser Hotel ist judenfrei“. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, 3. Aufl., Frankfurt am Main 2003.

---

# Tagungsbericht:

---

## 1923 – 1933 – 1943 – 1953.

---

**Schlüsseljahre der hamburgischen  
und deutschen Geschichte des  
20. Jahrhunderts im nationalen und  
internationalen Städtevergleich**

---

### Vier „Schlüsseljahre“ – Inhalt und Architektur der Tagung

„Eine naive Vorstellung wäre es, dass Dramatik und Häufigkeit des Erinnerns mit der zeitlichen Entfernung vom katastrophischen Ereignis abnimmt“<sup>1</sup> – die Signatur des Gedenkjahres 2003 scheint diese Feststellung Helmut Dubiels einmal mehr zu bestätigen: Die gegenwärtige Omnipräsenz beispielsweise des Luftkriegs in der deutschen Öffentlichkeit, die Heftigkeit der Debatten um seine moralische Bewertung aber auch um die adäquate Charakterisierung des „Arbeiter-“ oder „Volksaufstandes“ von 1953 sind bemerkenswerte Indizien für eine nach wie vor intensive Beschäftigung mit der Vergangenheit des 20. Jahrhunderts.<sup>2</sup> Die Tagung der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) Ende Oktober 2003 zu vier „Schlüsseljahren der hamburgischen und deutschen Geschichte“ – 1923, 1933, 1943 und 1953 – erhielt nicht zuletzt aus dieser gegenwärtigen kontroversen Erinnerungskultur entscheidende Entstehungsimpulse: In Hamburg war der sechzigste Jahrestag der „Operation Gomorrha“, der alliierten Bombardierungen im Sommer 1943, Anlass für umfangreiche Gedenkfeiern, zahlreiche Ausstellungen und Veröffentlichungen. Die abschließende Podiumsdiskussion der Tagung im Hamburger Rathaus (unter der Schirmherrschaft der Hamburger Bürgerschaft und des Senats) wurde nicht zufällig von Bürgerschaftspräsidentin Stapelfeldt als „Abschluss des Gedenkjahres“ in Hamburg bezeichnet. Diese Tagung war freilich nicht nur Folge des Gedenkjahres, sondern in gewisser Hinsicht auch sein Korrektiv, wie Axel Schildt (Hamburg) in seiner Eröffnungsansprache deutlich machte: Der weit gefasste zeitli-

che Horizont von 1923 bis 1953 entsprach insofern der in der Tagungseinladung geforderten Kontextualisierung der historischen Ereignisse, der Forderung, „das ‚Dritte Reich‘ in die Geschichte des 20. Jahrhunderts“ einzuordnen – eine Einbettung, die der öffentliche Diskurs mit seinen verbreiteten „städtischen Opferdiskursen“ (Schildt) hingegen häufig vermissen lasse. Die „Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg“ (bis 1997 „Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus“) proklamiert seit längerem eine weite Perspektive auf das 20. Jahrhundert und überschreitet mit ihren Forschungsbeiträgen und laufenden Projekten bewusst geläufige politische Zäsuren wie 1933, 1945 oder 1949. Ein zweiter Aspekt der Tagung betraf die vergleichende Perspektive: Im Gegensatz zu einem regional- oder stadtgeschichtlichen Ansatz, der bestenfalls zu einer „Hamburgensie“, einer Regionalgeschichte der Hansestadt führen könnte, zeigte das nationale, ja internationale Spektrum der Beiträge aus den Niederlanden, aus Dänemark, Polen und Japan den komparatistischen Ansatz der Tagung. Unter diesen beiden Prämissen, dem inhaltlichen Fokus auf dem „katastrophischen Teil des 20. Jahrhunderts“ seit den zwanziger Jahren und der stadtgeschichtlich-vergleichenden Perspektive, bot die Tagung mit vierzehn Vorträgen in vier Sektionen zwei Tage lang Gelegenheit zu einer ebenso vielschichtigen wie kontroversen geschichtswissenschaftlichen Standortbestimmung der vier Schlüsseljahre des 20. Jahrhunderts.

### **I. Sektion: 1923**

Bereits der erste Vortrag der Tagung, Ursula Büttners (Hamburg) Untersuchung der „Hyperinflation und Hyperkrise“ in der Weimarer Republik, verwies dabei auf das grundlegende Spannungsfeld bei der Beschäftigung mit „Schlüsseljahren“ zwischen geschichtswissenschaftlicher Grundlagenforschung und erinnerungskulturellen Deutungsmustern: Dem kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik hat sich 1923 vor allem als „katastrophisches Urereignis“ eingepreßt. Büttner hob allerdings hervor, dass nicht nur neue Forschungsbeiträge, sondern bereits Zeitgenossen die positiven Faktoren der Inflation für die wirtschaftliche Restituierung nach 1918 gesehen haben: Der Hamburger Bürgermeister Petersen sprach in den zwanziger Jahren sogar von der „Notwendigkeit der Inflation“ für den Wiederaufbau.

Gleichwohl sorgte die Inflation für eine Verstärkung sozialer Ungleichheit und tiefgreifende Versorgungsschwierigkeiten, die sich nicht zuletzt in Hamburg

in gewaltsamen Ausbrüchen entlud: Nach spontanen Streiks und folgender Werftaussperrung kulminierte die Unzufriedenheit im Oktober 1923 im „Hamburger Aufstand“ der KPD. Aus diesen Krisenerscheinungen leiten sich allerdings erst in der Retrospektive – beeinflusst von dem ebenso beliebten wie falschen Konglomerat aus Inflation 1923 und Weltwirtschaftskrise 1929 – deutliche Vorzeichen der späteren Katastrophe nicht zwangsläufig ab: Mit Blick auf das meist einfallsreiche und pragmatische Krisenmanagement könne man für Anfang der zwanziger Jahre eher von einer erstaunlichen Stabilität der Weimarer Demokratie sprechen. Nach Büttners Ausführungen über die Hamburger Krisenbewältigung lenkte Stefan Goch (Gelsenkirchen) den Blick auf das Ruhrgebiet 1923. Im Gegensatz zur Handelsregion Hamburg sah sich das Ruhrgebiet mit seiner kriegswichtigen Industrie nach 1918 tiefgreifenden strukturellen Problemen ausgesetzt. Eine Zuspitzung erfuhr die Lage mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich, die neben wirtschaftlichen auch zu mentalen Veränderungen führte. Goch konnte an alltagsgeschichtlichen Beispielen nachweisen, dass die Besatzungspolitik zu einem starken nationalen Impuls innerhalb der Arbeiterschaft führte: So gerieten Beerdigungen für in Unruhen getötete Arbeiter nicht selten zu öffentlichen Demonstrationen gegen die Besetzung mit bis zu 3000 Teilnehmern. Als weitere Folge der Besatzungspolitik beschrieb Goch die Entstehung einer eigentümlichen Solidarität zwischen Betriebsführung und Belegschaft: Nach der Beurlaubung unkooperativer Industrieller durch die Besatzungsbehörden sei es demnach zu Streikaktionen der Arbeitnehmer für eine Wiedereinsetzung ihrer Arbeitgeber gekommen – insgesamt spiegeln sich in diesen Krisenphänomenen u. a. Entwurzelungsprozesse der Arbeitermilieus im Ruhrgebiet der zwanziger Jahre, die nicht nur wegen eines bis heute wirkenden „Strukturwandels“, sondern auch in Hinblick auf das Schlüsseljahr 1933 bedeutsam erscheinen. Ähnlich wie Büttner führte auch Martin Geyers (München) Weg in die Vergangenheit über die Erinnerungskultur: Die Signatur des Jahres 1923 sei bis heute in erster Linie geprägt durch eine „Geschichte der Opfer“, in der sich zwei Erzählmuster, die Krise der Inflation sowie die Besetzung des Ruhrgebiets, zu einer „Verlierergeschichte“ verbänden. In dieser Signatur 1923 bilde München wiederum eine spezifische politisch-kulturelle Chiffre: Schon in der Weimarer Republik wurde „München“ mit lokalem Separatismus, Untertanengeist und einer spezifischen reaktionären Beharrungskraft in Verbindung gebracht. Den in den zwanziger Jahren propagierten „Marsch auf Berlin“ verstand



Geyer in dieser Hinsicht nicht nur als konkrete politische Programmatik, sondern auch als Ausdruck zeitgenössischer rivalisierender Ordnungsvorstellungen zwischen München und der Reichshauptstadt: Auch der tatsächliche Versuch eines „Marschs auf Berlin“ könne insofern unter erinnerungskulturellen Gesichtspunkten analysiert werden: Zwar führte der Hitler-Ludendorff-Putsch 1923 kurzfristig eher in eine politische Sackgasse; mit zunehmender medialer Präsenz durch die Etablierung einer Erinnerungstradition, eines parteispezifischen Kultes, dem alljährlichen Gedenken an die „Blutzeugen der Bewegung“ erhielt die NSDAP allerdings eine soziokulturelle Basis, so dass man von 1923 als dem „eigentlichen Gründungsjahr der NSDAP“ sprechen könne.

## **II. Sektion: 1933**

Im Gegensatz zu 1923 ist das Jahr der Machtergreifung nach wie vor präsent im kollektiven Gedächtnis und vielinterpretierter Gegenstand der Forschung. Detlef Schmiechen-Ackermann (Magdeburg) zeigte in seinem Vortrag die Möglichkeit, die „Machtergreifung“ unter einer soziokulturellen Perspektive als Prozess der „Besetzung von ‚sozialem Gelände‘“ in deutschen Großstädten zu erklären: Von entscheidender Bedeutung für die Machtergreifung und die Stabilisierung des NSDAP-Wählerpotenzials sei die symbolische „Besetzung“ von Stadträumen gewesen, erst die Steigerung öffentlicher Präsenz der NSDAP in Stadtteilen, eine „sozialräumliche Eroberung“ städtischer Milieus habe das Wahlverhalten entscheidend beeinflusst. Hannover, ein Fallbeispiel mit hoher Repräsentativität, zeige beispielhaft Prozesse und Instrumente dieser „Machtergreifung“: Nach Ausbau und Professionalisierung der Parteistruktur sei zunächst das bürgerlich-protestantische Milieu erobert worden: Ab 1929 etablierten sich in entsprechenden Stadtteilen NS-Lokale, Aufmärsche in den Straßen demonstrierten zusätzlich die „symbolische Macht“ der NSDAP. Mit der Übernahme sozialistischer Organisationsformen und der Etablierung von SA-Sturmlokalen in Arbeitervierteln habe die räumliche Eroberung ausgehend vom protestantischen Milieu nun auch im proletarischen Milieu Fuß fassen können. Abgesehen von den beiden „Sonderfällen“ Berlin und München stellte sich die Situation in überwiegend katholisch geprägten Städten allerdings grundlegend anders dar: In „Drei-Lager-Städten“, also Städten mit proletarisch, protestantisch und katholisch geprägten Milieus, ließe sich zum einen einzelner Widerstand oder Resistenz von katholischer Seite nachweisen, vor allem aber vertrat

der Katholizismus häufig eine antisozialistische Position, die der NSDAP ihr Profilierungspotenzial raubte. Arno Herzig (Hamburg) führte die von Schmichen-Ackermann vorgetragene Überlegung in „ereignisgeschichtlicher Ausprägung“, am Beispiel Breslau weiter: Herzigs Untersuchung über die „Machtergreifung“ in der Stadt Breslau zeigte beispielhaft an dem so genannten „Fall Cohn“ die Etablierung der NSDAP als langfristigen Prozess, der auf bestehenden mentalen Voraussetzungen aufbauen konnte: Die Verdrängung des jüdischen Ordinarius Cohn aus der juristischen Fakultät war nicht nur das Ergebnis protestierender NS-Aktivistinnen, sondern vor allem Folge eines mangelnden Rückhalts Cohns im Breslauer Bürgertum. Trotz des äußerst brutalen Auftretens der SA erhielt die NSDAP unter den Arbeitslosen und im protestantischen Milieu seit Anfang der 30er Jahre starken Zuspruch. Die faktische Gleichschaltung der Stadt und die Ernennung des NSDAP-Bürgermeisters im März 1933 sind insofern als Höhepunkte einer schon früh einsetzenden Etablierung der NSDAP zu charakterisieren. Mit dem Fokus auf Veränderungen der „medialen Öffentlichkeit“ in Hamburg 1933 untersuchte Karl Christian Führer (Hamburg) einen spezifischen Bereich des Ereignisses – mit der Frage nach einer „Revolutionierung“ der Medien wurde andererseits der Zeitraum „Machtergreifung“ als langfristiger Zeitraum begriffen: Bis Ende der dreißiger Jahre, blieb das NS-Organ „Hamburger Tageblatt“ hinsichtlich der Auflagenzahlen weit hinter den bürgerlichen Blättern zurück. Aus diesem Phänomen ließe sich allerdings kaum auf eine breite Ablehnung der NS-Propaganda oder gar des NS-Regimes schließen. Naheliegender erscheint Führers Interpretation, dass die auflagenstarken bürgerlichen Blätter bereits 1933 weitgehend „nazifiziert“ gewesen seien – ihre traditionell nationale Orientierung dürfte diese inhaltliche Angleichung begünstigt haben. Das DNVP-nahe Blatt, die „Hamburger Nachrichten“, hatte beispielsweise bereits 1932 einen Kurswechsel zur NSDAP vollzogen. Von einer „Revolutionierung der medialen Öffentlichkeit könne letztlich zwar nicht gesprochen werden, die Folgen dieser Selbstgleichschaltung hingegen erwiesen sich als tiefgreifend: Die Nachrichtenmonokultur und Meinungskonformität der Hamburger Zeitungslandschaft half entscheidend mit bei der Inszenierung Hamburgs als einheitliche „Volksgemeinschaft“.

### III. Sektion: 1943

Die gegenwärtige Bombenkriegsdebatte nahm Frank Bajohr (Hamburg) zum Anlass für einen differenzierten Blick auf den Zusammenhang zwischen den Bombardierungen deutscher Städte und einem Einstellungswandel in der betroffenen Bevölkerung. Besonders Jörg Friedrichs These, die Bombardierungen seien kontraproduktiv gewesen, ja sie hätten zu einer „zweiten Machtergreifung“<sup>3</sup> geführt, konnte Bajohr auf Grundlage seiner Forschungen zu Hamburg im Jahr 1943 energisch widersprechen: Tatsächlich nämlich lockerten die Bombardierungen die Bindung zwischen Bevölkerung und NS-Regime erheblich, wie Bajohr an drei entscheidenden Faktoren nachweisen konnte: Erstens führten die erfolgreichen Luftangriffe zu einer tiefen Legitimationskrise des NS-Regimes. Das Charisma des „Führers“ wurde seit 1943 ebenso demontiert wie der nationalsozialistische „Stärkenimbus“ überhaupt: Mit den als ständige Niederlage erfahrenen Luftangriffen befand sich das NS-Regime zugleich in einer „Falle selbstpropagierter Grundsätze“: Das in der NS-Ideologie zentrale „Recht des Stärkeren“ symbolisierte nun um so offenkundiger das eigene Scheitern. Eine weitere Folge der Bombardierungen war mit der Verstärkung (bereits bestehender Ungleichheitstendenzen) die soziale Desintegration der „Volksgemeinschaft“: Unterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung, zwischen ‚normalem‘ Bürger, Parteimitglied und einflussreichem NS-Funktionär erwiesen sich plötzlich als sprichwörtlich lebenswichtig. Die zeitgenössische Leitmaxime „Bleib übrig!“ spiegelt den allgemeinen Trend zur „Individualisierung“ und „Atomisierung“. Diese Entwicklungen zu einer „egozentrischen Überlebensgesellschaft“ führten drittens von einem vorsichtigen Mentalitätswandel bis zu tiefgreifenden Sinnkrisen. Interessanterweise kam Jost Dülffer (Köln) mit seinem Blick auf eine andere bedeutende Großstadt zu ganz anderen Ergebnissen: Im Gegensatz zur destabilisierenden und desintegrierenden Entwicklung in Hamburg sei in Köln eine „Sozialisierung der Gefahr“ zu beobachten: Abgesehen vom ersten „1000-Bomber-Angriff“ habe es kein zentrales und tiefgreifendes Bombenkriegsereignis wie die „Operation Gomorrha“ in Hamburg gegeben. Mit einer „Kontinuität des Schreckens“ habe in Köln insofern eine „Gewöhnung an den Schrecken“ stattgefunden. Dülffers Rekonstruktion des kulturellen Lebens der Stadt zeigte, dass sich das Alltagsleben im Luftkrieg auf „niedrigem Niveau“ schnell wieder regenerierte. Die ungebrochene Kontinuität des Unterhaltungssektors suggerierte recht erfolgreich eine gewisse Vorkriegs-Norma-

lität. Die schnelle und unbürokratische Hilfe verschiedener NS-Organisationen, besonders der NSV, hätte in der Bevölkerung ein Solidaritäts- und Gemeinschaftsgefühl zumindest teilweise erhalten. In Köln, der „loyalen Notgemeinschaft“, lasse sich eine Erosion der „Volksgemeinschaft“, eine grundlegende Erschütterung des NS-Regimes oder seiner Bindung zur städtischen Bevölkerung kaum nachweisen. Einen ebenso „heißen Sommer“ 1943 wie in Hamburg und Köln untersuchte Karl Christian Lammers (Kopenhagen) in seinem Vortrag zum Ende der dänischen „Staatskollaboration“ im September 1943, als die dänische Regierung zurücktrat und mit dem Bruch mit der deutschen Regierung das „Ende des dänischen Musterprotektorats“ eingeleitet wurde. In der dänischen Erinnerungskultur ist dieser Bruch mit der bis 1943 „konsensfähigen“ Zusammenarbeit zwischen dänischer und deutscher Regierung seit langem Gegenstand heftiger Diskussionen: Von zentraler Bedeutung ist dabei die Frage, ob die dänische Regierung selbständig einen kalkulierten Politikwechsel initiiert oder ob eine langfristige innere Entwicklung, ein Stimmungswechsel in der dänischen Bevölkerung einen Bruch unvermeidbar gemacht habe. Für Lammers wurzelte dieser Bruch zwar eindeutig in der dänischen Bevölkerung, seit 1943 hatten Sabotageakte und Streiks derart zugenommen, dass man von bürgerkriegsähnlichen Zuständen, z. B. in Esbjerg und Odense sprechen könne. Zugleich wies Lammers aber auch darauf hin, dass abgesehen von diesem „symbolischen Bruch“ der Regierungen auf einer tieferen Ebene die Staatskollaboration durchaus fortbestanden habe – erst in der Retrospektive, der dänischen Erinnerungskultur habe sich der September 1943 zu einem identitäts- und gemeinschaftsstiftenden Symbol eines radikalen Bruches zwischen Dänemark und Deutschland ausgeprägt. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Beiträgen konnte Thomas Szarota (Warschau) nicht von 1943 als einer „historischen Zäsur“ sprechen. Die zerstörerische Wucht des Luftkrieges hatte Warschau beispielsweise schon vier Jahre zuvor, beim deutschen Überfall 1939 erlebt – dieser Kontext werde im Übrigen in der gegenwärtigen Diskussion häufig vernachlässigt. In einer Skizze wichtiger Ereignisse des Jahres 1943 – Aprilaufstand im Warschauer Ghetto, Verhaftung des Führers der polnischen Widerstandsbewegung, sowjetische Luftangriffe – zeichnete Szarota ein vielschichtiges Bild der Situation im besetzten Warschau: Vor diesem ereignisgeschichtlichen Hintergrund konnte Szarota einen fundamentalen Unterschied zwischen der deutschen Besatzungspolitik im Westen und im Osten Europas

hervorheben: Warschau, von den Deutschen zur Provinzstadt degradiert, sei im Gegensatz zu dänischen Städten oder zu Rotterdam nie für „aufbauwürdig“ befunden worden. Die repressivere Besatzung im Osten spiegele nicht zuletzt die rassenideologische Fundierung deutscher Kriegsführung und Besatzung.

#### **IV. Sektion: 1953**

Ungleich schwieriger als in den vorangegangenen Sektionen 1933 und 1943 ließ sich 1953 als Zäsur, als Endpunkt oder Anfang einer Epoche benennen: Barbara Vogel (Hamburg) sprach diesem Jahr insofern eine „singuläre Signatur“ als Schlüsseljahr ab. Stövers definitive Zuordnung von 1953 als dem Krisenjahr der „Entscheidung“ und Zementierung der Nachkriegszeit blieb hingegen auf dem Podium und im Auditorium umstritten. Bereits der Titel von Peter Reichels (Hamburg) Beitrag zur „Vergangenheitsbewältigung“ 1953 – zwischen „Erinnerungspflicht und Verdrängungsneigung“ – wies auf eine paradox anmutende Ambivalenz der öffentlichen Erinnerung in der Nachkriegszeit hin: Der Umgang mit der Geschichte des „Dritten Reichs“ war (nicht nur in Hamburg) bedingt durch eine stark selektierende Sicht auf die Vergangenheit sowie zugleich durch ein Bedürfnis, das Erinnerte vergessen zu machen, um mit der „Vergangenheit ins Reine“ zu kommen, wie Heinrich Heffter (Leiter der damaligen „Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg“) in den fünfziger Jahren forderte. 1953 zeigte sich diese geschichtspolitische Ambivalenz besonders deutlich: Die zehn Jahre zurückliegende „Operation Gomorrha“ diente im öffentlichen Gedenken allein dem Anlass, eine zehnjährige (!) Tradition des Wiederaufbaus zu konstruieren; in der doppeldeutig frohen Botschaft, dass Hamburg „die Kriegsfolgen beseitigt habe“ verknüpfte sich die tatsächliche Trümmerbeseitigung zugleich mit einer mentalen Entsorgung der Vergangenheit. Die Ereignisse des „Dritten Reiches“ blieben als „Naturkatastrophe“ vage metaphorisiert, eine Ursachenanalyse blieb auf gleichsam „physikalischem“ Niveau: Nicht die politischen Ursachen, sondern allein die Kettenreaktion des „Feuersturms“ war 1953 Gegenstand öffentlicher Geschichtsdiskurse. Wichtige Impulse für ein kritisches hanseatisches Stadtgedächtnis setzte hingegen Erich Lüth in seiner Auseinandersetzung mit dem „Jud Süß“-Regisseur Veit Harlan und mit seiner Gründung der deutsch-israelischen Gesellschaft – in der ambivalenten Geschichtsaneignung der fünfziger Jahre blieb Lüth als „kritischer Querkopf“ in Hamburg allerdings eine Ausnahmeerscheinung. Auch Paul van

de Laars (Rotterdam) Darstellung der Rotterdamer Stadtentwicklung setzte er innerungskulturelle Akzente: An den verschiedenen Stationen in Rotterdams Stadtbild – von den Hauptstadtabitionen in den zwanziger Jahren über die Bombardierung durch die deutsche Luftwaffe, der Planung des Wiederaufbaus u. a. mit dem „Reichskommissar“ der Niederlande Seyß-Inquart 1940/41 bis zum tatsächlichen Wiederaufbau 1949 – hob van de Laar den kulturellen Gehalt des Stadtbildes hervor: Der moderne, funktionale Stil prestigeträchtiger Gebäude, z. B. des Großhandelsgebäudes, der „Lijnbaan“ als „Symbole des Wiederaufbaus“, übte eine nationale, ja internationale Magnetwirkung aus und weckte enthusiastische Reaktionen zahlreicher Besucher. Wie van de Laars Vortrag zeigte auch Haruhiko Hoshinos (Fukuoka/Japan) Darstellung der japanischen Stadt Fukuoka in den fünfziger Jahren trotz der geografischen Distanz erstaunliche Parallelen zu Phänomenen europäischer Großstädte. Nicht nur bezeichnete Hoshino die Präfektur Fukuoka als „japanisches Ruhrgebiet“ (1910 kamen 93 % der japanischen Eisenproduktion aus dieser Region). Auch der bestimmende Einfluss außenpolitischer Ereignisse auf innenpolitische Entwicklungen, namentlich ein von Hoshino erläuteter Zusammenhang zwischen einer Verschärfung der Blockkonfrontation, dem Beginn des Korea-Krieges und Entwicklungen der japanischen Vergangenheitsbewältigung zeigte frappierende Ähnlichkeiten zur deutschen „Vergangenheitsbewältigung“ seit Anfang der fünfziger Jahre: Mit der erfolgreichen Etablierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hätten einflussreiche konservative Kreise der japanischen Gesellschaft ein „Überlegenheitsgefühl“ aufprägen können, in das traditionelle japanische Werte wie Disziplin, Leistung und Pflicht bruchlos integriert werden konnten. Eine öffentliche Auseinandersetzung, z. B. mit dem Einsatz koreanischer Zwangsarbeiter in Fukuoka während des Zweiten Weltkriegs sei bis heute ebenso unterblieben wie eine kritische Beschäftigung mit der Beteiligung am Nanking-Massaker. Die entschiedenste Definition als „Krisenjahr“, als prägende Zäsur mit nationaler wie internationaler Bedeutung, nahm Bernd Stöver (Potsdam) in seiner Analyse von 1953 vor: Wenn der Mauerbau 1961 als „eigentliches Gründungsjahr“ der DDR bezeichnet werde, müsse 1953 als „Einleitung“ dieser Geschichte des Kalten Krieges vorangestellt werden. Nach dem 17. Juni wurde in der BRD die Westbindung zementiert, während im Osten der vormalige „Scheinstaat“ (so Berija in einer Denkschrift Anfang 1953) seine feste Einbindung in den sowjetischen Machtbereich erfuhr. In seiner differenzierten

Untersuchung des außenpolitischen Kontextes distanzierte sich Stöver jedoch von der verbreiteten Annahme, allein innenpolitische Prozesse in der DDR, z. B. die Normenerhöhung, hätten zu einem Aufstand geführt. Vielmehr seien der Tod Stalins und dessen Folgen, im Westen 1953 einsetzende Hoffnungen auf einen politischen Wandel, ein tatsächliches „Tauwetter im Kreml“ und Unruhen im Ostblock entscheidende Voraussetzungen auch des 17. Juni. Berlin selbst war 1953 „Mittelpunkt des Kalten Krieges“, nicht zuletzt als „Kulminationspunkt“ geheimdienstlicher Aktivitäten, die einen vorläufigen Höhepunkt des Systemgegensatzes an der „Nahtstelle“ zwischen Ost und West markierten. Erst diese brisante außenpolitische Mixtur gab dem Aufstand in Berlin die notwendige krisenhafte Rahmenbedingung im „Umbruchsjahr“ 1953.

### **Großstädtische Schlüsseljahre in europäischer Perspektive – Fazit**

Geradezu allgegenwärtig blieb in allen Beiträgen zu den „Schlüsseljahren“ und in ihrer Diskussion ein häufig konflikträchtiges Zusammenspiel von geschichtswissenschaftlicher Forschung und persönlicher Erinnerung oder erinnerungskulturellen Deutungsmustern. Mit dem Fokus auf hamburgische wie deutsche „Schlüsseljahre“ war diese Reibungsfläche bereits in der Tagung angelegt, wenn nicht sogar erwünscht. Zugleich bot die symbolische Aufladung dieser Jahre, ihre expressive Vieldeutigkeit als symbolische Chiffren Raum für das Nachspüren langfristiger Entwicklungen und Gelegenheit zu neuen Periodisierungen. Insofern stellten die Beiträge die von ihnen untersuchten Gegenstände zugleich in den Tagungs- und in den gegenwärtigen Deutungskontext, so dass sich ein dichtes Netz aus geografischen Querschnitten – von Japan bis Kopenhagen – und chronologischen Längsschnitten – von 1923 bis 1953 – entspann. Dass dabei gegenwärtige Deutungskämpfe den Tagungsbeiträgen ein erhöhtes Konfliktpotenzial verliehen, zeigte nicht zuletzt die hitzige Diskussion am Ende der dritten Sektion zu „1943“ oder die abschließende Podiumsdiskussion: Immer gaben die historischen Erkundungen auch Anlass zu Exkursen in die aktuelle Geschichtspolitik, so dass mit der Auseinandersetzung um das Holocaust-Mahnmal in Berlin, um die Beschäftigung mit der Vertreibung nach 1945 weitere „Schlüsseljahre“ gestreift wurden. In der Rezeption z. B. der Vorträge zu 1943 manifestierte sich neben dem emotionalen Gehalt historischer Forschung auch die spannende Frage nach unterschiedlichen Deutungsperspekti-

ven. Besonders bei der Interpretation symbolträchtiger Schlüsseljahre ließen sich auf der Tagung z. T. gravierende Gegensätze zwischen Erfahrungen und Intentionen des Historikers und denen des von geschichtswissenschaftlicher Interpretation betroffenen Zeitzeugen verorten. Diese in der Diskussion aufgezeigte Dichotomie verschiedener Deutungsperspektiven weist mittelbar auf einen zweiten grundlegenden Aspekt der Tagung, die Frage nach der Repräsentativität der Städteforschung: Das scheinbar Beispielhafte der jeweiligen Stadtgeschichte bedurfte häufig der Reflexion soziokultureller Gegensätze von Stadt zu Stadt oder von Stadt- zu Landbevölkerung sowie der Einordnung in nationale, wie auch internationale Zusammenhänge und langfristige Prozesse. Die auf der Tagung realisierte ‚Europäisierung‘ der Stadtgeschichte und die historische Einbettung der Schlüsseljahre in den „Kontext europäischen Leidens“ (Dorothee Wierling, Hamburg) umriss insofern wichtige Rahmenbedingungen des Forschungsfeldes zukünftiger stadtgeschichtlicher Beiträge. Eine Tagung mit dem Titel „1923 – 1933 – 1943 – 1953“ zielt weniger auf historische Grundlagenforschung zu Forschungsdesideraten als vielmehr auf eine Differenzierung und Kontextualisierung von Ereignissen, die häufig bereits zu Schlagworten geronnen sind und deren nachträgliche Verarbeitung und Analyse mittlerweile zu einer eigenen, einer „zweiten Geschichte“ (Peter Reichel) geführt haben. Die Tagung der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg führte insofern auch beispielhaft vor Augen, wie die Geschichtswissenschaft den Anforderungen dieser ‚beiden Vergangenheiten‘ herausragender Schlüsseljahre in einer vergleichenden stadtgeschichtlichen Perspektive gerecht werden kann.

### **Anmerkungen:**

- 1 Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München 1999, S. 206.
- 2 Zur aktuellen Luftkriegsdebatte vgl. die Zusammenstellung wichtiger Beiträge von Lothar Kettenacker (Hrsg.): Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940–45, Berlin 2003, sowie von Klaus Naumann: Bombenkrieg – Totaler Krieg – Massaker. Jörg Friedrichs Buch „Der Brand“ in der Diskussion, in: Mittelweg 36 12 (Heft 4/2003), S. 49–60. Zur Diskussion des 17. Juni an seinem fünfzigsten Jahrestag vgl. z.B. den Tagungsbericht in H-Soz-u-Kult über die Tagung „Wem gehört der 17. Juni“ der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=250>.
- 3 Jörg Friedrich: Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, Berlin 2002, S. 437

Bericht erstmals veröffentlicht in „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ (IMS), 2/2003; H-Soz-U-Kult.



# **Das Krisenjahr 1923 in München: Hyperinflation, Hitlerputsch und Erinnerungskultur**

---

Zu reden ist über ein Schlüsseljahr deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert und zwar mit Blick auf das Spezifische der Ereignisse in der Stadt München im Jahr 1923. Dem Generalthema der Tagung entsprechend, soll es auch um individuelle und kollektive Erinnerungen gehen, die sich nicht nur mit diesem Jahr und diesem Ort verbinden, sondern die zugleich auch das 20. Jahrhundert prägten. In dieser Hinsicht ist München zweifellos ein besonders markanter Erinnerungsort und zugleich ein Fixpunkt nationaler Geschichte. In der Rede von der „Hauptstadt der Bewegung“ verdichtete sich frühzeitig die ihr zugeschriebene Bedeutung. Für die gescheiterten Putschisten Erich Ludendorff und Adolf Hitler wurde sie zum Synonym einer möglichen neuen Zukunft, die mit dem geplanten „Marsch auf Berlin“ beginnen sollte. München beschrieb damit einen möglichen Weg aus der Krise mit dem Ziel der „Erneuerung Deutschlands“, eine Geschichte, welche von der Zeitgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, mit Blick auf die Jahre 1933 und 1945 als „Anfang vom Ende“ (Gerd Krumeich) umgeschrieben (?) wurde.

Schon den Zeitgenossen erschloss sich das Jahr 1923 nicht primär durch den Hitlerputsch im November, sondern durch die Dramatik der sich rapide beschleunigenden Inflation, die fast alle Aspekte des Lebens tangierte – und das in München ebenso wie in Hamburg oder anderswo. Im Gegensatz zu einer Betrachtungsweise, welche das Spezifische der Ereignisse unserer Städte im Jahr 1923 in den Mittelpunkt stellt, lässt sich umgekehrt argumentieren, dass die Bedeutung und der Stellenwert des Jahres 1923 in der Geschichte des 20. Jahr-

hunderts gerade auf das Fehlen einer klar umrissenen räumlichen Kontingenz zurückzuführen ist und sich gerade deswegen so tief in das Gedächtnis einprägte. Das Jahr 1923 ist geprägt von einer bemerkenswerten Gleichzeitigkeit möglicher Erfahrungen der damals Lebenden, wobei es von besonderem Interesse ist, wie diese Erfahrungen mittels persönlicher wie fiktiver Geschichten, massenmedial vermittelter Bilder und der älteren Kultur- und Sittengeschichten und dann auch der Historie in die Geschichte des 20. Jahrhunderts eingeschrieben wurden. Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass es von Anfang an eine mediale Öffentlichkeit gab, die es möglich machte, persönliche Erfahrungen kollektiv zu thematisieren, sie einzuordnen und zu typisieren, damit aber auch – dieser Punkt ist nicht zu unterschätzen – in einer spezifischen Art und Weise individuell und kollektiv „erfahrbar“ zu machen. Ein Blick auf andere Ereignisse wie z. B. den Bombenhagel des Krieges wird zeigen, dass diese das kollektive Gedächtnis prägenden Medialisierungen alles andere als selbstverständlich sind. Wenn es eine Geschichte oder vielleicht besser eine Vielzahl von Geschichten der erinnerten Gleichzeitigkeit des Jahres 1923 gibt, dann sind es die der „Verlierer“, der Opfer der Inflation, die über Entbehrungen, Verluste, vielfältige Entwertungsvorgänge, aufgezwungenen Erfahrungswandel sprachen – übrigens selbst noch dann, wenn man mit Fug und Recht vermuten darf, dass es auch noch andere als negative Erfahrungen gab. Aber das ist denn auch schon die Signatur des Jahres: Kollektiv verdichteten sich diese Geschichten zu einer Geschichte der Krisen, eben dem „Krisenjahr 1923“, in dem während des „Hexensabbats“ der Hyperinflation für kurze Zeit alles möglich zu sein schien und sich – am Ende fast schon entgegen aller Erwartungen – doch vergleichsweise wenig änderte.

Der Krisendiskurs der Zeit gewann seine Überzeugungskraft nicht zuletzt aus der Tatsache, dass individuelles und kollektives Schicksal sich zu überlagern schienen. Abzulesen ist das daran, wie sich auch in der Erinnerungsliteratur Mikro- und Makrogeschichte vermischten. Das Jahr begann mit dem in München wie in ganz Deutschland anzutreffenden Protest gegen die französische Ruhrbesetzung, welche als „Vergewaltigung“ und als Fortführung des vergangenen Krieges mit anderen Mitteln verstanden wurde. Die Gleichzeitigkeit der durch Protestveranstaltungen, Resolutionen, Predigten und Leitartikel angefeuerten nationalen Emotionen ließ die Zeitgenossen Parallelen zu den Augusttagen des Jahres 1914 ziehen, mit dem nicht unwesentlichen Unterschied, dass

der Protest gegen die französische Ruhrbesetzung zunächst tatsächlich über das ganze Parteien- und Vereinsspektrum reichte. Man stößt auf eine an die eigene, wie die kollektive Notlage appellierende Sprache verbunden mit einem scharfen Aufruf zur – aus der Ohnmacht geborenen – existentiellen Selbstverteidigung und zur Gegenwehr. Dabei mochte es auch in München zunächst ohne weiteres so erscheinen, als ob der „passive Widerstand“ – zumal unter Obhut der konservativen Reichsregierung Cuno – republikanische Energien zu mobilisieren vermochte.

Diese außenpolitischen Ereignisse ließen und lassen sich ohne weiteres mit der Geschichte der Geldentwertung in Verbindung bringen. Der Übergang zur Hyperinflation erfolgte zwar schon im Spätsommer 1922 und mit den Wirtschaftshistorikern mag man, allemal aus der sicheren Position des historischen Blicks, argumentieren, dass es im Hinblick auf die verteilungspolitischen Folgen der Geldentwertung keinen so großen Unterschied gemacht hätte, ob man Ende 1922 oder ein Jahr früher oder später die Währung stabilisierte. Allenfalls für die riesigen öffentlichen Schulden war dies von Bedeutung. Aber politisch wie psychologisch war die parallele Entwicklung von sich beschleunigender Geldentwertung und passivem Widerstand, wie schon in den Jahren zuvor die von Geldentwertung und Reparationsfrage von großer Bedeutung. Denn so ließ sich in offiziellen wie in persönlichen Erklärungen diskursiv ein Konnex zwischen dem Schicksal der Nation, dem Schicksal des Geldes und dem Schicksal des Einzelnen herstellen: Zerstört werde die nationale wie individuelle Lebensgrundlage. Solche Erklärungen findet man übrigens selbst dann noch, wenn man, wie das bei vielen Zeitgenossen der Fall war, die Ursachen der sich beschleunigenden Inflation auf die eigennützigen Interessen einzelner Individuen wie Hugo Stinnes, auf Hamburger Bankiers und Kaufleute im Bunde mit am Export interessierten Sachwertbesitzern oder noch sehr viel pauschalisierender bei „den Juden“ suchte, die, wie die radikale Rechte der Öffentlichkeit einzuhämmern versuchte, ohnehin im Bunde mit den Feindmächten stünden. Entsprechend vielschichtig ist die Sprache der Notwehr, welche zugleich eine dezidierte Sprache der Gewalt war und sich scheinbar unaufhaltsam ausbreitete: Sie richtete sich gleichermaßen nach außen, gegen die Feindmächte, die Deutschland in einen „kolonialen Status“ zu zwingen schienen, ebenso wie nach innen, gegen die allgegenwärtigen „Kriegs- und Inflationsgewinnler“ mit ihrem zuweilen scheinbar mehr kapitalistischen, ein andermal mehr jüdischen Gesicht.

Der Rhythmus der Geldentwertung während der Hyperinflation schuf eine spezifische Form sozialer Gleichzeitigkeit. Die Erinnerung an den gebannten Blick auf den in immer kürzeren Abständen angezeigten Dollarkurs ist dafür ein gutes Beispiel. Denn wer sich dem sich über die ganze Gesellschaft ausbreitenden, synchronen Vorgang der Geldentwertung zu entziehen versuchte oder – schlimmer noch – ihn nicht verstand, gehörte unentrinnbar zu den Verlierern. Individuelle und kollektive Zeithorizonte, so der Topos, schrumpften: Die Gegenwart holte die „Menschen von gestern“ (Stefan Zweig) ein. Sie wurden in der Gegenwart vergesellschaftet. Der Verlust bürgerlicher „Sekurität“ wurde von einem Teil der Mittelschichten als Proletarisierung empfunden, eben als ein Vonder-Hand-in-den-Mund-Leben in einer Gegenwart, die allenfalls eine trostlose Perspektive für die Zukunft zu bieten schien. Die individuellen, auch von Historikern rekonstruierbaren Geschichten drehten sich um die Tücken des sich entwertenden Geldes, das scheinbar feststehende Erfahrungshorizonte sprengte. Für mindestens zwei nachfolgende Generationen wurden diese Geschichten zum biographischen Familien- und Erinnerungsschatz. Und selbst unsere älteren akademischen Debatten über „harte“ und „weiche“ Wissenschaft, die Angst vor dem Abgleiten in den „Relativismus“, lassen sich noch hier verorten. Es ist bezeichnend für diese Geschichte der Verlierer, dass in ihr viele alternativen Erfahrungsgeschichten nicht auftauchen; erfolgreiche individuelle finanzielle Spekulationen; die Tatsache, dass in vielen Teilen des Reiches bis weit in den Herbst hinein Vollbeschäftigung herrschte; oder die 1923 allgegenwärtige Freizeit-, Fest- und Amüsierkultur auf Sportplätzen, Rennbahnen oder im oberbayerischen Touristenparadies, wo man den in Massen in den „billigeren“ Süden strömenden Hamburger Touristen zur Not auch Papiergeld, lieber aber noch „harte“ Devisen abknöpfte.

Hinzuweisen ist auf ein interessantes Paradox, das es zu verstehen gilt, will man dem Jahr 1923 und seinen Nachklängen in der deutschen Geschichte auf die Spur kommen. Denn wenn auf der einen Seite das Bewusstsein erfahrener Gleichzeitigkeit in den Vordergrund rückte, so doch immer in Verbindung und mit Hinweis auf soziale Differenzen. Das Alter-Ego des „Verlierers“ war der „Gewinner“. Dieses polare Schema wurde von den Zeitgenossen exzessiv durchdekliniert: Konsumenten gegen Produzenten, Stadt gegen Land, Sachwertbesitzer gegen Geldbesitzer, Luxus gegen Armut, Junge gegen Alte, Juden gegen Deutsche, um nur einige der wichtigsten Topoi zu nennen. Mit Blick auf

den Gruppenegoismus sprachen viele von einer „Wolfsgesellschaft“, in der nur die Stärksten überlebten.

Mit der sich im Winter 1923/24, d. h. nach der Währungsstabilisierung, ausbreitenden dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Not wurde diese soziale Polarisierung teilweise von der Debatte über die „Aufwertung“ abgelagert. Diese spitzte sich schnell und unversöhnlich zu: Hatte der Staat als Gläubiger nicht wissentlich, ja sogar willentlich das Vertrauen seiner Bürger missbraucht und damit nicht gegen die Grundsätze von „Treu und Glauben“ verstoßen? Widersprach das Prinzip „Mark=Mark“, mit dem sich der Staat mit der Währungsstabilisierung aller seiner Schulden zu entledigen versuchte, nicht dem gesunden Rechtsempfinden? Wahrscheinlich handelte es sich bei dem Vorwurf des vorsätzlichen Betrugs seitens des Staates, der, wie es hieß, einmal mehr in Allianz mit wirtschaftlichen Interessen agierte, um eine der schärfsten, gegen die neue politische Ordnung aufgefahrenen Waffen. Auf die interessanten Weiterungen dieser Debatten über ein „Volksrecht“, das sich dem „positiven Recht“ entgegenstellen ließ, kann ich hier nicht weiter eingehen, auch wenn sich an dieser Stelle zeigen ließe, wie sich die Erinnerung an die Inflation im juristischen Diskurs nachhaltig festsetzte.

Nicht zufällig verglichen viele zeitgenössische Beobachter die Situation 1923 mit einem gefährlichen Hochdruckkessel, und das ganze Jahr über gab es besorgte Stimmen und Hinweise auf bevorstehende soziale und politische Explosionen. Die Menschen wurden mit Geldnoten überschwemmt, die in Um-, Auf- und Neudrucken eine verwirrende Bildsprache entwickelten. Staatliche Hoheitszeichen wurden entwertet, und die Bilder der physischen Vernichtung des Geldes am Ende der Inflation, mit der aus wertlosem Geld wieder Papier wurde, prägten sich tief in das kollektive Gedächtnis ein; sie wurden gewissermaßen zum Urbeispiel von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Wertverlusten und Umwertungsvorgängen.

In dem Maß wie mit der Geldentwertung der Kredit des Staates sank, schwand dessen Autorität. Auch in München schwirrten nicht erst seit dem französischen Ruhreinmarsch Gerüchte umher, dass demnächst „etwas losgehe“. Als eine Möglichkeit galten soziale Unruhen gegen die Teuerung mit eskalierender Straßengewalt, ein Szenario, das nicht ganz zu Unrecht mit der (wie wir heute wissen wenig erfolgreichen) Strategie der KPD in Verbindung gebracht wurde. Oder würde ein „starker Mann“ aus den Reihen des Militärs, der

Konservativen oder der Völkischen als Diktator einen Weg aus der scheinbar verfahrenen Situation weisen? Das Problem bestand darin, dass nach Meinung der Aktivisten jeder Couleur die politische Situation erst einmal katastrophisch erfahrbar sein musste. Die Rede von der „bevorstehenden Krise“ basierte bei vielen nicht zuletzt auf einem strategischen Kalkül; denn dieser zeitgenössische Krisendiskurs mit seinen vielfältigen sozialen und politischen Zusammenbruchs- und Bürgerkriegsszenarien musste, wie vielfach reflektiert wurde, erst den oft beschworenen möglichen katastrophischen Zustand erzeugen, ein, wie mir scheint, auch von Historikern in der Tat oft übersehener Aspekt der Krise des Jahres 1923. Putschpläne der KPD nährten die der politischen Rechten und umgekehrt.

In diesen Szenarien nahm die oberbayerische Metropole einen festen Platz ein, und zu sprechen ist in diesem Zusammenhang von der historischen Kontinuität der Ereignisse, die der Stadt München einen speziellen Ort in der Erinnerungsgeschichte des 20. Jahrhunderts zuwies: Alle Wege in eine mögliche „nationale Diktatur“ – wie auch immer diese aussehen sollte – führten die Pläneschmiedenden 1923 nach Bayern und dort in das behäbige München, wo „Deutschlands Erneuerung“ seinen Anfang nehmen würde. Ähnlich wie die Reichshauptstadt Berlin war München bis 1923 längst zu einer politisch-kulturellen Chiffre der politischen Auseinandersetzungen geworden. Die bayerische Hauptstadt wurde zum Synonym für eine tief sitzende Verweigerungshaltung gegenüber den politischen, sozialen und kulturellen Veränderungen seit dem Krieg, eine Eigenwilligkeit, welche durch den mobilisierbaren Appell an den Geist des Separatismus immer wieder neue Nahrung zu bekommen schien. Die Eskapaden der revolutionären Bewegung im Frühjahr 1919 können dafür als ein Beispiel gelten, mehr noch, die sich daran anschließende gegenrevolutionäre Mobilisierung mit ihrer scharfen Spitze gegen die „bolschewistische Novemberrepublik“, welche regelmäßig nicht nur von völkischen Gruppen mit „jüdisch“ umschrieben wurde. Nicht die pragmatische sozialdemokratische Münchener Stadtregierung mit ihren vielfältigen Normalisierungsbemühungen, sondern die gegenrevolutionäre Koalition von Militär, Polizei, Staatsverwaltung, Wehrverbänden und klerikalen, monarchisch-separatistischen Kräften prägten nach 1919 das Image der Stadt in den politischen Auseinandersetzungen. Das Ausnahmerecht der Notverordnungen war das Fundament dieses ausgesprochen autoritären Ordnungsverständnisses. Nach den tödlichen Attentaten auf die

Reichsminister Matthias Erzberger und Walter Rathenau galten München und Oberbayern als Hort der politischen Reaktion; denn hier fanden die Attentäter offenbar Schutz.

Als in einem Heft der liberalen „Neuen Rundschau“ aus dem Jahr 1922 die verschiedenen Krisen der Gegenwart thematisiert wurden – Historiker kennen den dort abgedruckten Aufsatz über die „Krise des Historismus“ des Religionssoziologen Ernst Troeltsch – war in einem Beitrag des linken Nietzsche-Apostels Otto Flake auch die Rede von München. Unter dem Pseudonym Werenwag beschrieb er seine alptraumhafte Reise von den Höhen der Alpen über das bayerische Oberland nach München und dann nach Berlin. Hier finden sich all die Topoi des Phänomens der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“, das den Zeitgenossen in diesen Jahren so sehr bewusst wurde.

Niemand wache in München über die bürgerlichen Rechte, vielmehr bekannten sich hier alle „masochistisch zur Bürgerpflicht des Parierens“, hieß es bei Flake, der hier mit Blick auf die konkrete Politik der „Bayerischen Ordnungszelle“, wie sich die bayerischen Regierungen selbst zu bezeichnen pflegten, den Diskurs über den deutschen Untertanengeist fortspann.

Der grassierende, gegen den republikanischen Staat gerichtete Monarchismus galt ihm als Ausdruck der Erstarrung, der Beharrung und Passivität: „(d)ie gebildeten Schichten waren unfähig, sich zu wandeln. Von den schmutzigsten Demagogen geführt, setzten sie ihre besten Kräfte daran, das Rad rückwärts zu drehen“. Aufgegriffen wird hier der Diskurs über politische Rückständigkeit und die Verweigerung gegenüber der Republik.

In diesem Milieu grassierte der Antisemitismus. Man wolle, so Flake sarkastisch, den einzigen loswerden, der „ihrer Stadt noch etwas wie einen Inhalt gab, den jüdischen Kapellmeister, der Mozart spielen konnte“. Das ist der Diskurs über den rechten, populistischen Nationalismus gepaart mit Antisemitismus, der in dem kleinbürgerlichen Milieu der Stadt reichlich Nahrung zu finden schien.

Mindestens genauso interessant sind schließlich Flakes Schmähungen des verbreiteten „Mammonismus“, den nicht nur er allenthalben in München und im bayerischen Oberland ausmachte: Oberammergau wie München lebten vom Touristennepp. Die Alpenromantik schien von Geld und habgierigen Bauern verseucht, originäre Volkskultur durch Geld ausgehöhlt. Hier finden sich Elemente des spezifischen Inflationsdiskurses über die zersetzenden Kräfte, welche

das Geld auf die Kultur ausübte, und die sich, so die vielfache Diagnose, tief in die Gesellschaft hineinfraßen.

Man befand sich, wie Thomas Mann wenige Jahre später, nach den Ereignissen 1923, schrieb, in einer „Zeit des Kampfes“, im „Kampf um München“, wie der Titel seines Vortrages lautete. Die Stadt drohe zu einer „patriotisch(en) Provinzstadt“ zu degenerieren: „Wir haben uns des renitenten Pessimismus geschämt, der von München aus der politischen Einsicht Berlins, der politischen Sehnsucht einer ganzen Welt entgegengesetzt wurde; wir haben mit Kummer sein gesundes und heiteres Blut vergiftet gesehen durch antisemitischen Nationalismus und Gott weiß welche finsternen Torheiten. Wir mussten es erleben, dass München in Deutschland und darüber hinaus als Hort der Reaktion, als Sitz aller Verstocktheit und Widerspenstigkeit gegen den Willen der Zeit verschrien war, mussten hören, dass man es eine dumme, die eigentlich dumme Stadt nannte.“

Man darf nicht übersehen, dass diese kritischen Fremdzuschreibungen zugleich vielfältige Topoi der Selbstbeschreibung eines selbstbewussten „Mir san mir“ waren. Denn die so Angegriffenen positionierten sich gegen die „Moderne“, egal ob es sich um den „Schweinskram“ der künstlerischen Avantgarde, Juden oder die Novemberrepublik handelte: Berlin war der Oberbegriff dieses Syndroms der Moderne. Der Slogan vom „Marsch auf Berlin“, welcher 1923 in München die Runde machte, implizierte denn auch weit mehr als eine anzustrebende und notwendige politische Revision.

Die Chancen für eine solche Revision waren 1923 günstig. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Erstens, auch außerhalb Bayerns bestand ein weitgehender Konsens darüber, dass die rapide Beschleunigung der Inflation seit dem Winter 1922/23 fast automatisch in eine mit parlamentarischen Mitteln kaum mehr zu bewältigende Krise der sozialen und politischen Ordnung und damit des Staates münden würde, wobei – ich habe schon darauf hingewiesen – diese Konstellation auch als Chance betrachtet wurde.

Zweitens, diese kommende Krise ließ sich, so ebenfalls die verbreitete Meinung, nur durch einschneidende „diktatorische Maßnahmen“ beheben. Dabei standen ganz alltägliche Fragen wie die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln im Vordergrund, und nicht zufällig nimmt die Notwendigkeit einer „Wirtschaftsdiktatur“ in den Diktaturdebatten des Jahres 1923 einen promi-



nenten Platz ein. Wie schon während des Krieges wurzelten sie in populären Vorstellungen eines „Notrechts“ der kollektiven Selbstverteidigung, das es notfalls auch möglich machte, die engen Grenzen des (Privat-)Rechts zu brechen. Der Radikalismus der NSDAP, der ganz auf die Sphäre der Zirkulation zielte – der Kampf gegen die „Schieber“ und „Wucherer“ – stellte für staatliche Stellen in München eine ganz besondere Herausforderung dar und ließ den Ruf nach Maßnahmen „von oben“ besonders laut werden.

Drittens, so sehr man im rechtsrheinischen Bayern den Separatismus bekämpfte, so sehr pflegte ihn die bayerische Regierung. Die ergriffenen Maßnahmen waren dramatisch: Zu nennen ist hier nicht nur die im Zusammenhang mit der Aufhebung des passiven Widerstands des Reiches Ende September eigenständige Erklärung des Ausnahmezustandes und die Berufung eines Generalstaatskommissars mit „diktatorischen Befugnissen“; dazu zählte aber beispielsweise auch die von diesem in Angriff genommene Konfiskation des in Bayern lagernden Reichsbankgoldes als mögliche Voraussetzung für eine eigene bayerische Währung, die groß angelegte Ausweisung von Juden. Zweifellos ein Akt des Landesverrats war die Vereidigung der bayerischen Reichswehreinheiten auf den bayerischen Staat, die einher ging mit der Erklärung, dass die Reichsregierung kein Recht habe, sich in bayerische Angelegenheiten einzumischen.

Die letzte Option war eine von München ausgehende „nationale Revolution“, und sei es durch einen „Marsch auf Berlin“. Nun, diese Revolution fand bekanntlich nicht statt – jedenfalls nicht 1923 und schon gar nicht unter der Obhut derer, die sich wie der bayerische Generalstaatskommissar von Kahr als „starke Männer“ und potentielle Diktatoren betrachteten.

Die Szenen, welche sich in der Nacht vom 8. auf den 9. November im Bürgerbräukeller abspielten, sind oft beschrieben worden: Der bayerische „Diktator auf Zeit“, von Kahr, nahm den vierten Jahrestag der Revolution zum Anlass, die persönlich geladene konservative Elite Münchens auf den Kampf gegen die Novemberrepublik und den „Bolschewismus“ – wohlgermerkt den der Berliner Koalitionsregierung – einzuschwören: Mitten in der Rede drangen Hitler und seine Mannen in den Bierkeller ein, zwangen von Kahr und seine engen Mitstreiter, den Chef der Landespolizei und den Wehrkreiskommandeur von Bayern, in ein Nebenzimmer, um sie zum Losschlagen zu bewegen, wovon diese selbst seit Wochen unentwegt gesprochen hatten, ohne sich zum Handeln ent-

scheiden zu können. Unter Druck gesetzt, so jedenfalls ihre ziemlich glaubhafte nachträgliche Begründung, gaben sie dem entschlossenen Ansinnen Hitlers nach, allen voran von Kahr, der Hitler auf der Bühne demonstrativ die Hand drückte – und zwar unter frenetischem Beifall des anfänglich zögerlichen Publikums, das Hitler schon zuvor mit einer kurzen Rede auf seine Seite gebracht hatte. „Entweder beginnt heute Nacht die deutsche Revolution oder wir sind alle morgen früh tot!“, so die überlieferten Worte Hitlers.

Keine 24 Stunden später war der Spuk zu Ende und einige wichtige Mitkämpfer auch tatsächlich tot. Bereits aus der Sicht vieler zeitgenössischer Kommentatoren war München um einen Theaterstreich reicher, ein Topos, der oft genug in der Literatur aufgegriffen wurde. Aber es gibt keinen Grund, die Situation zu trivialisieren. Der Weg, der 1923 eingeschlagen worden war, scheiterte zwar kläglich und die „starken Männer“ hatten sich gründlich diskreditiert. Aber im Frühjahr 1924 gelang den Völkischen im ganzen Reich ein großer Wahlerfolg, der in München ohne das Frauenwahlrecht übrigens noch dramatischer ausgefallen wäre. Die brutalen Folgen der Währungsstabilisierung, ablesbar in einer phänomenal hohen Arbeitslosigkeit, extrem niedrigen Realeinkommen und zahllosen Firmenpleiten, bildeten den dramatischen Schlusspunkt der Inflationszeit: Die Hitlerbewegung blühte in der Krise. Allgegenwärtig ist der öffentliche Appell, mit der an die vermeintlichen Ursachen erinnert wurde, sei es an die Deutschland „kolonialisierenden“ Feindmächte, die Juden oder die Profiteure der Inflation. Es war eine Geschichte der Katastrophen, welche sich in die Niedergangsgeschichte Deutschlands seit Kriegsende einreihete.

Wenngleich im November die „Erneuerung Deutschlands“ nicht begann, so markierte das Jahr einen wichtigen Einschnitt, ja es gibt nicht nur wegen des kurzfristigen Massenzulaufs, den die Völkischen verbuchen konnten, einige Gründe, die dafür sprechen, dass 1923 das eigentliche Gründungsjahr der NSDAP darstellt, den Zeitpunkt an dem die Partei zu sich selbst fand. Ähnliches ließe sich übrigens für die KPD sagen, deren „heroischer Aufbruch“ im Herbst 1923 kläglich scheiterte, aber es ist nicht meine Aufgabe in diesem Vortrag, dies auszuführen.

Erstens, oft genug und zu Recht wurde von Historikern darauf hingewiesen, dass mit dem Scheitern des Abenteurers 1923 sich Hitler für die Strategie einer „legalen“ Machtergreifung entschieden habe. Vor diesem Hintergrund ist jener Handschlag Hitlers mit dem Generalstaatskommissar von Kahr am Abend

des 8. November zu sehen, ein Handschlag, der nach dem pöbelhaften Auftritt Hitlers das geladene Münchener Publikum im Bürgerbräukeller nach anfänglicher Skepsis – „Südamerika“ riefen einige – zu Begeisterungstürmen hinriss, und der von so großer Bedeutung sein sollte. Alle wollten schon Stunden später diesen symbolischen Handschlag vergessen machen: Für den Kreis um von Kahr waren die noch wenige Tage zuvor umworbenen völkischen Führer Hitler und Ludendorff nun landesverräterische und verantwortungslose Putschisten; für diese war von Kahr wiederum ein übler Verräter im „Dienste der Pfaffen“, wie es in einem scharfen kulturkämpferischen Jargon auf den Straßen der Stadt zu hören war. Für Hitler zeigte der Wortbruch von Kahrs und „der Verrat vom 9. November (...) eine Fäulnis im ‚nationalen Lager‘, welcher der Fäulnis der Revolte im November 1918 nichts, aber auch gar nichts nachgab (...)“. Die Rechnungen wurden 1934 beglichen. Aber bekanntlich wiederholten sich an anderen Orten und in anderen Situationen solche Handschläge, deren symbolische Bedeutung nicht weniger wichtig sein sollte, als die taktisch-politischen Überlegungen und politischen Herrschaftsarrangements.

Zweitens, 1923 gelang es der Partei und allemal Hitler aus ihrem obskuren Dasein auszubrechen und weit über Bayern hinaus verschlungene Netzwerke aufzubauen, die trotz scharfer staatlicher Repressionen nie zerschlagen wurden. Und nicht nur das: Das Programm der NSDAP war zwar ein paar Jahre älter. Aber wie wir heute wissen, waren die Verfassungspläne, die man bei dem honorigen Beamten Theodor von der Pfordten, einem der Toten vor der Feldherrenhalle, fand, nicht nur Gedankenspiele eines einzelnen, sondern reichsweit abgestimmt. Selbst wenn man argumentiert, dass von diesen Plänen wenig spezifisch nationalsozialistisch war, sondern den Geist vieler Diktaturpläne des Jahres 1923 widerspiegelte, so werfen konkrete Pläne wie das Aufheben der Reichsverfassung, der parlamentarischen Körperschaften, des Vereins- und Versammlungsrechts, der Pressefreiheit, ferner das Streikverbot oder Bestimmungen, dass alle in Deutschland sich aufhaltenden Angehörigen des jüdischen Volksstamms männlichen und weiblichen Geschlechts jeden Alters, Standes und Berufs in „Sammellager zu überführen“ seien, einen beklemmenden Schatten in eine nicht so ferne Zukunft. Die Konkretisierung dieser seit langem zirkulierenden Diktaturpläne kennzeichnet das Jahr 1923.

Drittens, die Ereignisse des 9. November 1923 legten die Grundlage für einen neuen Mythos. Die Erinnerung an das „Blutopfer“ vor der Feldherren-

halle wurde bald jährlich mit immer aufwendigeren Mitteln der Massenchoreographie inszeniert und verhalf München zu seinem Ruf als „Hauptstadt der NS-Bewegung“. Dabei wurde die Geschichte des Jahres 1923 allgemein und speziell die der Stadt München als Teil der NS-Geschichte eingeschrieben – man schaue sich dazu nicht nur die offiziellen Verlautbarungen, sondern auch die in den Zigarettenalben der dreißiger Jahre nachzulesende Geschichte an. 1923 wurde als ein Neuanfang hypostasiert, der trotz der Niederlage in die Zukunft verwies. Wie Reinhard Rürup schon vor langer Zeit konstatierte, war die vorgebliche Spontaneität des Pogroms vom 9. November 1938 nur möglich aufgrund der alljährlichen Massenmobilisierung der nationalsozialistischen Bewegung zum Gedenken an 1923. Es handelte sich um einen Mythos, der seine Logik der Gewalt aus dem Appell zur Selbstverteidigung zog, wobei sich die Grenzen zwischen inneren und äußeren Feinden verwischten.

Wann schwindet die Erinnerung an das Jahr 1923 in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts? Die langsame, wenn auch nicht vollständige Zersetzung der Mythen nationalsozialistischer Selbstbeschreibung beginnt zweifellos während des Krieges, wohl nicht zuletzt in der Folge des Bombenhagels; dem widerspricht nicht das von Demoskopern in den fünfziger Jahren ermittelte Meinungsbild, dass bemerkenswert viele Bundesbürger der Meinung waren, dass eine im Prinzip „gute Idee“ von den Nationalsozialisten nur schlecht ausgeführt worden sei. Es handelt sich um den Nachhall der sozialen Erinnerung an die wirtschaftlichen Krisen der Zwischenkriegszeit, welche sich in eine Geschichte der Viktimisierung breiter Bevölkerungsschichten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einreichte. Der Appell an diese Erinnerungen bildete zugleich Hintergrundmusik für die Normalisierung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens der frühen Bundesrepublik (wie unter ganz anderen Bedingungen auch für das der DDR). Im Bundestagswahlkampf 1980 wurde der individuelle und kollektive Erinnerungsschatz einer älteren Generation an die Inflation wohl zum letzten Mal politisch aktiviert: Ein Hamburger namens Schmidt ruiniere die harte deutsche Währung, polemisierte ein Münchner namens Strauß. Auf den Wahlgag von CDU/CSU-Aktivisten, die Kopien von D-Markscheinen mit aufgedruckten Nullen in Umlauf setzten, reagierte man in den Reihen der Bundesregierung empört, was auch darauf zurückzuführen ist, dass Schmidt wohl der letzte Bundeskanzler war, der die Meinung vertrat, die Geschichte der Weimarer Republik mit ihren wirtschaftlichen, sozialen und poli-

tischen Krisen bilde das für Erfolg bzw. Misserfolg der Bundesrepublik entscheidende Lehrstück.

Schon im Krieg begannen die Münchener Prachtbauten, welche die Erinnerung an den 9. November wach halten sollten, zu verwaisen und wurden für die Stadt München bald zu einer lästigen Erbschaft, die nach Überzeugung vieler besser durch Bomben zerstört worden wäre. Nicht erst seit den Vorbereitungen für die Olympischen Spiele 1972 versuchte sich die Stadt ein neues „Image“ zuzulegen. Der Abriss des Bürgerbräukellers weckte nochmals viele Erinnerungen an das Jahr 1923. Das an seiner Stelle zu Beginn der achtziger Jahre fertig gestellte riesige Kulturzentrum, das die Münchener Volkshochschule beherbergt, inszeniert regelmäßig mehr oder weniger pädagogisch angelegte Vorträge zur „Hauptstadt der Bewegung“. Es handelt sich um Tribute an die historische Erinnerung. Die Emotionen, welche die Erinnerung an das Jahr 1923 über ein halbes Jahrhundert hinweg bewegen konnte, sind dabei aber weitgehend eine Sache der Vergangenheit.

# **Tätigkeitsbericht der FZH**

---

## **für das Jahr 2003**

---

## 1. Personal und Gremien der FZH (Stand 31.12.2003)

<b>DIREKTOR (UND VORSTAND)</b>	<i>Prof. Dr. Axel Schildt</i>
<b>STELLV. DIREKTORIN (UND STELLV. VORSTAND)</b>	<i>PD Dr. Dorothee Wierling</i>
<b>SEKRETARIAT VERWALTUNG</b>	<i>Susanne Linnig Antje Treptow</i>
<b>BIBLIOTHEK</b>	<i>Dipl. Bibl. Karl Otto Schütt</i>
<b>ARCHIV UND DOKUMENTATION</b>	<i>Dipl. Bibl. Angelika Voß-Louis Joachim Szodrzynski Rüdiger Buchholtz, M. A. Ewald Dawid</i>
<b>WERKSTATT DER ERINNERUNG (WDE)</b>	<i>Dr. Linde Apel Frauke Paech, M. A. Kristina Vagt, M. A. (bis 30.6.2003)</i>
<b>WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER</b>	<i>Dr. Frank Bajohr Prof. Dr. Ursula Büttner Prof. Dr. Karl Christian Führer Dr. Uwe Lohalm Ulrich Prehn, M. A. (bis 28.2.2003) Dr. Josef Schmid (bis 30.9.2003) Dr. Detlef Siegfried Monika Siegmund, M. A.</i>

Im Rahmen von Bibliothek, Archiv und WdE waren vier Praktikantinnen und Praktikanten von vier Wochen bis zu drei Monaten beschäftigt, außerdem unterstützen uns einige studentische Hilfskräfte.

## **KURATORIUM**

*Dr. Roland Salchow*

Staatsrat der Behörde für Wissenschaft und Forschung  
der Freien und Hansestadt Hamburg, Vorsitz

*Erhard Pumm*

Deutscher Gewerkschaftsbund, stellvertretender Vorsitz

*Dr. Rita Bake*

Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

*Jörg Hamann*

Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

*Prof. Dr. Arno Herzig*

Vertreter des Präsidenten der Universität Hamburg

*Peter Jaffé*

Jüdische Gemeinde Hamburg

*Wolfgang Marx*

Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

*Prof. Dr. Adelheid von Saldern*

Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats

*Michael Schönherr*

Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

*Dagmar Wiedemann*

Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

## **WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT**

*Prof. Dr. Adelheid von Saldern*

Universität Hannover, Vorsitz

*Prof. Dr. Jürgen Reulecke*

Universität Gießen, stellv. Vorsitz

*Prof. Dr. Ute Daniel*

Universität Braunschweig

*Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel*

Universität Tübingen



*Prof. Dr. Christoph Kleßmann*

Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

*Prof. Dr. Peter Reichel*

Universität Hamburg, Fachbereich Sozialwissenschaften

*Dr. Jill Stephenson*

University of Edinburgh

*Prof. Dr. Barbara Vogel*

Universität Hamburg, Fachbereich Philosophie und  
Geschichtswissenschaft

## 2. Forschung

Konzeptionelle Grundlagen sind gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Beirat erarbeitet und in einem Forschungsplan umgesetzt worden, der vom Kuratorium der FZH Ende 2002 beschlossen worden ist. In monatlich stattfindenden internen Forschungskolloquien wird über den Fortgang der einzelnen Projekte diskutiert, die in fünf Schwerpunkten angesiedelt sind. Über die Grundfinanzierung durch die Freie und Hansestadt Hamburg hinaus haben wir 2003 Drittmittel von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Fritz Thyssen Stiftung, der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung, der Kubah-Stiftung und der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung erhalten.

### **Schwerpunkt: Hamburg im „Dritten Reich“**

Im Mittelpunkt steht die Erarbeitung einer Darstellung, an der neben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FZH auch andere Zeithistoriker aus Hamburg beteiligt sind. Vorgelegt werden soll ein gleichermaßen gut lesbarer wie wissenschaftlich auf dem neuesten Stand der Forschung befindlicher Überblick. Er soll vielfältige Perspektiven auf Hamburg im „Dritten Reich“ eröffnen, die exemplarisch eine großstädtische Gesellschaft im NS-Regime und im Zweiten Weltkrieg erfassen lassen. Das bedeutet zum einen, diese Zeit in die Geschichte des 20. Jahrhunderts einzuordnen, deutsche und lokale hamburgische Traditionen zu berücksichtigen und vor diesem Hintergrund schließlich den Aufstieg der NSDAP in Hamburg zur Massenbewegung vor 1933 ebenso wie den Umgang

mit der NS-Vergangenheit nach 1945, das Gedächtnis der Stadt, zu untersuchen; zum anderen ist, jenseits der Klischees von totaler Gleichschaltung und einer Dichotomie von Terror und Widerstand, ein Bild zu zeichnen, das vor allem den Erfahrungen und Wahrnehmungen verschiedener Gruppen der Bevölkerung breiten Raum gibt und in diesem Zusammenhang auch widerständiges Verhalten realistisch einordnen lässt. Einige der Manuskripte liegen bereits vor, die restlichen werden in den nächsten Monaten fertiggestellt. Die Veröffentlichung soll in einem Band der „Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte“ im Christians Verlag im Frühjahr 2005 erfolgen.

Zu den Aktivitäten in diesem Schwerpunkt zählte auch die Tagung der FZH „1923 – 1933 – 1943 – 1953. Schlüsseljahre der hamburgischen und deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts im nationalen und internationalen Städtevergleich“ am 22./23. Oktober 2003, die vom Senat und der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg mit ca. 12 000 € gefördert wurde (s. den Bericht von Malte Thießen in dieser Broschüre).

### **Schwerpunkt: Hamburgische Eliten im 20. Jahrhundert**

In diesem Forschungsschwerpunkt werden die Bedingungen, Funktionsmechanismen und Formen der Konstruktion und Selbstkonstruktion von Eliten im Sinne von wirtschaftlicher Macht sowie kultureller Hegemonie am Beispiel des städtischen Raumes Hamburg analysiert. Dabei sollen biographische Studien, Arbeiten über verschiedene professionelle Gruppen, die den Eliten zugeordnet werden, über Orte elitärer Sozialisation, politischer und wirtschaftlicher Macht sowie informeller Gesellung erprobt werden. Konzeptionell wird die Verbindung von Stadtgeschichte und Elitenforschung als besonders tragfähig angesehen.

Planmäßig abgeschlossen wurde das drittmittelfinanzierte Projekt „Die KUBAH-Story. Eine Biographie des mittelständischen Hamburger Unternehmers Kurt Barnekow 1910–1998“ (Bearbeiter: Dr. Josef Schmid). Eine Veröffentlichung erfolgt demnächst: Josef Schmid, Kurt Barnekow. Ein Unternehmerleben. Mit einem Vorwort von Udo Bandow, Lübeck (Schmidt-Römhild) 2004.

Im November 2003 hat Dr. Frank Bajohr mit einem weiteren biographischen Projekt begonnen: „Erik Blumenfeld (1915–1997). Eine Biographie“. Die Erkundung des Lebensweges von Blumenfeld, als Sohn eines angesehenen jüdischen Kaufmanns und einer dänischen Gutsbesitzertochter in die Hamburger

Gesellschaft hineingeboren, nach 1933 verfolgt und wegen „Wehrkraftersetzung“ in den Konzentrationslagern Auschwitz und Buchenwald inhaftiert, gilt einem profilierten Unternehmer und einem der wichtigsten hamburgischen CDU-Politiker der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Zur Unterstützung der aufwendigen Recherchen sind von der Behörde für Wissenschaft und Forschung 4500 € für studentische Hilfskräfte bewilligt worden.

Zur Ausschreibung eines Dissertationsprojekts im Forschungsschwerpunkt „Hamburgische Eliten“ hat die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius der FZH ein mit 30 000 € ausgestattetes „Gerd-Bucerius-Doktorandenstipendium“ zur Verfügung gestellt. Die Stelle wird nach – bereits erfolgter – öffentlicher Ausschreibung im ersten Quartal 2004 besetzt werden.

Ein weiteres Projekt ist städtevergleichend angelegt worden: „Zentrale Orte der städtischen Elite im 20. Jahrhundert – Industrie-Club Düsseldorf und Übersee-Club Hamburg“; nach vielversprechenden archivalischen Recherchen ist ein umfangreicher Antrag zur Förderung dieses Projekts bei der Fritz Thyssen Stiftung, Köln eingereicht worden.

#### **Schwerpunkt: Herrschaft, Not und Verfolgung von der Weltwirtschaftskrise bis zum Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg**

Die laufenden Projekte zur öffentlichen Wohlfahrtspolitik in Hamburg 1930–1943 (Dr. Uwe Lohalm), zum Verhältnis von sozialer Realität und dichterischer Fiktion im Werk von Schriftstellern 1943–1953 (Joachim Szodrzyński) und zur gesellschaftlichen Wiedereingliederung ehemals Verfolgter 1945–1953 (Prof. Dr. Ursula Büttner) werden planmäßig verfolgt. Die beiden ersten Projekte befinden sich in der Phase der Niederschrift, das letztgenannte Projekt im Stadium der Quellenerschließung.

#### **Schwerpunkt: Öffentlichkeit und populäre Kulturen**

In diesem Schwerpunkt werden zur Zeit zwei Projekte – Studien zur Medienmetropole Hamburg vom Ende der 1920er bis zum Beginn der 1960er Jahre (Bearbeiter: Prof. Dr. Karl Christian Führer) und zu Konsum, Medien und Politik in der Jugendkultur der 1960er Jahre (Bearbeiter: Dr. Detlef Siegfried) – von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert. Die zunächst bewilligte zweijährige Laufzeit beider Projekte endet Mitte 2004. Beide Bearbeiter sind dabei, ihre Recherchen abzuschließen und haben Teile ihrer Forschungsergeb-

nisse in Publikationen und auf verschiedenen Fachtagungen vorgestellt (s. unter 10. und 11.). Sie werden demnächst mit der Niederschrift umfangreicher Darstellungen beginnen. Die Weiterförderung um jeweils ein Jahr wurde bei der DFG beantragt.

Im Zusammenhang mit dem Projekt über die Jugendkultur der 1960er Jahre werden die Ergebnisse einer internationalen Tagung in Kopenhagen 2002, die von der Fritz Thyssen Stiftung gefördert worden war, in einem englischsprachigen Sammelband veröffentlicht: „Between Marx and Coca Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980“ (Hg. Axel Schildt/Detlef Siegfried), Berghahn Books, New York/Oxford (Ende 2004). Das Gesamtmanuskript liegt bereits beim Verlag und ist positiv begutachtet worden. Der Band wird gefördert mit 3000 € aus dem EU-Fonds der Universität Hamburg für die Übersetzung von Beiträgen und mit einem Zuschuss zu den Druckkosten von der Fritz Thyssen Stiftung von 4678 €.

**Neu hinzugekommen sind im Forschungsschwerpunkt zwei Projekte, die von den Mitarbeiterinnen der WdE bearbeitet werden:**

Die mentalitätsgeschichtliche Studie „Die Katastrophe im Gedächtnis – Zur kulturellen Deutung und lebensgeschichtlichen Bedeutung von Naturkatastrophen am Beispiel der Hamburger Sturmflut 1962“ (Bearbeiterin: Frauke Paech) soll exemplarisch die Visualisierung von Naturkatastrophen in der individuellen und öffentlichen Erinnerung thematisieren; als Quellenbasis dienen vor allem darauf bezogene Interviews, private Fotos und Filmaufnahmen; die Forschungsergebnisse werden als schriftlicher Text und als Dokumentarfilm präsentiert.

Das Projekt „Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 70er Jahre“ (Bearbeiterin: Dr. Linde Apel) zielt auf ein Generationenporträt der Geburtsjahrgänge vom Ende der 1940er bis zur Mitte der 50er Jahre und fragt nach schulischen und anderen Anlässen der Politisierung für „antiautoritäre“ und „konservative“ Schüler; untersucht wird dies vor allem anhand exemplarisch ausgesuchter Hamburger Schulen; als schriftliche Quellenbasis dienen insbesondere Akten des Hamburger Staatsarchivs und in Schularchiven, einschlägige Sammlungen des Hamburger Instituts für Sozialforschung sowie die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in St. Augustin; lebensgeschichtliche Interviews sollen zudem Einblick in

die nicht schriftlich fixierte soziale Praxis, die Bedeutung von Vorbildern, Konkurrenzverfahren, Kompetenzproblemen, informellen Absprachen und der Rekonstruktion personeller Zusammenhänge und Geschlechterverhältnisse dienen. Das Projekt befindet sich in der Phase der Quellenerschließung.

Gerade (Dezember 2003) bewilligt worden ist von der Deutschen Forschungsgemeinschaft das Projekt „Lokale Wiederaufbau-Politik und Geschichtsdeutungen. Kontroversen um kriegszerstörte Baudenkmale in der Bundesrepublik im Spannungsfeld von Experten-Politik und bürgerschaftlichem Engagement 1949–1989“ (Bearbeiter: PD Dr. Georg Wagner-Kyora). Dieses Projekt, das auch Hamburger Fallbeispiele enthält, wird gemeinsam geleitet von Prof. Dr. Adelheid von Saldern (Universität Hannover) und Prof. Dr. Axel Schildt (FZH).

#### **Schwerpunkt: Außenbezüge und globale Netzwerke**

Bewilligt wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft das Projekt „Suburbane Erfahrungsräume: das nördliche Umland Hamburgs von den 1950er bis in die 1970er Jahre“. Das Projekt fragt mit vornehmlich sozial- und kulturgeschichtlichen Ansätzen nach den bisher kaum untersuchten subjektiven Dimensionen der lebensweltlichen Veränderungen, nach den gruppenspezifischen Erfahrungen und Wahrnehmungen, die mit der Entstehung der für unsere heutigen Gesellschaften charakteristischen suburbanen Räume einhergingen. Als Beispiel dient das schleswig-holsteinische Umland von Hamburg, der größten Stadt der „alten“ Bundesrepublik. Dieses Projekt wurde gemeinsam von Prof. Dr. Axel Schildt (FZH) und Prof. Dr. Michael Ruck (Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Schleswig) entwickelt. Der Bearbeiter (Dr. Niels Köhler) wird in der FZH beschäftigt und seine Arbeit am 1. April 2004 aufnehmen.

In der Phase vorbereitender Recherchen befindet sich das von PD Dr. Dorothee Wierling konzipierte Projekt „Kolonialwarenhandel in Hamburg im Wandel des 20. Jahrhunderts“. Das Projekt untersucht am Hamburger Fall die ökonomischen, sozialen und politischen Beziehungen, die sich aus dem Handel mit den Kolonialwaren auf den unterschiedlichen Ebenen ergeben. Der Lebensmittel- und Kolonialwarenhandel hat im Laufe des 20. Jahrhunderts starke Veränderungen durchlaufen, die mit der Konzentration des Einzelhandels, seiner Verlagerung aus dem städtischen Kern und dem Übergang zu großen Ver-

kaufsflächen mit Selbstbedienung verbunden sind, aber auch mit dem Massenkonsum von Kolonialwaren und Prozessen der Entkolonisierung. All diese Prozesse sollen auf ihre soziale Bedeutung, auf ihre Folgen für verschiedene soziale Schichten und für familiäre und städtische Lebensformen in Hamburg untersucht werden. Das Projekt soll als Antrag zur Förderung bei einer der einschlägigen Stiftungen im Frühjahr 2004 eingereicht werden.

### **Durchgeführte Tagungen**

„Die Reformzeit des Erfolgsmodells BRD. Die Nachgeborenen erforschen die Jahre, die ihre Eltern und Lehrer geprägt haben“. Tagung von Evangelischer Akademie Loccum und FZH in Loccum, 16.–18. Mai 2003.

Vortragsveranstaltung der FZH und des Dölling und Galitz Verlags anlässlich der Präsentation des Bandes „Wir sind auch da!“ (Forum Zeitgeschichte 14), Museum der Arbeit, Hamburg, 2. Juli 2003.

1923 – 1933 – 1943 – 1953. Schlüsseljahre der hamburgischen und deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts im nationalen und internationalen Städtevergleich. Tagung der FZH im Gästehaus der Universität Hamburg, 22./23. Oktober 2003.

Geschichtswerkstätten gestern – heute – morgen. Bewegung! Stillstand. Aufbruch? Tagung der Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel in Zusammenarbeit mit der FZH, Hamburg, 31.10.2003.

### **3. Gastwissenschaftler**

Prof. Dr. Elizabeth Heineman (University of Iowa): Forschungen zu „Sexuelle Konsumkultur 1945–1975“.

Prof. Dr. Kejichi Kawate (Tokyo University): Forschungen zur Sozialpolitik in der Weimarer Republik.

#### 4. Öffentliche Vorträge in der FZH

15. Januar 2003

Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze (Köln): Knowledge Society – Wissensgesellschaft. Ein neues Konzept zur Erschließung der deutschen Zeitgeschichte

27. Januar 2003

Jan Eckel, M. A. (Freiburg): Vorgeschichten erzählen. Hans Rothfels' Zeitgeschichtsschreibung nach 1945 (gemeinsame Veranstaltung mit dem Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft der Universität Hamburg)

17. Februar 2003

Matthias Weiß, M. A. (Bochum): Nach Goebbels. Staatliche Öffentlichkeitsarbeit in der Ära Adenauer

#### **Rahmenthema im Sommersemester 2003:**

#### **Neuere Forschungen zum Antisemitismus**

28. April 2003

Dr. Frank Bajohr (Hamburg): Judenfeindschaft – transatlantisch. Der Antisemitismus in Seebädern, Kurorten und „Summer Resorts“ in Deutschland und den USA im 19. und 20. Jahrhundert

12. Mai 2003

PD Dr. Michael Wildt (Hamburg): Volksgemeinschaft als Ermächtigung. Zur antisemitischen Gewalt in der Provinz 1933–1938

19. Mai 2003

Prof. Dr. Lothar Machtan (Bremen): Hitlers Weg zum „fanatischen Antisemiten“. Ein Interpretationsvorschlag

30. Juni 2003

Knud Andresen, M. A. (Hamburg): Antisemitismus von links? Die außerparlamentarische Linke der Bundesrepublik in den siebziger Jahren

7. Juli 2003

Dr. Jakob Borut (Jerusalem/Yad Vashem): Not even Stepchildren. Everyday Antisemitism and Jewish Life in the Weimar Republic (gemeinsame Veranstaltung mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden)

**Vortrag im Rahmen des Gedenkens an den Bombenkrieg:**

29. September 2003

Malte Thießen, M. A. (Hamburg): Hamburgs historisches Gedächtnis. Tendenzen des städtischen Gedenkens an den Bombenkrieg seit den 1980er Jahren

**Veranstaltung von FZH, Bürgerschaft und Senat der Freien und Hansestadt Hamburg zum Gedenkjahr 2003**

Podiumsdiskussion: Doppelpes Gedenken: Das 20. Jahrhundert als Jahrhundert von zwei deutschen Diktaturen (Prof. Dr. Christoph Kleßmann/Potsdam, Prof. Dr. Lutz Niethammer/Jena, Prof. Dr. Adelheid von Saldern/Hannover, Prof. Dr. Peter Steinbach/Karlsruhe, Prof. Dr. Tomasz Szarota/Warschau, PD Dr. Dorothee Wierling/Hamburg; Leitung: Prof. Dr. Axel Schildt/Hamburg), Kaisersaal des Hamburger Rathauses, 23. Oktober 2003.

**Vorträge im Wintersemester 2003/04**

20. November 2003

Anja Kruke, M. A. (Bochum): Von der „Tatsachenfotographie“ zur Bearbeitung des Meinungsklimas: Parteien und politische Meinungsforschung, 1949–1957

11. Dezember 2003

Prof. Dr. Franz-Werner Kersting (Münster): Zwischen „Autobiographie“ und Zeitgeist – Helmut Schelskys „Skeptische Generation“

15. Januar 2004

Dr. Philipp Gassert (Heidelberg): Der Kanzler zwischen den Zeiten: zur politischen Biographie von Kurt Georg Kiesinger



29. Januar 2004

Prof. Therkel Straede (Odense/Dänemark): Hamburg und Dänemark im „Dritten Reich“. Facetten einer Beziehung zwischen „Däneneinsatz“ und Kollaboration

5. Februar 2004

Prof. Dr. Thomas Hengartner (Hamburg): Die Stadt als Forschungsfeld

## 5. Kooperationsbeziehungen

### **Mit der Universität Hamburg ist die FZH satzungsgemäß verbunden:**

- Der Direktor der FZH ist zugleich Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH erbringen in jedem Semester mindestens vier Semesterwochenstunden Lehre im Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft.
- Prof. Dr. Ursula Büttner lehrt als Professorin nach § 17 des Hamburgischen Hochschulgesetzes als Mitglied des Instituts für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte am Fachbereich 05 der Universität Hamburg.
- Die Fachbereiche Philosophie und Geschichtswissenschaft sowie Sozialwissenschaften der Universität sind durch Mitglieder im Wissenschaftlichen Beirat der FZH repräsentiert, ein Vertreter des Präsidenten der Universität ist Mitglied im Kuratorium; darüber hinaus ist die FZH kommunikationstechnisch mit der Universität (Rechenzentrum u. a.) verbunden.

### **Institutionelle Kooperationsbeziehungen:**

Vorsitz des Vereins für kritische Geschichtswissenschaft e. V. (PD Dr. Dorothee Wierling).

Mitglied im Kuratorium des Instituts für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Schleswig (Dr. Uwe Lohalm).

Mitglied des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, Göttingen (Prof. Dr. Axel Schildt).

Vorsitzender des Internationalen Fachbeirats der KZ-Gedenkstätte Neuen-gamme (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied des Ständigen Ausschusses der Evangelischen Arbeitsgemein-

schaft für kirchliche Zeitgeschichte (Prof. Dr. Ursula Büttner).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Projekts „Hamburgische Gemeinden im Dritten Reich“ des evangelischen Kirchenkreises Alt-Hamburg (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied des Advisory Board des Leo Baeck Institute Yearbook sowie der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Institute in der BRD (Prof. Dr. Ursula Büttner).

Mitglied des Arbeitskreises „Unternehmer und Unternehmen im Nationalsozialismus“ der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (Dr. Frank Bajohr).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des von NDR, WDR, Staatsarchiv Hamburg u. a. getragenen Projekts „Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR)“ (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, die sich auf dem Gebiet der Exil- und Remigrationsforschung engagiert (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Prof. Dr. Axel Schildt, PD Dr. Dorothee Wierling).

Mitglieder der Zentraljury des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Prof. Dr. Axel Schildt, PD Dr. Dorothee Wierling).

Mitglied des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bochum (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Juristische Zeitgeschichte an der Fernuniversität Hagen (Prof. Dr. Axel Schildt).

Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung und Mitglied in der Redaktion der Informationen zur modernen Stadtgeschichte (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat „100 Jahre Deutsches Jugendherbergswerks“ zur Vorbereitung des Jubiläums 2009 (Prof. Dr. Axel Schildt). Vorsitzender der Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel e. V. (Joachim Szodrzynski).

Mitglied im Arbeitskreis Hamburger Archivare (Angelika Voß-Louis).

**Sonstige Kooperationsbeziehungen:**

Hamburger Institut für Sozialforschung

Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg

Katholische Akademie, Hamburg

Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Westfälisches Institut für Regionalgeschichte, Münster

Evangelische Akademie, Loccum

Universität Kopenhagen (DK)

Universität Poznan (PL)

German Historical Institute, Washington (USA)

Center for Holocaust and Genocide Studies, Clark University,  
Worcester (USA)

Tokyo University (JP)

**6. Bibliothek**

Die Bibliothek wächst weiter im Tempo der letzten Jahre. Hinzu kamen 2226 Titel, davon 1050 als Geschenk, darunter ein größerer Bestand vom Zentralverband der Konsumgenossenschaften. Der Buchbestand beträgt damit 71 182 Titel. Im Februar erfolgte die Aufstellung von 105 m laufender Regalfläche, womit letzte Raumreserven – für ca. 4000 Bände – erschlossen werden konnten.

Nach der elektronischen Retro-Erfassung der Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen (abgeschlossen Ende 2002) ist im Berichtsjahr die Erfassung der Zeitungsbestände und der Manuskriptsammlung sowie deren Verzeichnung im PICA-Katalog erfolgt, so dass erstmals alle Titel der FZH-Bibliothek auch außerhalb des Instituts recherchierbar sind. Einige wertvolle illustrierte Zeitschriften aus der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik sind im Berichtszeitraum verfilmt worden, um die dauerhafte Benutzung sicherzustellen. Der verbesserte Service der Bibliothek findet seinen Ausdruck in einer ständig steigenden Zahl von Ausleihen durch die Besucher der Bibliothek. Nach einer Steigerung um 12 Prozent 2001 und 21 Prozent 2002 gegenüber den Vorjahren war 2003 eine weitere Steigerung um 24 Prozent auf 4767 Ausleihvorgänge zu verzeichnen. Gleichzeitig wächst die Zahl der Anfragen von Forschern

und Journalisten, die mit größerem Rechercheaufwand des Bibliothekars verbunden sind.

## **7. Archiv**

Im Jahr 2003 arbeiteten 68 Benutzerinnen und Benutzer, teilweise über längere Zeiträume, im Archiv der FZH. Außerdem gingen 143 Anfragen ein, die sich auf vielfältige Themen bezogen. Die Zahl der Archivbenutzer hat sich damit 2003 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt (allerdings war die Benutzung 2002 durch Bauarbeiten beeinträchtigt), im Vergleich zu 2001 um ca. 60 % gesteigert. Im November 2003 ist ein Mitarbeiter befristet für archivalische Erschließungsarbeiten eingestellt worden. Das Archiv unterstützte u. a. die Neugestaltung der ständigen Ausstellungen in den Gedenkstätten Neuengamme und Fuhlsbüttel, zwei Projekte Ulrich Wallers für die Hamburger Kammerspiele und das St. Pauli Theater und die Recherchen von Jugendgruppen für das „Stolperstein“-Projekt in Hamburg. Im Rahmen von Lehrveranstaltungen des Historischen Seminars fanden zahlreiche Führungen für Studierende statt.

Den Schwerpunkt der gegenwärtigen Erschließungsarbeiten bildet das umfangreiche Archiv des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK). Als Neuzugänge gelangten in das Archiv: Unterlagen und Nachlässe zur Kommunistischen Parteiopposition (KPO) und zur Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition (IVKO) seit 1929/30 aus dem Arbejderbevaegelsens Bibliotek og Arkiv (ABA) in Kopenhagen; persönliche Erinnerungen zum Bombenkrieg in Hamburg; Materialien von verschiedenen Firmen des Erotikversandhandels seit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg (werden zur Zeit geordnet); das Distriktsarchiv der SPD-Nettelburg (Kreis Bergedorf) und erste Teile eines Archivs der SPD Harburg/Wilhelmsburg; eine Sammlung zur Arbeit der DAG in der Berufsgruppe Schifffahrt; Sammlungen zum Hamburger Jugendring, u. a. zum Austauschprogramm Hamburg–Leningrad 1973 bis 1989.

## **8. Werkstatt der Erinnerung – Hamburger Lebensläufe (WdE)**

Die WdE verzeichnete über 60 Anfragen von universitären Einrichtungen, Gedenkstätten, Museen, kirchlichen Einrichtungen, aus dem Kulturbereich und von Medien (u. a. BBC, NDR, „Der Spiegel“) und Privatpersonen. 32 Benutze-

rinnen und Benutzer, darunter mehrheitlich Studierende, aber auch Wissenschaftler, Mitarbeiter von Museen und anderer historischer Einrichtungen und einige Schüler sahen in der WdE lebensgeschichtliche Interviews ein. Acht geplante oder bereits laufende Projekte wurden beratend unterstützt, darunter ein Ausstellungsprojekt zur Geschichte des Deutschen Jugendherbergswerks; eine künstlerische Installation zur Bedeutung von Erinnerung anhand von persönlichen Objekten, ein Projekt der Körber-Stiftung über Russlanddeutsche in Hamburg; ein psychoanalytisch orientiertes Projekt am UKE zu den Spätfolgen der Bombenangriffe auf Hamburg; ein Dissertationsprojekt über Gedenktage in Israel und Deutschland im Vergleich; eine Magisterarbeit über Frauen im Arbeitsdienst; ein Oral History-Projekt der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau; ein Interviewprojekt mit Bewohnern eines Hamburger Altenpflegeheims. Auch 2003 erschienen etliche Veröffentlichungen, die Unterlagen aus der WdE verwandten, darunter: Matthew Stibbe, *Women in the Third Reich*, London 2003; Elke Goenewold/Ulrike Sparr, *Zwischen Neubau und Zerstörung. Die Jarrestadt 1929–1934*, Hamburg 2003; Heiko Morisse, *Jüdische Rechtsanwälte in Hamburg. Ausgrenzung und Verfolgung im NS-Staat*, Hamburg 2003; SPD, Landesorganisation Hamburg (Hg.), *Für Freiheit und Demokratie. Hamburgs Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Verfolgung und Widerstand 1933–1945*, Hamburg 2003; Angelika Eder (Hg.), unter Mitarbeit von Kristina Vagt: „Wir sind auch da!“ *Über das Leben von und mit Migranten in europäischen Großstädten*, Hamburg 2003.

Die Zahl der archivierten Interviews ist im Jahr 2003 auf 923 Interviews (2002: 742) angewachsen. Darunter sind 16 Interviews, die im Rahmen des Besucherprogramms des Hamburger Senats mit ehemaligen Hamburgerinnen und Hamburgern jüdischer Herkunft geführt wurden. In die WdE übernommen wurden u. a. 46 Interviews zur Geschichte von KPD, SPD und FDJ in Hamburg und Norddeutschland nach 1945 und 31 Interviews zu Lebenswelten Eimsbüttler Jugendlicher in den 1950er Jahren.

Die Ergebnisse einer Umfrage zur Vernetzung aller in Hamburg mit lebensgeschichtlichen Interviews arbeitenden Gruppen und Einrichtungen wurden allen Beteiligten zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise entstand eine aktualisierte Übersicht über Anzahl und Themenspektrum der in Hamburg vorliegenden und laufenden Interviewprojekte.

## 9. Veröffentlichungen der FZH

Redaktionell betreut wurden alle Bände in den Verlagen Christians und Dölling und Galitz von Joachim Szodrzynski in Verbindung mit Dr. Uwe Lohalm.

### **In der Reihe Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte (Christians Verlag) erschienen 2003:**

*Rainer Hering*

Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939 (Bd. 40).

2. Auflage von „Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften“ (Bd. 37).

### **In der Reihe Forum Zeitgeschichte im Dölling und Galitz Verlag:**

*Angelika Eder (Hg. unter Mitarbeit von Kristina Vagt)*

„Wir sind auch da!“ Über das Leben von und mit Migranten in europäischen Großstädten (Bd. 14).

### **In der Reihe Hamburger Zeitspuren im Dölling und Galitz Verlag:**

*Christian Römmer*

Entschädigung erster Klasse? Die Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst in Hamburg nach dem Zweiten Weltkrieg (Bd. 1).

### **Veröffentlichungen der FZH außerhalb der Reihen 2003:**

*Frank Bajohr*

„Unser Hotel ist judenfrei“. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, 1.–3. Aufl., Frankfurt/M. (Fischer Taschenbuch Verlag)

*Ursula Büttner (Hg.)*

Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Frankfurt/M. (Fischer Taschenbuch Verlag) 2003 (aktualisierte Neuauflage der HBSZ, Bd. 29, 1992)

## 10. Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH (ohne Rezensionen)

*Linde Apel*

Jüdische Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück 1939–1945, Berlin 2003.

### *Frank Bajohr*

„Unser Hotel ist judenfrei“. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, 1.–3. Aufl., Frankfurt/M. 2003.

Biographie und Nationalsozialismus, in: Michael Ruck, Karl Heinrich Pohl (Hg.), Regionen im Nationalsozialismus, Bielefeld 2003, S. 188–192.

Dienstbeflissene Bürokraten? Devisenstelle, Zollfahndung und die forcierte „Arisierung“ jüdischer Unternehmen in Hamburg im „Dritten Reich“, in: Verfolgung und Verwaltung. Beiträge zur Hamburger Finanzverwaltung 1933–1945, Hamburg 2003, S. 9–23.

Artikel über Georg Henning Graf von Bassewitz-Behr (1900–1949), Detlev Peukert (1950–1990), Hans-Adolf Prützmann (1901–1945) und Rudolf Querner (1893–1945), in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon. Hg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Bd. 2, Hamburg 2003, S. 40, 324 f., S. 330–332.

### *Ursula Büttner*

Ursula Büttner (Hg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich. Frankfurt/M. 2003 (aktualisierte Neuauflage der HBSZ 29, 1992).

Die deutsche Gesellschaft und die Judenverfolgung – ein Bericht über Forschungserträge und ungelöste Fragen, in: ebd., S. 13–46.

„Deflation führt zur Revolution“. Anton Erkelenz' vergeblicher Kampf für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel und die Rettung der Demokratie in der Ära Brüning, in: Rainer Hering/Rainer Nicolaysen (Hg.), Lebendige Sozialgeschichte. Gedenkschrift für Peter Borowsky, Wiesbaden/Opladen 2003, S. 365–383.

### *Karl Christian Führer*

„Aufmerksamkeit“ und „Vertrauen“ als Kategorien der Mediengeschichte, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 151–174.

„Kulturkrise“ und Nationalbewusstsein. Der Niedergang des Theaters in der späten Weimarer Republik als bürgerliche Identitätskrise, in: ders. u. a. (Hg.), Eliten im Wandel. Gesellschaftliche Führungsschichten in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Klaus Saul zum 65. Geburtstag, Münster 2003, S. 123–144.

### *Uwe Lohalm*

Artikel über Harry Goldstein (1880–1977) und Alfred Roth (1879–1948), in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon. Hg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Bd. 2, Hamburg 2003, S. 148–150 und S. 351–352.

### *Ulrich Prehn*

Von der Re-education zur Re-orientation. Zum Wandel angloamerikanischer Film-Bilder vom nationalsozialistischen und postnationalsozialistischen Deutschland, in: Arbeitskreis Historische Bildforschung (Hg.): Der Krieg im Bild – Bilder vom Krieg. Hamburger Beiträge zur Historischen Bildforschung, Frankfurt/M. u. a. 2003, S. 133–162.

Vom „Tor zur Welt“ zum „Tor zur Demokratie“? Angloamerikanische Einflüsse, deutsche und hamburgische Selbstwahrnehmungen und Selbststilisierungen in frühen Film-

dokumenten der Nachkriegszeit, in: Rainer Hering und Rainer Nicolaysen (Hg.): Lebendige Sozialgeschichte. Gedenkschrift für Peter Borowsky, Wiesbaden 2003, S. 502–523.

Deutungseliten – Wissensseliten. Zur historischen Analyse intellektueller Prozesse, in: Karl Christian Führer u. a. (Hg.): Eliten im Wandel. Gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Klaus Saul zum 65. Geburtstag, Münster 2003, S. 42–69.

### *Axel Schildt*

Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS), Heft 1/2003, S. 73–77.

Der deutsche Konservatismus – Kontinuitäten und Brüche im 20. Jahrhundert, in: Michel Grunewald/Uwe Puschner (Hg. in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock), Le Milieu Intellectuel Conservateur en Allemagne, sa Presse et ses Réseaux (1890–1960), Bern 2003, S. 27–45.

Übergänge in das „Dritte Reich“. Die Zeitschriften „Die Tat“ und „Neue Blätter für den Sozialismus“ in der ersten Hälfte des Jahres 1933, in: Rainer Hering/Rainer Nicolaysen (Hg.), Lebendige Sozialgeschichte. Gedenkschrift für Peter Borowsky, Wiesbaden/Opladen 2003, S. 401–416.

Artikel über Rudolf Ladders (1901–1978), Eduard Rhein (1900–1993) und Andreas Walther (1879–1960) in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon. Hg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Bd. 2, Hamburg 2003, S. 260–261, S. 341–342, S. 433–435.

Mending Fences. The Federal Republic of Germany and Eastern Europe, in: Eduard Mühle (Hg.), Germany and the European East in the Twentieth Century, Oxford/New York 2003, S. 153–180.

Was es heißt und was es erfordert, die Bundesrepublik Deutschland zu historisieren. Eine Gesprächsrunde mit Franziska Augstein, Christoph Kleßmann, Paul Nolte, in: Jörg Calließ (Hg.), Die frühen Jahre des Erfolgsmodells BRD oder: Die Dekonstruktion der Bilder von der formativen Phase unserer Gesellschaft durch die Nachgeborenen (Loccumer Protokolle 25/02), Rehburg-Loccum 2003, S. 25–46.

„Massengesellschaft“ und „Nivellierte Mittelschicht“. Zeitgenössische Deutungen der westdeutschen Gesellschaft im Wiederaufbau der 1950er Jahre, in: Karl Christian Führer u. a. (Hg.): Eliten im Wandel. Gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Klaus Saul zum 65. Geburtstag, Münster 2003, S. 198–213.

Die 60er Jahre – eine Dekade im Schatten des Mythos von '68, in: Monika Estermann/Edgar Lersch (Hg.), Buch, Buchhandel und Rundfunk. 1968 und die Folgen (Medien-geschichtliche Veröffentlichungen, hg. von der Historischen Kommission des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels und der ARD in Verbindung mit dem Deutschen Rundfunkarchiv, Bd. 3), Wiesbaden 2003, S. 9–29.

Einführung in die Sektion „Lebensstile im Wandel“, in: Matthias Frese u. a. (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik (Forschungen zur Regionalgeschichte 44), Paderborn u. a. 2003, S. 577–586.



Die Eltern auf der Anklagebank? Zur Thematisierung der NS-Vergangenheit im Generationenkonflikt der bundesrepublikanischen 60er Jahre, in: Christoph Cornelißen u. a. (Hg.), Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt/M. 2003, S. 317–332.

Nachwuchs für die Rebellion – Die Schülerbewegung der späten 60er Jahre, in: Jürgen Reulecke (Hg.), Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 58), München 2003, S. 229–251.

### *Detlef Siegfried*

Draht zum Westen. Populäre Jugendkultur in den Medien 1963 bis 1971, in: Monika Estermann/Edgar Lersch (Hg.), Buch, Buchhandel und Rundfunk. 1968 und die Folgen, Wiesbaden: Harrassowitz 2003 (Mediengeschichtliche Veröffentlichungen, hg. von der Historischen Kommission des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels und der ARD in Verbindung mit dem Deutschen Rundfunkarchiv, Bd. 3), S. 83–109.

Subversiver Alltag. Geschichtswerkstätten zwischen Politik und Wissenschaft, in: Volker Böge u. a. (Red.), 25 Jahre Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel. Festschrift, Hamburg 2003, S. 99–106.

Modkultur, kulturindustri og venstrefløjen i Vesttyskland 1958–1973, in: Den Jyske Historiker, Nr. 101, Juli 2003, Themenheft „Opbrud i 1960erne“, hrsg. v. Steven L.B. Jensen u. Thomas Ekman Jørgensen, S. 68–94.

Weite Räume, schneller Wandel. Neuere Literatur zur Sozial- und Kulturgeschichte der langen 60er Jahre in Westdeutschland, in: Historische Literatur. Rezensionenzeitschrift von H-Soz-u-Kult, Bd. 1, 2003, H. 1, S. 7–34.

„Trau keinem über 30“? Konsens und Konflikt der Generationen in der Bundesrepublik der langen 1960er Jahre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 45/2003, S. 25–32.

### *Joachim Szodrzynski*

Lehrjahre eines Vereinsvorsitzenden – Aus dem Innenleben eines „alternativen“ Vereins, in: Volker Böge u. a. (Red.), 25 Jahre Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel. Festschrift, Hamburg 2003, S. 130–137.

Hans Erich Nossack: Großbürgersohn, Freikorpskämpfer, Korpsstudent – Schriftsteller. Beitrag zur Festschrift der Gelehrtenschule des Johanneums, Hamburg 2004 (Januar/Februar).

### *Dorothee Wierling*

Wie (er)findet man eine Generation? Das Beispiel des Jahrgangs 1949 in der DDR, in: Jürgen Reulecke (Hg.): Generationalität und Geschichte im 20. Jahrhundert, München, S. 217–228.

Oral History, in: Michael Maurer (Hg): Aufriss der Historischen Wissenschaften Bd. 7, Stuttgart, S. 81–151.

Lebensgeschichtliche Erinnerungen ehemaliger DDR-Bürger als Bestandteil von Bildungsarbeit, in: Heidi Behrens/Andreas Wagner (Hg): Deutsche Teilung – Repression und Alltagsleben. Erinnerungsorte der DDR-Geschichte, Leipzig, S. 110–120.

## 11. Vorträge und Leitung von Tagungen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH

### *Linde Apel*

The Making of a Publikumsrenner: Die Holocaust-Ausstellung im Deutschen Historischen Museum 2002. Vortrag auf dem 11. Arbeitstreffen zur „Forschung zum Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück“ zum Thema Grenzen und Möglichkeiten der Visualisierung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin 17./18. Juli 2003.

Commemoration, Research, Education. On the Work of the Oral History Archive ‚Workshop of Memories‘ in Hamburg, Germany. Vortrag auf dem 2nd Oral History Symposium (Power of Memory, Power of Common Lives. Democratization Movements in 20th Century), veranstaltet vom Consortium of Research Institutes for People's Life Histories in 20th Century, Seoul, Korea 31. Juli 2003.

Teilnahme an einer Podiumsdiskussion des Kwangju Cultural Forum zum Thema „Cultural Capital Kwangju, Südkorea“. Diskussionsbeitrag zur Entstehung und zur aktuellen Arbeit der Hamburger Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive, Kwangju, Südkorea, 29. Juli 2003.

Das Frauen-KZ Ravensbrück in der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Vortrag auf der internationalen Tagung „Genocide and Gender: Jewish Women in the Concentration Camp System. Current Research on Victims, Agents and Survivors of the Holocaust“, des FB Geschichte der Freien Universität Berlin in Kooperation mit dem Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas und dem Deutsch-Israelischem Forschungsprojekt ‚Victims, Victimizers, and Survivors: Jewish Women in the Concentration Camp Ravensbrück‘, Berlin 8.–11. Oktober 2003.

### *Frank Bajohr*

Korruption im „Dritten Reich“ 1933–1945. Vortrag im Institut für Stadtgeschichte, Gelsenkirchen 29. Januar 2003.

Nationalsozialismus und deutsche Gesellschaft: „Arisierung“ als sozialer Prozess. Vortrag in der Gelehrtenschule des Johanneums, Hamburg 13. Februar 2003.

Judenfeindschaft – transatlantisch. Der Antisemitismus in Seebädern, Kurorten und „Summer Resorts“ in Deutschland und den USA im 19. und 20. Jahrhundert. Vortrag im Forschungskolloquium der FZH, Hamburg 28. April 2003.

Bombenkrieg und Zerfall der „Volksgemeinschaft“. Vortrag in der Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg 22. Mai 2003.

„Unser Hotel ist judenfrei“. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Vorträge im Buchladen Osterstraße, Hamburg 3. Juni, auf einer Veranstaltung des Zentrums für Antisemitismusforschung und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Literaturhaus Berlin 17. Juni, in der Villa ten Hompel, Münster 9. Juli, im Fritz Bauer Institut, Frankfurt/M. 14. Juli, auf einer Veranstaltung des Vereins zum Schutz des Jüdischen Friedhofs in Bad Segeberg 18. September, im Kulturzentrum „mon ami“, Weimar 5. November, in Bad Kissingen 10. November, im Historischen Centrum, Hagen 19. November, am Institut für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte in Schleswig am 21. November 2003.

Die finanzielle Ausplünderung der Juden – Täter, Opfer und Beteiligte. Vortrag im Hessischen Staatsarchiv, Darmstadt 23. Juni 2003.

The Bombing War and the Dissolution of the „Volksgemeinschaft“. Vortrag im Graduate Seminar von Prof. Dr. Marion Kaplan, New York University 16. Oktober 2003.

Hamburg 1943. Der Zerfall der „Volksgemeinschaft“, Vortrag auf der Tagung „1923 – 1933 – 1943 – 1953“ der FZH, Hamburg 23. Oktober 2003.

German Civilians as Victims? The Evolution of a Perception, Vortrag vor dem Goethe Institute, New York 29. Oktober 2003.

Expropriation and Expulsion of Jews. Results of Research and Open Questions. Vortrag auf der Konferenz „The Destruction of European Jewry: Structures, Motivations, Opportunities“ der Royal Netherlands Academy of Arts and Sciences, Amsterdam 11. Dezember 2003.

Jüdische und „unjüdische“ Orte in der Entwicklung des touristischen Reisens. Vortrag vor dem Graduiertenkolleg „Makom“ des Moses Mendelssohn Zentrums der Universität Potsdam 15. Dezember.

Zu den Themen Bäder-Antisemitismus, Bombenkrieg und „Volksgemeinschaft“ und zur Geschichte der Beiersdorf AG wurden zahlreiche Fernseh- und Radio-Interviews gegeben, u. a. für ZDF-Aspekte, NDR, Bayerischer Rundfunk, SFB, Hessischer Rundfunk, Radio Bremen, Deutschlandradio.

### *Ursula Büttner*

Interview mit NDR 1 zum 70. Jahrestag der nationalsozialistischen „Machtergreifung“, 29. Januar 2003.

Die Hamburger Freien Gewerkschaften und der Aufstieg der Nationalsozialisten von 1930 bis 1933. Vortrag beim Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hamburg 28. April 2003.

Der Untergang des Dichters Jochen Klepper mit seinen jüdisch-christlichen Angehörigen in der nationalsozialistischen Verfolgung. Vortrag auf der Tagung „Nicht klagen sollst Du: loben!“ Jochen Klepper als preußischer Bürger und christlicher Denker“ der Evangelischen Akademie Baden in Bad Herrenalb 16.–18. Mai 2003.

Interviews zum Bombenkrieg in Hamburg. Fernsehen: N 3 (Christian Mangels), 22. Mai 2003; mit der Hamburger Morgenpost, 7. Juli 2003; Fernsehen: ARD-Tagesthemen, 24. Juli 2003.

„Gomorrha“. Der Bombenkrieg gegen Hamburg und seine innenpolitischen Auswirkungen. Vortrag auf einer Veranstaltung des Stadtteilarchivs Hamm, Hamburg 1. Juli 2003.

History and Persecution of the Jewish Minority in Hamburg. Vortrag beim Kirchenkreis Pinneberg vor einer Gruppe von Vertretern evangelischer Kirchen aus Südafrika, 1. September 2003.

„Hyperinflation und Hyperkrise. Hamburg 1923“. Vortrag auf der Tagung „1923 – 1933 – 1943 – 1953“ der FZH, Hamburg 22./23. Oktober 2003.

### *Karl Christian Führer*

Bürgerliche Geschmäcker in der Weimarer Republik. Vortrag auf der Tagung „Bürgertum und Bürgerlichkeit zwischen 1870 und 1930. Kontinuität und Wandel“ des Historischen Seminars der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main, 26.–28. März 2003.

Die Anfänge der rundfunkhistorischen Forschung in Deutschland. Vortrag auf der Tagung „Radioforschung, Audioforschung. Bestandsaufnahme, Konzepte, Perspektiven“ des Zentrums für Medienkommunikation der Universität Hamburg, 14.–15. Mai 2003.

Hamburg 1933 – Revolutionierung der medialen Öffentlichkeit? Vortrag auf der Tagung „1923 – 1933 – 1943 – 1953: Schlüsseljahre der hamburgischen und deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts im deutschen und internationalen Städtevergleich“ der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 22.–23. Oktober 2003.

„Pfui, Gemeinheit, Skandal!“ Theaterskandale und Theaterpublikum in der Weimarer Republik. Vortrag am Historischen Seminar der Ruhr-Universität Bochum, 12. November 2003.

Continuity and Change on the Market of Hamburg Newspapers between the late Kaiserreich and the Weimar Republic. Vortrag auf der Tagung „Cinema and the Public Sphere/Kino-Öffentlichkeit: Entstehung, Etablierung, Differenzierung 1895–1920“ des Fachbereichs Sprach-, Literatur- und Medienwissenschaft der Universität Hamburg, 3.–6. Dezember 2003.

### *Uwe Lohalm*

Die nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma in Hamburg 1933 bis 1945. Vortrag in der Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg 21. Januar 2003.

Vorspiel zu einer neuen Wohlfahrtspolitik? Wirtschaftskrise und Sozialverwaltung – das Beispiel Hamburg 1929/33. Vortrag im Sozialpolitischen Kolloquium an der Universität Kassel – Fachbereich Sozialwesen 27. Mai 2003.

Öffentlicher Dienst und Nationalsozialismus in Hamburg 1933–1945. Vortrag im Rahmen der Tagung „Stadtgeschichte in der NS-Zeit. Aktuelle Forschungen und Perspektiven“ des Instituts für Geschichte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg 11./12. November 2003.

### *Ulrich Prehn*

Der Soziologe und Volkstumstheoretiker Max Hildebert Boehm (1891–1968). Vortrag in der Sommerakademie des Herder-Instituts „Person und Geschichte im 20. Jahrhundert. Perspektiven und Möglichkeiten zeithistorischer Biographik“, Marburg/Lahn 26. August 2003.

„An der schmalen Grenze zwischen Wissenschaft und Politik“: Biographische und institutionelle „Selbstanknüpfungen“ bei Max Hildebert Boehm (1891–1968). Vortrag beim des Nordost-Instituts, Lüneburg 22. Okt. 2003.

### *Axel Schildt*

Medialisierung in Konsumgesellschaften. Vortrag vor dem Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum 24. April 2003.

Kommentator auf der Tagung „Massenmedien im Kalten Krieg“ des Zentrums für Zeit-historische Forschung, Potsdam 2./3. Mai 2003.

Die 68er und die Presse. Die Presse und die 68er. Vortragsveranstaltung der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte und des Axel Springer-Verlags, Berlin 5. Mai 2003.

Deutschland und die westlichen Demokratien. Vortrag auf dem Kolloquium „Strukturmerkmale des 20. Jahrhunderts“ des Historischen Kollegs, München 15. Mai 2003.

Ein Jahrzehnt im Umbruch. Die sechziger Jahre als „dynamische Zeit“. Vortrag im Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster 4. Juni 2003.

Teilnahme an einer Podiumsdiskussion zu dem Buch „Vertreibung“ von Peter Glotz, Katholische Akademie Hamburg 13. Oktober 2003.

Mediengeschichte und Konsumgeschichte. Vortrag im Forschungskolloquium von Jost Dülffer/Margit Szöllosi-Janze, Universität zu Köln 27. Oktober 2003.

Schlussvortrag auf der Tagung „Exil und Emigration (1933–1989). Emigration aus Deutschland in die Tschechoslowakei nach 1933 und die Emigrationen aus der Tschechoslowakei nach 1948 und nach dem Prager Frühling“ (Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, Hamburg, Institut für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Prag, Institut für Internationale Studien der Karls-Universität, Prag, in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut Prag, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung), Prag 13.–15. November 2003.

Von der ‚deutschen Katastrophe‘ zum Holocaust. Die NS-Debatten in der Bundesrepublik Deutschland. Vortrag im Rahmen einer Veranstaltungsreihe „Auschwitz und der Nationalsozialismus“ des FSR Geschichte und des FSR Chemie der Universität Hamburg, 20. November 2003.

Leitung der Sektion „Die amerikanische Demokratisierungspolitik und ihre Akteure“ der Tagung „Demokratiewunder? Die vereinigten Staaten von Amerika und die Demokratisierung Westdeutschlands von 1945 bis zur Mitte der 1960er Jahre (American Academy, Berlin, Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas, Berlin, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam), Berlin 12./13. Dezember 2003.

### *Detlef Siegfried*

Organisation (gemeinsam mit Jörg Calließ), Teilnahme am Eingangs-Roundtable und Leitung einer Arbeitsgruppe der Tagung „Die Reformzeit des Erfolgsmodells BRD. Die Nachgeborenen erforschen die Jahre, die ihre Eltern und Lehrer geprägt haben“. Tagung von Evangelischer Akademie Loccum und FZH, Loccum 16.–18. Mai 2003.

Teilnahme als Experte an einer Sendung des WDR „Treffpunkt Ü-Wagen“ über die 60er Jahre, Köln 22. Juni 2003.

Die Kinder von Marx und Coca-Cola. Westdeutsche Jugendkultur zwischen Konsum und Politik in den 60er Jahren. Vortrag im Forschungskolloquium Barbara Duden/Adelheid von Saldern, Universität Hannover 7. Juli 2003.

Sozialrebelln vor der Macht. Spielräume radikaler Bewegungen in Umbruchsituationen 1918, 1933 und 1945. Vortrag im Rahmen des Berufungsverfahren am Historischen Seminar der Universität Hannover 16. Juli 2003.

Traditionsbildung und Gegenwartsverortung in der westdeutschen ‚Gegenkultur‘ der 1960er Jahre. Vortrag auf der German Studies Association Annual Conference, New Orleans 20. September 2003.

Kommentar zu den Vorträgen der Sektion „Preserving Order and Decency: State Policing of Deviant Behavior and Radical Thinking in Cold War Germany“ auf der German Studies Association Annual Conference, New Orleans 21. September 2003.

Die Kinder von Marx und Coca-Cola. Westdeutsche Jugendkultur zwischen Konsum und Politik in den 60er Jahren: Vortrag im Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster 5. November 2003.

Zwischen Marx und Coca-Cola. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre. Vortrag im Forschungskolloquium von Wolfgang Ruppert, Universität der Künste, Berlin 18. November 2003.

„White Negroes“. Faszinationen des Echten in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre. Vortrag im Forschungskolloquium von Dirk van Laak/Patrick Wagner, Universität Freiburg 25. November 2003.

### *Joachim Szodrzynski*

„Die Geburt des Dichters aus der Katastrophe“. Vortrag in der „Galerie Morgenland“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „NS-Terror und Luftkrieg“, Hamburg 10. Juni 2003.

### *Dorothee Wierling*

Ein Jahrgang, viele Erfahrungen, eine Generation? Der Geburtsjahrgang 1949 in der DDR. Vortrag an der Universität Bern 21. März 2003.

Braucht die Geschichte Interdisziplinarität? Vortrag an der Universität Erfurt, 28. März 2003.

Der Geburtsjahrgang 1949 in der DDR. Über das Kollektive und das Individuelle (in) einer Generation. Vortrag in der Galerie Morgenland/ Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg 10. April 2003.

Moderation im Rahmen einer gemeinsamen Tagung der Gesellschaft für historische Friedensforschung und des Feministischen Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung: Pazifistinnen, Pazifismus, Universität Köln 5. Mai 2003 (desgleichen Berlin 9. Mai 2003).

Die Lebenssucherin. Lily, Heinrich und Otto Braun im Krieg. Vortrag an der Universität Bremen 20. Mai 2003.

Kriegserfahrung, Geschlecht und Generation. Vortrag an der TU Berlin 23. Mai 2003.

Wem gehört der 17. Juni? Vortrag auf einer Veranstaltung der Heinrich Böll-Stiftung, Berlin 5. Juni 2003.

Der 17. Juni in den Biographien von Ostdeutschen. Vortrag in Marienborn 15. Juni 2003.

Generation als Erinnerungsgemeinschaft? DDR-Generationen im Vergleich. Vortrag auf der Tagung „Generation als Kategorie“ des Hamburger Institut für Sozialforschung 20. Juni 2003.

Der 17. Juni in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Vortragsveranstaltung des Julius-Leber-Forums, Hamburg 23. Juni 2003.

Kann man eine Generation stiften? Der Jahrgang 1949 in der DDR. Vortrag an der Universität Göttingen 24. Juni 2003.

Sachverständige beim Wissenschaftsausschuss des Sächsischen Landtages im Rahmen einer Anhörung zur Krise des Hannah-Arendt Instituts, 3. Juli 2003.

Geboren im Jahr Eins. Der Geburtsjahrgang 1949 in der DDR. Vorträge im Rahmen der Sommerschule Wust (Sachsen-Anhalt) 25. Juli 2003 (desgleichen in Erfurt und Jena, 26. und 27. Juli 2003).

A General's Daughter, a Soldier's Mother: Lily Braun's Love for War 1914–1916. Vortrag auf der German Studies Association Annual Conference, New Orleans 19. September 2003.

Comment: Rethinking „Alltagsgeschichte“, New Orleans, 20. September 2003.

Pilzköpfe Ost – Die erste Beatgeneration der DDR. Vortrag im Rahmen der Tagung „Raus aus der Spur – Jugendkulturen in der DDR“ der Landeszentrale für politische Bildung, Jena 6. Oktober 2003.

Moderation im Rahmen der Tagung 1923 – 1933 – 1943 – 1953 der FZH, 22./23. Oktober 2003.

Moderation im Rahmen der Tagung „Transformation und Generation in Osteuropa“ der Universität Jena, Weimar 24.–26. Oktober 2003.

## 12. Lehrveranstaltungen von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der FZH

### **Universität Hamburg, Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft**

#### *Dr. Linde Apel*

Geschichte als Erzählung? Theorie und Praxis der Oral History (Übung; Wintersemester 2003/04).

#### *Prof. Dr. Karl Christian Führer*

Die Weimarer Republik: Modernisierung und Krisen 1918–1932 (Einführung in die Geschichtswissenschaft, Wintersemester 2002/03).

Modernisierung im Kaiserreich. Die Entstehung der modernen Lebenswelt im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert (Hauptseminar, Wintersemester 2002/03).

Wie schreibt man eine gelungene Seminararbeit? (Kolloquium, Wintersemester 2003/2004).

#### *Prof. Dr. Axel Schildt*

Geschichte der Bundesrepublik II. Die sechziger Jahre (Vorlesung, Sommersemester 2003).

Von der Weltwirtschaftskrise bis zum Wiederaufbau: Hamburg 1930–1950 (Hauptseminar, Sommersemester 2003).

Neuere Forschungen einer sozial- und kulturhistorisch orientierten Zeitgeschichte (Oberseminar Sommersemester 2003).

Geschichte der Bundesrepublik III. Die siebziger und achtziger Jahre (Vorlesung, Wintersemester 2003/04).

Vom Wiederaufbau zur modernen Metropole: Hamburg in den 1950er und den 1960er Jahren (Hauptseminar, Wintersemester 2003/04).

Oberseminar (Wintersemester 2003/04; Titel wie SS 2003).

*PD Dr. Dorothee Wierling*

Der Erste Weltkrieg als Erfahrung und Erinnerung (Einführung in die Geschichtswissenschaft, Teil 1, Sommersemester 2003).

Die DDR. Zur Gesellschaftsgeschichte eines gescheiterten Projekts (Vorlesung, Wintersemester 2003/04).

Einführung Teil 2 (Wintersemester 2003/04).



